

Monatsbericht des BMF Februar 2011





Monatsbericht des BMF Februar 2011

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

EGITOLISI	4
Übersichten und Termine	6
Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2011	14
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2010	
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	35
Analysen und Berichte	
Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2011	
Haushaltsabschluss 2010	
Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2010	
Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung in den Mitgliedstaaten der OECD	
Statistiken und Dokumentationen	90
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	91
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	124

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

der Rückblick auf das Jahr 2010 und der Ausblick in die Zukunft geben berechtigten Anlass zu Optimismus. So wuchs die deutsche Wirtschaft - nach dem schwersten Einbruch in der Geschichte unseres Landes im vergangenen Jahr um real 3,6 %. Das deutsche Wachstum war damit doppelt so hoch wie das des Durchschnitts der Europäischen Union. Deutschland ist damit zur Konjunkturlokomotive in Europa geworden. Erfreulicherweise steuert neben den stark anziehenden Exporten auch die Binnennachfrage einen steigenden Beitrag zum Wachstum bei. Der Aufschwung hat also an Breite gewonnen und erleichtert es der Bundesregierung, in den internationalen Gremien ihre wirtschafts- und finanzpolitische Linie zu vertreten.

In der Folge dieser so vor Jahresfrist noch nicht vorhersehbaren wirtschaftlichen Erholung waren auch die Auswirkungen der Wirtschaftsund Finanzkrise auf den Bundeshaushalt 2010 weitaus geringer als ursprünglich erwartet werden konnte: Die Nettokreditaufnahme des Bundes betrug im vergangenen Jahr 44 Mrd. €. Damit wurde der ursprünglich veranschlagte Wert in Höhe von 80,2 Mrd. € deutlich unterschritten. Die Ursachen hierfür sind im Wesentlichen geringere Ausgaben für den Arbeitsmarkt sowie konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen. Eines darf mit Blick auf den Haushaltsabschluss 2010 aber nicht übersehen werden: Der Bund musste im Jahr 2010 neue Schulden in noch nie dagewesener Höhe aufnehmen. Die bis dahin höchste Neuverschuldung des Bundes in der Geschichte der Bundesrepublik von 40 Mrd. € im Jahr 1996 wurde um rund 4 Mrd. € deutlich überschritten.

Das besser als erwartete Ergebnis des Jahres 2010 bestätigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Auf solcherart "Lorbeeren" können und dürfen wir uns jetzt aber nicht ausruhen. Auch



bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2012 und des Finanzplans bis 2015 - die erstmals im neuen Top-Down-Verfahren erfolgen wird - müssen wir den konjunkturellen Rückenwind nutzen, um auf dem von der Schuldenbremse vorgezeichneten Weg der nachhaltigen Konsolidierung voranzukommen.

Die Rahmenbedingungen hierfür sind gut: Für das Jahr 2011 erwartet die Bundesregierung einen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 2,3 %. Für das kommende Jahr gehen wir gegenwärtig von einem BIP-Wachstum in Höhe von real 1,8 % aus. Risiken ergeben sich vor allem aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld. Eine weitere erhebliche Verteuerung von Rohstoffen würde beispielsweise bremsend auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wirken. Chancen auf eine günstigere konjunkturelle Entwicklung liegen vor allem im Bereich der Binnenwirtschaft. Daher kommt es jetzt darauf an, das Wachstumspotenzial zu erhöhen und die strukturellen Konsolidierungsaufgaben für die öffentlichen Haushalte zu bewältigen.

Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus berechnete Produktionslücken haben in mehrfacher Hinsicht Bedeutung für die Finanzplanung. So werden die

□ Editorial

konjunkturell bereinigten öffentlichen Defizite als eine Referenzgröße für die Haushaltsund Finanzplanung im nationalen und europäischen Kontext herangezogen und sind wichtige Berechnungsgrundlage in der neuen Schuldenregel des Grundgesetzes. Für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung werden gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen durchgeführt, für die die Schätzung des Produktionspotenzials ebenfalls eine wichtige Referenzgröße darstellt. Die bisherige EU-Methode zur Potenzialschätzung wird in diesem Jahr durch ein fortentwickeltes Verfahren ersetzt. Dieses muss erstmals verbindlich im Rahmen des Stabilitätsprogramms 2011 angewendet werden. Entsprechend ist die Bundesregierung zu Jahresbeginn 2011 dazu übergegangen, die Schätzung der Produktionslücken im Rahmen der Schuldenbremse erstmals für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2012 mit der neuen Methode durchzuführen.

Ungeachtet des positiven konjunkturellen Verlaufs wirkt im bundesstaatlichen Finanzausgleich der massive Einbruch der Steuereinnahmen als Folge der Wirtschaftsund Finanzkrise noch deutlich nach. Aus den Ergebnissen der nun vorliegenden vorläufigen Jahresrechnung 2010 geht allerdings auch hervor, dass die Ausgleichsvolumina auf den drei Stufen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs insgesamt gegenüber dem Vorjahr gesunken sind. Dies ist eine Folge der weiteren Annäherung der Steuereinnahmen der Länder. Im Länderfinanzausgleich gab es 2010 mit Baden-Württemberg, Bayern,

Hamburg und Hessen vier Zahlerländer und zwölf Empfängerländer. Größtes Zahlerland war auch 2010 Bayern mit knapp 3,5 Mrd. €, größtes Empfängerland war erneut Berlin mit fast 2,9 Mrd. €. Insgesamt trägt der bundesstaatliche Finanzausgleich, ein zentrales Element der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, dazu bei, dass die finanzschwachen Länder über ausreichende Mittel verfügen, um ihre verfassungsmäßigen Aufgaben erfüllen zu können.

Wird in der politischen und öffentlichen Debatte über die Abgabenbelastung gesprochen, sind immer auch internationale Vergleiche im Spiel. Der wichtigsten Referenzpublikation hierfür widmet sich der Beitrag über die aktuelle Ausgabe der OECD-Studie "Revenue Statistics". Auf Grundlage der OECD-Daten kann man feststellen, dass die Abgabenbelastung in Deutschland im Jahr 2008 mit 37 % des Bruttoinlandsprodukts in der Nähe des OECD-Durchschnitts liegt und vergleichbar mit dem Niveau vieler anderer Industriestaaten ist. Ein Blick auf die Entwicklung der Abgabenquote in Deutschland im Zeitraum 1965 bis 2008 offenbart einen deutlichen Anstieg bis Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Danach blieb die Quote relativ stabil.

Jörg Amussen

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2011	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2010	29
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	32
Termine. Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

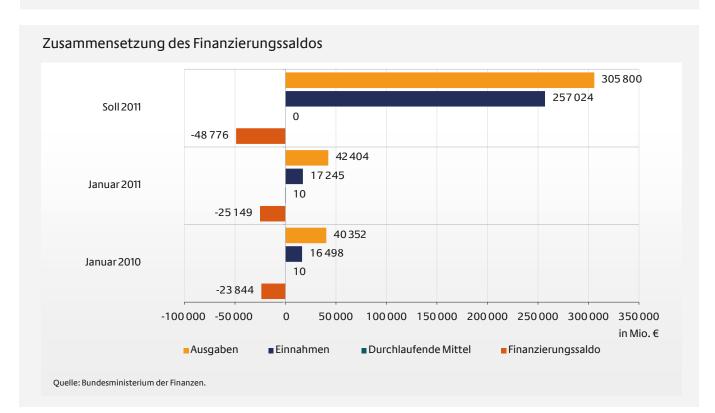
Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen zu Jahresbeginn ist naturgemäß gering. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von −25,1 Mrd. € ableiten.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2011	Ist - Entwicklung ¹ Januar 2011
Ausgaben (Mrd. €)	305,8	42,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	0,7	5,1
Einnahmen (Mrd. €)	257,0	17,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-0,9	4,5
Steuereinnahmen (Mrd. €)	229,2	15,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,3	8,7
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-48,8	-25,1
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-21,4
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-48,4	-3,9

¹Buchungsergebnisse.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	icklung	Veränderung
	2010	2011	Januar	2011	Januar	2010	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Allgemeine Dienste	54 227	55 490	5 654	13,3	5 625	13,9	0,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 887	6 149	1 075	2,5	1 087	2,7	-1,
Verteidigung	31 707	32 147	3 409	8,0	3 632	9,0	-6,
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 2 4 0	6376	442	1,0	464	1,1	-4,
Finanzverwaltung	3 727	4166	275	0,6	267	0,7	3,
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	14 896	16 933	1 141	2,7	881	2,2	29,
BAföG	1 382	1 544	258	0,6	213	0,5	21
Forschung und Entwicklung	8 940	9 471	198	0,5	143	0,4	38
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	163 431	160 005	19 244	45,4	17 996	44,6	6,
Sozialversicherung	78 046	77 655	11 836	27,9	11 929	29,6	-0
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	7 927	13 446	1 258	3,0	125	0,3	906
Grundsicherung für Arbeitssuchende	35 920	34 190	2 610	6,2	2 945	7,3	-11
darunter: Arbeitslosengeld II	22 246	20 400	1 790	4,2	2 009	5,0	-10
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 235	3 600	240	0,6	236	0,6	1
Wohngeld	881	679	81	0,2	76	0,2	6
Erziehungsgeld/Elterngeld	4586	4389	460	1,1	429	1,1	7.
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 900	1 748	254	0,6	256	0,6	-0
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 255	1 580	120	0,3	62	0,2	93
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 114	2 098	141	0,3	132	0,3	6
Wohnungswesen	1 356	1 353	130	0,3	121	0,3	7
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 678	6 497	1 515	3,6	1 610	4,0	-5,
Regionale Förderungsmaßnahmen	811	740	17	0,0	18	0,0	-5
Kohlenbergbau	1319	1 350	1 350	3,2	1 321	3,3	2
Gewährleistungen	805	1 770	30	0,1	35	0,1	-14
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 735	11 735	1 005	2,4	728	1,8	38
Straßen (ohne GVFG)	6341	5 926	150	0,4	212	0,5	-29
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	16 073	15 999	1 245	2,9	790	2,0	57
Bundeseisenbahnvermögen	5 223	5 283	157	0,4	142	0,4	10
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4304	3 877	194	0,5	203	0,5	-4
Allgemeine Finanzwirtschaft	34 249	35 462	12 339	29,1	12 527	31,0	-1
Zinsausgaben	33 108	35 343	12 241	28,9	12 418	30,8	-1,
Ausgaben zusammen	303 658	305 800	42 404	100,0	40 352	100,0	5

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich im Januar 2011 auf 42,4 Mrd. € und liegen damit 2,1 Mrd. € (+ 5,1%) über dem Ergebnis vom Januar 2010.

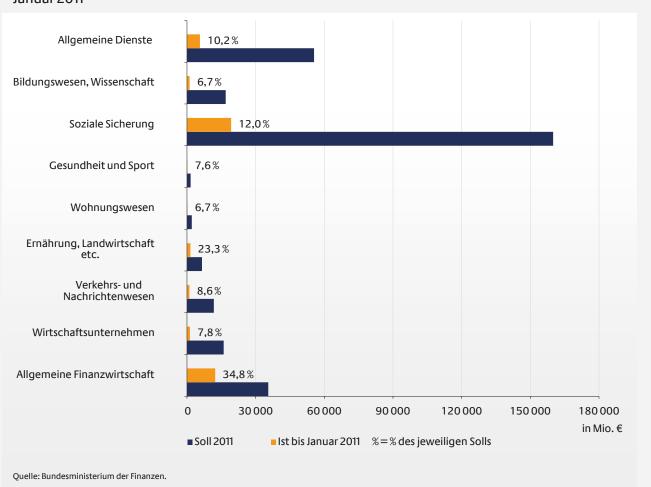
Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen lagen im Januar mit 17,2 Mrd. € um 0,7 Mrd. € (4,5 %) über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Die Steuereinnahmen des Bundes betrugen 15,7 Mrd. € und lagen um 1,3 Mrd. € (8,7 %) über dem Ergebnis vom Januar 2010. Die übrigen Verwaltungseinnahmen lagen mit 1,6 Mrd. € um – 0,5 Mrd. € unter dem Januarergebnis von 2010.

Sondervermögen ITF

Der Bund stellt im Rahmen des
Konjunkturpakets II über das Sondervermögen
"Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) in
den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt bis zu
20,4 Mrd. € für zusätzliche Maßnahmen
zur schnellen Konjunkturbelebung bereit.
Im Jahr 2011 dürfen die im ITF bis zum
31. Dezember 2010 begonnenen Maßnahmen
noch ausfinanziert werden. Bis einschließlich
Januar 2011 sind davon bereits 13,2 Mrd. €
abgeflossen. Es wurden rund 5,8 Mrd. € für
Zukunftsinvestitionen der Kommunen und
Länder, rund 2,0 Mrd. € für Investitionen des
Bundes und rund 4,8 Mrd. € als Umweltprämie
ausgezahlt.



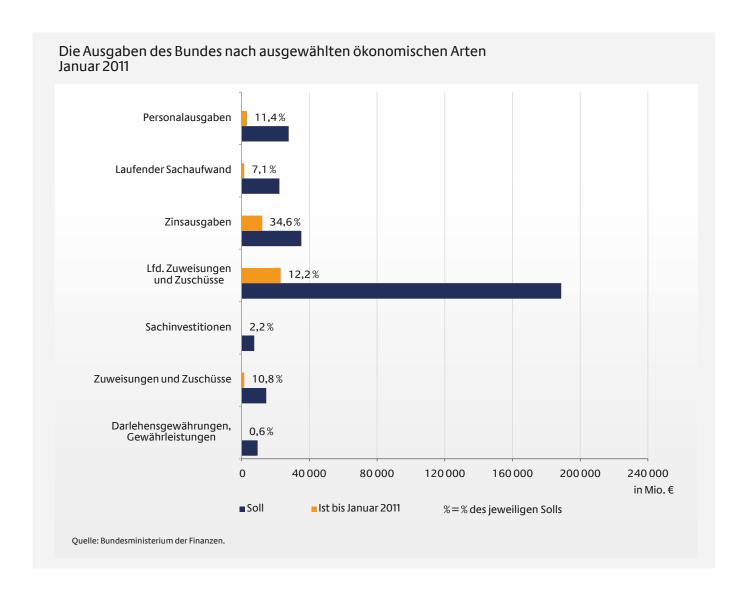


FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist	Soll	Ist - Entw	ricklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderund
	2010	2011	Januar	2011	Januar	2010	ggü. Vorjahı
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Konsumtive Ausgaben	277 581	274 627	40 156	94,7	38 013	94,2	5,
Personalausgaben	28 196	27 799	3 164	7,5	3 098	7,7	2.
Aktivbezüge	21 117	20 749	2 294	5,4	2 2 1 5	5,5	3
Versorgung	7 079	7 050	870	2,1	883	2,2	-1
Laufender Sachaufwand	21 494	22 336	1 596	3,8	1 760	4,4	-9
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 544	1 350	94	0,2	79	0,2	19
Militärische Beschaffungen	10 442	10 429	983	2,3	1 178	2,9	-16
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 557	519	1,2	503	1,2	3
Zinsausgaben	33 108	35 343	12 241	28,9	12 418	30,8	-1
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	188 756	23 096	54,5	20 675	51,2	11
an Verwaltungen	14114	15 094	834	2,0	729	1,8	14
an andere Bereiche	180 263	173 662	22 938	54,1	20216	50,1	13
darunter:							
Unternehmen	24212	25 056	3 400	8,0	2 684	6,7	26
Renten, Unterstützungen u. a.	29 665	28 159	2 606	6,1	2 830	7,0	-7
Sozialversicherungen	120 831	114 657	16531	39,0	14312	35,5	15
Sonstige Vermögensübertragungen	406	394	59	0,1	63	0,2	-6
Investive Ausgaben	26 077	32 330	2 248	5,3	2 339	5,8	-3
Finanzierungshilfen	18 417	24 831	2 082	4,9	2 060	5,1	1
Zuweisungen und Zuschüsse	14944	14581	1 578	3,7	1 545	3,8	2
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 663	9 444	59	0,1	110	0,3	-46
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	806	445	1,0	405	1,0	9
Sachinvestitionen	7 660	7 499	166	0,4	278	0,7	-40
Baumaßnahmen	6 242	6014	76	0,2	145	0,4	-47
Erwerb von beweglichen Sachen	916	910	56	0,1	82	0,2	-31
Grunderwerb	503	576	34	0,1	51	0,1	-33
Globalansätze	0	-1 158	0	-	0	-	
Ausgaben insgesamt	303 658	305 800	42 404	100,0	40 352	100,0	5

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



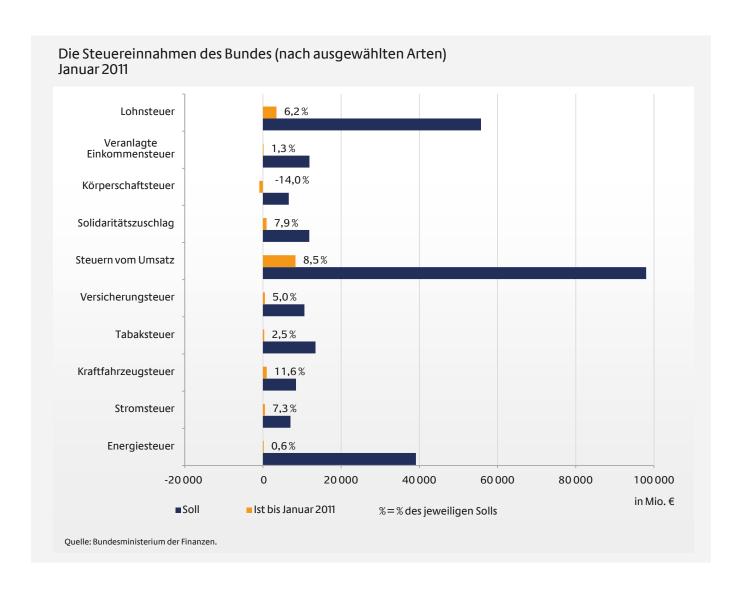
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderung
	2010	2011	Januar	2011	Januar	2010	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in %
I. Steuern	226 189	229 164	15 693	91,0	14 442	87,5	8,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	181 502	184 183	14 179	82,2	13 326	80,8	6,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ¹)	84355	84791	5 864	34,0	5 349	32,4	9,
davon:							
Lohnsteuer	54 759	55 781	3 473	20,1	3 579	21,7	-3,
veranlagte Einkommensteuer	13 252	11 921	152	0,9	166	1,0	-8,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	6 491	6 8 9 5	2 112	12,2	596	3,6	254,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ¹	3 832	3 569	1 058	6,1	1 206	7,3	-12,
Körperschaftsteuer	6 0 2 1	6 625	- 930	-5,4	- 200	-1,2	365,
Steuern vom Umsatz	95 860	97 985	8 355	48,4	8 003	48,5	4,
Gewerbesteuerumlage	1 287	1 407	-40	-0,2	- 25	-0,2	60,
Energiesteuer	39 838	39 142	218	1,3	272	1,6	-19,
Tabaksteuer	13 492	13 440	335	1,9	374	2,3	-10,
Solidaritätszuschlag	11 713	11 850	938	5,4	913	5,5	2,
Versicherungsteuer	10 284	10 620	527	3,1	550	3,3	-4,
Stromsteuer	6 171	7 030	513	3,0	517	3,1	-0,
Kraftfahrzeugsteuer	8 488	8 445	979	5,7	960	5,8	2,
Branntweinabgaben	1 993	1 963	195	1,1	189	1,1	3,
Kaffeesteuer	1 002	1 030	101	0,6	104	0,6	-2,
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 880	-12 159	0	0,0	0	0,0	
BNE-Eigenmittel der EU	-18 153	-21 870	-1 615	-9,4	-2 025	-12,3	-20,
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1 836	-2 300	- 150	-0,9	- 199	-1,2	-24,
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6877	-6980	- 582	-3,4	- 573	-3,5	1,
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-8 992	0	0,0	0	0,0	
II. Sonstige Einnahmen	33 105	27 860	1 552	9,0	2 055	12,5	-24,
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4359	5 565	22	0,1	231	1,4	-90,
Zinseinnahmen	385	512	19	0,1	54	0,3	-64,
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	4 403	4247	237	1,4	546	3,3	-56,
Einnahmen zusammen	259 293	257 024	17 245	100,0	16 498	100,0	4,

 $^{^{1}}$ Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2011

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2011

Die Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) sind im Januar 2011 im Vorjahresvergleich um + 5,5 % gestiegen. Der Bund konnte das Ergebnis des Vergleichsmonats aufgrund niedrigerer EU-Abführungen sogar um + 11,0 % übertreffen. Allerdings war die Vorjahresbasis sehr schwach, sodass aus dem starken Zuwachs keine voreiligen Schlüsse auf die weitere Entwicklung der Steuereinnahmen gezogen werden dürfen.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer sind im Berichtsmonat Januar 2011 um + 2,2% gestiegen. Nachdem die erhöhten Kindergeldsätze in der Vorjahresbasis nunmehr enthalten sind, wird der Rückgang der Zahl der Kindergeldkinder im Kassenergebnis wieder sichtbar: Die aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergeldzahlungen haben das Vorjahresniveau leicht um - 0,2% unterschritten.

Das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer reduzierte sich gegenüber dem Vorjahresmonat um - 8,7%. Dabei nahmen die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer im Berichtsmonat um + 3,7% zu.

Die starken Abweichungen von den Vorjahresergebnissen bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+ 3 Mrd. €) und der Körperschaftsteuer (-1,5 Mrd. €) beruhen auf einem Sondereffekt: Bei der Abwicklung eines großen steuerlichen Einzelfalles war aufgrund einer Ausschüttung nach § 44 Abs. 1 Satz 9 EStG beim Dividendenempfänger Kapitalertragsteuer einzubehalten. Da die Körperschaftsteuer des Dividendenempfängers auf 0 € festzusetzen war, führte die Anrechnung der Kapitalertragsteuer zu einer Körperschaftsteuererstattung in gleicher Höhe. Insgesamt ist dieser Fall somit

aufkommensneutral, doch kommt es zu starken Verwerfungen gegenüber dem Vorjahr beim Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (Steuern auf Dividenden) und der Körperschaftsteuer.

Die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge musste im Januar 2011 mit - 12,3 % erneut deutliche Einbußen hinnehmen, obwohl bereits das Ergebnis des Vorjahres schwach war. Das gegenwärtig sehr niedrige Zinsniveau führt zu einer deutlich verringerten Steuerbemessungsgrundlage. Dabei ist zu beachten, dass infolge der niedrigen Zinsen die individuellen Zinserträge unter den Sparer-Pauschbetrag rutschen können, sodass in diesen Fällen gar keine Abgeltungsteuer mehr zu entrichten ist. Angesichts der weiter rückläufigen Durchschnittsverzinsung von Wertpapieren (höherverzinsliche Anlagen aus früheren Jahren werden fällig, neue Anlagen werden zu niedrigeren Zinsen getätigt) ist auch in den kommenden Monaten mit einem Rückgang des Aufkommens aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge zu rechnen.

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz übertraf im Berichtsmonat Januar 2011 das entsprechende Vorjahresniveau deutlich um + 3,3 %. Erneut stiegen die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer aufgrund der weiterhin sehr lebhaften Außenhandelstätigkeit um fast ein Drittel (+ 32,0 %). Angesichts der Tatsache, dass ein Anstieg bei der Einfuhrumsatzsteuer die Vorsteuerabzüge im Inland erhöht, sank das Niveau der (Binnen-)Umsatzsteuer in diesem Monat um - 3,4 %.

Die reinen Bundessteuern verzeichnen im Januar 2011 Mindereinnahmen von - 1,3 %. Von den aufkommensstärksten Bundessteuern konnten nur der Solidaritätszuschlag (+ 2,7 %)

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2011

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2011	Januar	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2011	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio €	in%	in Mio € ⁴	in%
Gemeinschaftliche Steuern				
Lohnsteuer ²	11 929	2,2	131 250	2,6
veranlagte Einkommensteuer	358	-8,7	28 050	-10,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4223	X	13 790	6,2
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	2 404	-12,3	8 112	-6,9
Körperschaftsteuer	-1 861	Х	13 250	10,0
Steuern vom Umsatz	15 592	3,3	183 100	1,7
Gewerbesteuerumlage	- 40	X	3 397	9,3
erhöhte Gewerbesteuerumlage	79	31,1	2 933	4,2
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	32 684	6,4	383 882	1,3
Bundessteuern				
Energiesteuer	218	-19,8	39 500	-0,8
Tabaksteuer	335	-10,4	13 240	-1,9
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	195	2,9	1 960	-1,5
Versicherungsteuer	527	-4,2	10 620	3,3
Stromsteuer	513	-0,7	6 200	0,5
Kraftfahrzeugsteuer	979	2,0	8 445	-0,5
Solidaritätszuschlag	938	2,7	11 850	1,2
übrige Bundessteuern	156	13,0	1 495	3,2
Bundessteuern insgesamt	3 861	-1,3	93 310	-0,1
Ländersteuern				
Erbschaftsteuer	452	44,8	4394	-0,2
Grunderwerbsteuer	482	27,1	5 305	0,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	125	-3,3	1 400	-0,9
Biersteuer	59	-6,5	712	-0,1
Sonstige Ländersteuern	15	-13,3	360	10,1
Ländersteuern insgesamt	1 133	25,7	12 171	0,2
EU-Eigenmittel				
Zölle	334	-30,1	4 200	-4,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	150	-24,5	2 300	25,2
BSP-Eigenmittel	1 615	-20,2	21 870	20,5
EU-Eigenmittel insgesamt	2 099	-22,3	28 370	16,4
Bund ³	15 620	11,0	225 407	-0,2
Länder ³	17 849	6,2	211 263	0,6
EU	2 099	-22,3	28 370	16,4
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 443	0,1	28 523	0,1
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	38 011	5,5	493 563	1,0

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

 $^{^3\,}Nach\,Erg\"{a}nzungszuweisungen; Abweichung\,zu\,Tabelle\,"Einnahmen\,des\,Bundes"\,ist\,methodisch\,bedingt\,(vgl.\,Fn.\,1).$

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2010.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2011

und die Kraftfahrzeugsteuer (+ 2,0%) Zuwächse ausweisen. Bei der Energiesteuer kam es zu einem Rückgang um rund 50 Mio. €. Dass dies prozentual einem Rückgang um - 19,8% entspricht, besagt nicht viel, weil aufgrund der gesetzlichen Zahlungsfristen im Januar nur Energiesteuern auf Erdgas und Erstattungen von Energiesteuern kassenwirksam werden. Auch bei der Tabaksteuer (-10,4%) und der Stromsteuer (-0,7%) war das Aufkommen im Vorjahresvergleich rückläufig. Die Versicherungsteuer blieb mit -4,2% ebenfalls unter ihrem Vorjahresergebnis.

Die reinen Ländersteuern weiteten ihr Volumen im Januar 2011 um + 25,7 % aus, getragen von kräftigen Zuwächsen bei der Erbschaftsteuer (+ 44,8 %) und der Grunderwerbsteuer (+ 27,1 %). Während bei der Erbschaftsteuer das Ergebnis häufig von großen Einzelfällen geprägt und somit starken Schwankungen unterworfen ist, kann man den seit einiger Zeit zu beobachtenden Zuwachs bei der Grunderwerbsteuer auf die verbesserte konjunkturelle Lage zurückführen. Die Rennwett- und Lotteriesteuer (- 3,3 %) und die Biersteuer (- 6,5 %) erreichten ihr Vorjahresergebnis nicht.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Januar 2011 durchschnittlich 4,21 % (4,13 % im Dezember 2010).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe stieg Ende Januar auf 3,16 % (2,95 % Ende Dezember).

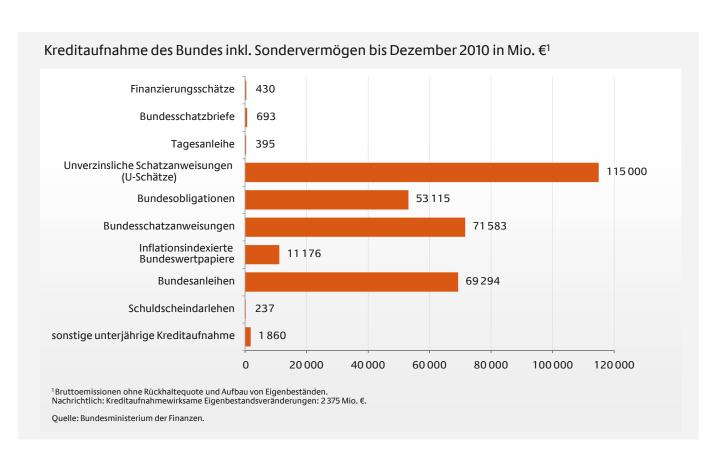
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – stiegen Ende Januar 2011 auf 1,07 % (1,01 % Ende Dezember 2010).

Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 3. Februar 2011 die seit Mai 2009 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % beziehungsweise 0,25 % belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 7 077 Punkte am 31. Januar 2011 (6 914 Punkte am 31. Dezember 2010). Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 793 Punkten am 31. Dezember 2010 auf 2 954 Punkte am 31. Januar 2011.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Dezember 2010 bei 1,7 % nach 2,1 % im November und 1,1 % im Oktober. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von Oktober 2010 bis Dezember 2010



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

stieg auf 1,6 % nach 1,4 % im vorangegangenen Dreimonatszeitraum (der Referenzwert für das jährliche M3-Wachstum beträgt derzeit 4,5 %).

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Dezember 1,6 % (nach 1,9 % im Vormonat).

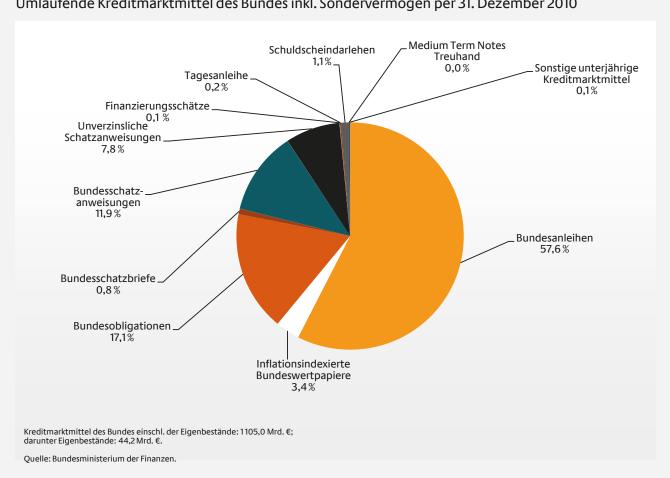
In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen im Dezember -1,65 % (November -1,33 %, Oktober -2,21 %).

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen

(Finanzmarktstabilisierungsfonds und Investitions- und Tilgungsfonds) betrug bis einschließlich Dezember 2010 insgesamt 323,78 Mrd. €. Davon wurden 312 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurde am 13. Januar 2010 die 1,75 %-ige Inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN DE 0001030526, WKN 103052) um ein Volumen von insgesamt 2,0 Mrd. € und am 10. März, 9. Juni, 21. Juli, 6. Oktober und 10. November 2010 um jeweils ein Volumen von 1,0 Mrd. € im Tenderverfahren aufgestockt. Weiterhin wurde die 2,25 %-ige Inflationsindexierte Bundesobligation (ISIN DE 0001030518, WKN 103051) am 7. April um ein Volumen von 2,0 Mrd. € aufgestockt. Weiterhin wurde die 1,50 %-ige Inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN DE 0001030500, WKN 103050) am 8. September 2010 um ein Volumen von

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 31. Dezember 2010



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						i	in Mrd. €						
Anleihen	20,3	-	-	-	-	4,0	20,3	-	-	-	-	-	44,5
Bundesobligationen	-	-	-	17,0	-	-	-	-	-	17,0	-	-	34,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	14,0	59,0
U-Schätze des Bundes	11,9	11,9	11,9	14,9	14,9	14,9	10,0	10,0	10,0	9,0	9,0	5,0	133,3
Bundesschatzbriefe	0,2	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,3	0,4	0,0	0,2	0,1	1,5
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,7
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,9
Fundierungsschuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,1	-	-	0,1
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schuldscheindarlehen	-	0,1	0,0	0,3	-	0,0	-	0,0	0,0	0,1	-	0,1	0,6
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,7	-	-	-	-	-	0,9	-	-	0,0	1,8
Sonstige Schulden gesamt	0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	32,6	12,2	27,9	32,4	15,0	34,1	30,4	10,3	26,4	26,2	9,2	19,3	276,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,9	0,1	0,7	3,6	0,1	1,5	13,5	0,2	1,0	2,9	0,1	0,7	38,4

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

2,0 Mrd. € im Tenderverfahren aufgestockt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsaufbau: 2,37 Mrd. €).

Die im Dezember 2010 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2010".

Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich Dezember 2010 die Tilgungen auf rund 276,26 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 38,44 Mrd. €.

Die aufgenommenen Mittel wurden zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in Höhe von 288,19 Mrd. €, des Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 25,07 Mrd. € und des Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 10,52 Mrd. € eingesetzt.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2010 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137313 WKN 113731	Aufstockung	6. Oktober 2010	2 Jahre fällig 14. September 2012 Zinslaufbeginn 13. August 2010 erster Zinstermin 14. Sept 2011	5 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030526 WKN 103052	Aufstockung	6. Oktober 2010	10 Jahre fällig 15. April 2020 Zinslaufbeginn 15. April 2010 erster Zinstermin 15. April 2011	1Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135416 WKN 113541	Aufstockung	13. Oktober 2010	10 Jahre fällig 4. September 2020 Zinslaufbeginn 20. August 2010 erster Zinstermin 4. September 2011	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141588 WKN 114158	Aufstockung	3. November 2010	5 Jahre fällig 9. Oktober 2015 Zinslaufbeginn 24. September 2010 erster Zinstermin 9. Oktober 2011	5 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030526 WKN 103052	Aufstockung	10. November 2010	10 Jahre fällig 15. April 2020 Zinslaufbeginn 15. April 2010 erster Zinstermin 15. April 2011	1Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137321 WKN 113732	Neuemission	10. November 2010	2 Jahre fällig 14. Dezember 2012 Zinslaufbeginn 12. November 2010 erster Zinstermin 14. Dezember 2011	6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135424 WKN 113542	Neuemission	24. November 2010	10 Jahre fällig 4. Januar 2021 Zinslaufbeginn 26. November 2010 erster Zinstermin 4. Januar 2012	6 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141588 WKN 114158	Aufstockung	1. Dezember 2010	5 Jahre fällig 9. Oktober 2015 Zinslaufbeginn 24. September 2010 erster Zinstermin 9. Oktober 2011	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137321 WKN 113732	Aufstockung	8. Dezember 2010	2 Jahre fällig 14. Dezember 2012 Zinslaufbeginn 12. November 2010 erster Zinstermin 14. Dezember 2011	5 Mrd. €
			4. Quartal 2010 insgesamt	39 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2010 Geldmarktinstrumente

Emission	sion Art der Begebung Tendertern		Laufzeit	Volumen ¹	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115715 WKN 111571	Neuemission	11. Oktober 2010	6 Monate fällig 13. April 2011	5 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115723 WKN 111572	Neuemission	25. Oktober 2010	Oktober 2010 12 Monate fällig 26. Oktober 2011		
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115731 WKN 111573	Neuemission	8. November 2010	6 Monate fällig 11.Mai 2011	5 Mrd.€	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115749 WKN 111574	Neuemission	22. November 2010	12 Monate fällig 23. November 2011	3 Mrd.€	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115756 WKN 111576	Neuemission	6. Dezember 2010	6 Monate fällig 8. Juni 2011	5 Mrd.€	
Unverzinsliche Schatzanweisung Neuen ISIN DE0001115764 WKN 111576	Neuemission	13. Dezember 2010	12 Monate fällig 14. Dezember 2011	2 Mrd. €	
			4. Quartal 2010 insgesamt	23 Mrd. €	

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts hat sich im 4. Quartal erwartungsgemäß spürbar reduziert.
- Der Aufschwung wird von vielen Wirtschaftsbereichen gestützt.
- Der Rückgang der Arbeitslosigkeit setzte sich zu Beginn dieses Jahres fort.
- Der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus verstärkte sich im Januar insbesondere durch einen Anstieg der Preise für Energie und Nahrungsmittel.

Im Schlussquartal 2010 hat sich der Aufschwung in Deutschland fortgesetzt, jedoch mit verringertem Wachstumstempo.

Nach der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 4. Quartal 2010 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,4 % gegenüber dem Vorguartal angestiegen, nach einer Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in den beiden Quartalen des Sommerhalbjahres von 2,2% und 0,7%. Dabei kamen positive Wachstumsimpulse vor allem von den Nettoexporten. Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen ebenfalls zu. Überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung und günstige Absatzperspektiven dürften hierzu maßgeblich beigetragen haben. Damit konnte zusammen mit einem Anstieg des Konsums der witterungsbedingte Rückgang der Bauinvestitionen kompensiert werden.

Die vorlaufenden Konjunkturindikatoren deuten auf einen günstigen Start der deutschen Wirtschaft in das Jahr 2011 hin. So hellte sich die Stimmung in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsgewerbe im Januar erneut auf. Die Industrieindikatoren zeigen weiterhin einen klaren Aufwärtstrend an. Zusammen mit der spürbaren Zunahme der Beschäftigungsabsichten der Unternehmen spricht dies für eine Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs.

Damit bestätigen die Wirtschaftsdaten die Wachstumserwartung der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht. In der Jahresprojektion wird für den Durchschnitt dieses Jahres von einem realen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 2,3% ausgegangen.

Die Einzelergebnisse nach Verwendungsaggregaten und Wirtschaftsbereichen für das 4. Quartal 2010 werden erst am 24. Februar veröffentlicht. Die monatlichen Konjunkturindikatoren lassen aber folgende Entwicklungstendenzen erkennen:

Der Aufwärtstrend der Ausfuhrtätigkeit hat sich zum Jahresende 2010 fortgesetzt. Die Dynamik flachte sich jedoch im Schlussquartal ab. So stiegen die nominalen Warenexporte im Dezember 2010 gegenüber dem Vormonat leicht an (saisonbereinigt +0,5%). Insgesamt wurden im 4. Quartal 2010 die Warenausfuhren um 1,0% ausgeweitet, nach einem gut viermal höheren Anstieg im vorangegangenen Quartal.

Im gesamten Jahr 2010 stiegen die deutschen Warenausfuhren nach Ursprungswerten um 18,5 % gegenüber 2009 an. Dabei war die Zunahme der Exporte in Drittländer stark überdurchschnittlich (+26,0 %). Auch die Exporttätigkeit in den Euroraum (+12,7 %) und in den Nicht-Euroraum der EU (+16,6 %) nahm

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

deutlich zu, jedoch mit geringerer Dynamik als in Drittländer.

Die Fortsetzung der günstigen Entwicklung der Exporttätigkeit wird derzeit von einer Vielzahl von Indikatoren angedeutet. So haben die ifo-Exporterwartungen für das Verarbeitende Gewerbe im Januar deutlich gegenüber dem Vormonat zugenommen. Auch die Auslandsnachfrage in diesem Wirtschaftsbereich ist im 4. Vierteljahr gegenüber dem 3. Quartal 2010 über alle Gütergruppen hinweg spürbar angestiegen. Insbesondere im Maschinenbau, als einem bedeutenden Wirtschaftszweig der Investitionsgüterhersteller, hat sich die Zunahme der Auftragseingänge spürbar beschleunigt. Die vom DIHK befragten Unternehmen gehen von einer weiterhin starken Nachfrage aus den Schwellenländern aus. Auch auf den Märkten wie Westeuropa und Nordamerika erwarten die deutschen Unternehmen wieder bessere Geschäfte. Darüber hinaus deutet der OECD Leading Indicator auf eine zunehmende Wachstumsdynamik in den OECD-Ländern hin.

Die nominalen Warenimporte verzeichneten im Dezember 2010 - nach einem Anstieg im Vormonat – einen Rückgang um (saisonbereinigt) 2,3 % gegenüber November. Dies führte im Schlussquartal 2010 zu einer leichten Abflachung des Aufwärtstrends der Importe. Im Jahr 2010 insgesamt wurden die nominalen Einfuhren um 20,0 % (Ursprungswerte) ausgeweitet und lagen damit nur noch 1% unter dem Vorkrisenniveau. Dabei fiel der Importanstieg aus den EU-Ländern (+17,5%) kräftiger aus als die Zunahme der deutschen Exporte in die EU (+14,0%). Die insgesamt rege Importtätigkeit spiegelt sich auch in einer kräftigen Zunahme der Einnahmen bei der Einfuhrumsatzsteuer wider (Januar 2011: + 32,0 % gegenüber dem Vorjahr). Die Zunahme der Einfuhren dürfte u. a. durch eine zunehmende Binnennachfrage begünstigt worden sein.

Die industrielle Produktionstätigkeit blieb zwar nach kräftiger Ausweitung im Oktober in den beiden Folgemonaten des Schlussquartals 2010 eher verhalten. Im Vorquartalsvergleich wurde die Industrieproduktion dennoch deutlich gesteigert. Dies war vor allem auf eine spürbare Ausweitung der Investitionsgüterherstellung zurückzuführen, während die Produktion von Vorleistungsgütern nahezu stagnierte und die von Konsumgütern leicht rückläufig war. Nach Branchen betrachtet wurde die Industrieproduktion insbesondere von dem Anstieg der Produktion von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (saisonbereinigt +9,3% gegenüber dem Vorquartal) und im Maschinenbau (+6,4%) begünstigt. Eine rückläufige Produktionsentwicklung in der chemischen Industrie wirkte dagegen dämpfend. Insgesamt dürfte das BIP-Wachstum im 4. Quartal spürbar von der industriellen Erzeugung getragen worden sein.

Die Umsatzentwicklung in der Industrie zeigte sich nach einem deutlichen Umsatzplus im Oktober 2010 in den zwei folgenden Monaten wenig dynamisch. Insgesamt wurden industrielle Umsätze im 4. Quartal 2010 jedoch spürbar gesteigert. Damit sind die Umsätze wesentlich stärker angestiegen als die Industrieproduktion. Dies könnte auf einen Lagerabbau im 4. Quartal, insbesondere bei den Investitions- und Vorleistungsgüterherstellern, hindeuten. Nach Absatzmärkten betrachtet stiegen die Auslandsumsätze im Vorquartalsvergleich wesentlich stärker als die Inlandsumsätze an.

Mit Blick auf die Auftragsentwicklung im Schlussquartal 2010 ist eine Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung in der Industrie grundsätzlich angelegt. Zwar war der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe – nach deutlichem Anstieg im November – im Dezember rückläufig. Dies war u. a. auf ein unterdurchschnittliches Volumen an Großaufträgen und eine gesunkene Nachfrage nach Kraftfahrzeugen zurückzuführen. Insgesamt ist aber die

 $Konjunkturent wicklung \ aus \ finanz politischer \ Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2	2010	Veränderung in % gegenüber					
Gesamtwirtschaft / Einkommen	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. in%	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			2.Q.10	3.Q.10	4.Q.10	2.Q.10	3.Q.10	4.Q.10
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	109,0	+3,6	+2,2	+0,7	+0,4	+4,3	+3,9	+4,0
jeweilige Preise	2 499	+4,2	+2,3	+0,8	+0,4	+5,1	+4,3	+4,3
Einkommen ¹								
Volkseinkommen	1 899	+6,0	+1,1	+0,6		+8,0	+5,0	
Arbeitnehmerentgelte	1 258	+2,6	+0,9	+0,7		+2,7	+3,1	
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	641	+13,2	+1,4	+0,5		+20,5	+8,7	
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 595	+2,6	+0,8	+0,5		+1,9	+3,0	
Bruttolöhne ugehälter	1 019	+2,7	+1,4	+0,3		+3,0	+3,1	
Sparen der privaten Haushalte	186	+5,0	-0,2	-3,0		+6,4	+3,1	
Außenhandel / Umsätze / Produktion / Auftragseingänge	Ž.	2010 Veränderung in 9			ı% gegenüber			
	Mrd. €	ggü.Vorj. in%	Vorpe	eriode saiso	nbereinigt		Vorjahr	•
	bzw. Index		Nov 10	Dez 10	Dreimonats- durchschnitt	Nov10	Dez 10	Dreimonats- durchschnit
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €) ²	82	-4,0	-2,1		+0,4	+5,9		+4,6
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	952	+18,5	+0,5	+0,5	+1,0	+20,6	+21,0	+20,0
Waren-Importe	798	+20,0	+4,1	-2,3	+1,2	+31,6	+26,8	+25,7
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100) ³	103,7	+10,0	-0,6	-1,5	+1,9	+11,3	+9,9	+11,2
Industrie ⁴	104,4	+11,4	-0,5	-0,1	+2,5	+12,4	+13,0	+13,0
Bauhauptgewerbe	108,5	+0,2	-1,5	-24,1	-6,3	+6,1	-18,2	-1,1
Umsätze im								
Produzierenden Gewerbe ³								
Industrie (Index 2005 = 100) ⁴	102,6	+10,5	+0,7	-0,4	+4,0	+12,4	+12,7	+12,5
Inland	98,9	+6,3	+0,6	-3,5	+2,4	+9,2	+7,5	+8,4
Ausland	107,0	+15,6	+0,8	+2,8	+5,8	+16,1	+18,2	+17,1
Auftragseingang								
(Index 2005 = 100) ³ Industrie ⁴	106,2	+21,7	+5,2	-3,4	+2,7	120.6	+19,5	+19,4
						+20,6		
Inland	103,0	+16,3	+1,8	-2,4	+2,2	+14,6	+14,0	+14,3
Ausland	109,0	+26,5	+8,0	-4,2	+3,0	+25,7	+24,0	+23,8
Bauhauptgewerbe ²	95,6	-6,9	-4,8	•	-0,8	+0,2		+0,8
Umsätze im Handel (Index 2005=100)								
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	96,9	+1,1	-1,3	+0,1	-0,9	+3,5	-0,6	+0,8
Handel mit Kfz	89,1	-4,7	-1,2	-2,6	+1,1	+10,8	+8,9	+6,2

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2010		Veränderung in Tsd. gegenüber					
Arbeitsmarkt	Personen Mio.	ggü. Vorj. in%	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Nov10	Dez 10	Jan 11	Nov10	Dez 10	Jan 11
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,24	-5,2	-9	+1	-13	-284	-260	-270
Erwerbstätige, Inland	40,48	+0,5	+30	+34		+427	+428	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,71	+1,2	+72			+550		
Preisindizes 2005 = 100	2010		Veränderung in % gegenüber					
		ggü. Vorj. in%	Vorperiode			Vorjahr		
	Index	ggu. voij. III /	Nov10	Dez 10	Jan 11	Nov10	Dez 10	Jan 11
Importpreise	108,4	+7,8	+1,2	+2,3	•	+10,0	+12,0	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	109,7	+1,6	+0,2	+0,7		+4,4	+5,3	
Verbraucherpreise	108,2	+1,1	+0,1	+1,0	-0,4	+1,5	+1,7	+2,0
ifo-Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden							
	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov10	Dez 10	Jan 11
Klima	+3,0	+11,8	+12,8	+13,0	+14,6	+17,8	+18,9	+19,7
Geschäftslage	-1,2	+9,8	+12,5	+15,5	+16,2	+20,2	+21,5	+21,4
Geschäftserwartungen	+7,4	+13,8	+13,0	+10,5	+12,9	+15,5	+16,3	+18,1

¹Rechenstand Januar 2011.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Auftragsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe klar aufwärtsgerichtet. Dabei verzeichnen sowohl die Auftragseingänge aus dem Ausland als auch aus dem Inland ein deutliches Plus. Bei der Inlandsnachfrage stand einer günstigen Entwicklung im Investitionsgüterbereich ein rückläufiges Bestellvolumen bei Vorleistungs- und Konsumgütern gegenüber.

Die Aussichten für eine Fortsetzung des Aufschwungs im Verarbeitenden Gewerbe sind gut. So beurteilen die vom ifo-Institut befragten Unternehmen die Auftragsbestände im Investitionsgüterbereich weiterhin positiv, und auch laut Umfrage unter Einkaufsmanagern stellt sich die Nachfrageentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe derzeit überaus günstig dar. Die vom DIHK befragten Unternehmen sehen

die Geschäftsaussichten äußerst positiv und wollen ihre Investitionen steigern. Die Kapazitätserweiterung als Investitionsmotiv gewinnt dabei immer mehr an Bedeutung.

Von Kapazitätserweiterungen könnte in diesem Jahr auch die Bauwirtschaft profitieren. Im 4. Quartal des vergangenen Jahres wurde die Bauwirtschaft jedoch durch den frühen Wintereinbruch mit extrem niedrigen Temperaturen erst einmal negativ beeinflusst. So brach die Bauproduktion im Dezember drastisch ein und im Schlussquartal wurde das Produktionsniveau des Vorquartals spürbar unterschritten. Die vorlaufenden Indikatoren zeigen für den Jahresbeginn 2011 ein gemischtes Bild für die Bauwirtschaft. Die im Januar vom ifo-Institut befragten Bauunternehmen erwarten eine Zunahme der Bautätigkeit in den nächsten sechs

²Jahresdurchschnitt 2009.

³Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

⁴Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Monaten. In diese Richtung deuten auch die Ergebnisse der Umfrage des DIHK. Allerdings sind die Einschätzungen über die Entwicklung des Tiefbaus noch sehr pessimistisch. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe, die aber auch erst bis November vorliegen, zeichnen eher eine verhaltende Entwicklung.

Mit Blick auf die Konsumkonjunktur zeichnen die Stimmungsindikatoren nach wie vor ein positives Bild. So kam es zwar laut ifo-Umfrage im Einzelhandel nach einer kräftigen Stimmungsverbesserung im Vormonat im Januar zu einer gewissen Korrektur in der Beurteilung von Geschäftslage und Geschäftserwartungen. Dennoch befindet sich der Geschäftsklimaindex weiterhin deutlich über seinem langjährigen Durchschnitt. Auch die Stabilisierung des GfK-Indikators auf hohem Niveau deutet weiterhin auf eine rege Konsumtätigkeit der Verbraucher zu Beginn dieses Jahres hin. Die auch im Schlussquartal 2010 schon positive Stimmung der Einzelhändler und Verbraucher steht allerdings in deutlichem Kontrast zur Umsatzentwicklung im Einzelhandel. So war die Entwicklung des realen Einzelhandelsumsatzes im Schlussquartal 2010 rückläufig (Einzelhandel ohne Kfz saisonbereinigt - 0,9 % gegenüber der Vorperiode). Dies scheint insgesamt auf ein nicht besonders gutes Weihnachtsgeschäft hinzudeuten. Im Jahresdurchschnitt 2010 verzeichneten die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) jedoch ein Plus. Dies war insbesondere auf die spürbare Zunahme der Beschäftigung sowie Lohnzuwächse zurückzuführen, die angesichts der moderaten Preissteigerungen auf der Verbraucherstufe die reale Einkommenssituation der privaten Haushalte begünstigt haben.

Der Rückgang der Arbeitslosenzahl setzte sich im Januar – nach einer Pause zum Jahresende 2010 – fort. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen (nach Ursprungszahlen) belief sich im Januar 2011 auf 3,35 Millionen Personen und lag damit um 270 000 Personen unter dem Vorjahresniveau. Die entsprechende Arbeitslosenquote sank im gleichen

Zeitraum um 0,7 Prozentpunkte auf 7,9 %. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl verringerte sich im Januar gegenüber dem Vormonat um 13 000 Personen. Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) nahm im Dezember um 34 000 Personen gegenüber November zu und erreichte einen neuen Höchststand seit der deutschen Einheit. Nach Ursprungswerten betrug die Erwerbstätigenzahl 40,92 Millionen Personen und lag damit deutlich über Vorjahresniveau. Der konjunkturelle Aufschwung führte zu einem starken Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung; sowohl von Teilzeitals auch von Vollzeitstellen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm im November 2010 gegenüber dem Vormonat – nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) – spürbar zu (saisonbereinigt +72 000 Personen). Das Vorjahresniveau wurde (nach Ursprungswerten) um 550 000 Personen überschritten. Dabei war nach Branchen betrachtet das Plus bei der Arbeitnehmerüberlassung besonders hoch. Starke Beschäftigungsanstiege waren auch in den konsumnahen und wirtschaftlichen Dienstleistungsbereichen zu verzeichnen. Im Verarbeitenden Gewerbe lag die Beschäftigung erstmals seit Januar 2009 wieder über dem Vorjahresniveau. Beschäftigungsverluste gab es dagegen unter anderem in der öffentlichen Verwaltung.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dürfte weiterhin von der Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs im Jahr 2011 profitieren. Darauf deutet der BA-Stellenindex hin, der sich zunehmend dem Maximum des letzten Aufschwungs aus dem Jahr 2007 nähert. Zudem signalisieren Einkaufsmanager und die vom ifo-Institut befragten Unternehmen einen weiteren Anstieg der Arbeitskräftenachfrage für das Verarbeitende Gewerbe. Auch die Dienstleistungsunternehmen wollen vermehrt Mitarbeiter einstellen. Nach der jüngsten Umfrage des DIHK erreicht die

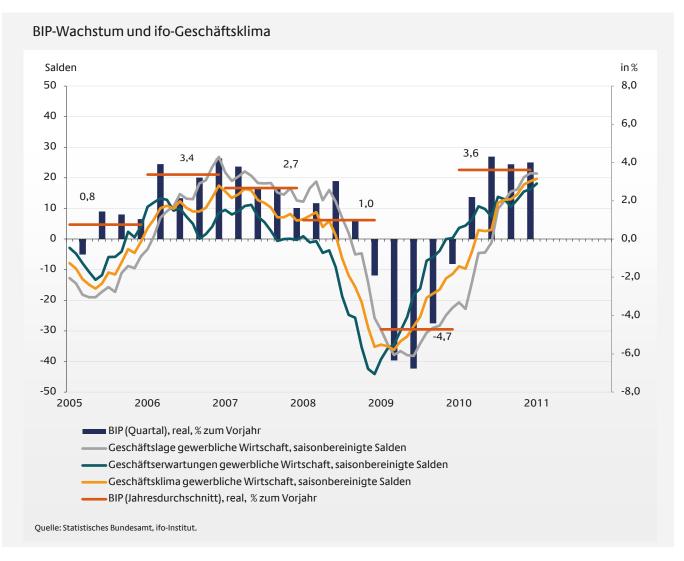
KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Einstellungsbereitschaft der Unternehmen zu Jahresbeginn 2011 Rekordwerte.

Der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus (VPI) im Vergleich zum Vorjahr hat sich verstärkt und lag im Januar 2,0 % über dem Vorjahresniveau (Dezember 2010: +1,7%). Der Anstieg des VPI wurde erneut maßgeblich durch die Verteuerung von Heizöl (+25,5 % gegenüber Vorjahr) und Kraftstoffen (+9,9 %) sowie von Obst (+6,3%) und Gemüse (+8,0%) bestimmt. So war Rohöl der Sorte Brent im Januar 2011 mit rund 97 US-Dollar pro Barrel um 27% teurer als im Januar 2010. Hinzu kamen die von Versorgungsunternehmen angekündigten Preiserhöhungen bei Strom (+7,2 % gegenüber Vorjahr). Ohne die Berücksichtigung der Preisentwicklung

bei Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) liegt die Inflationsrate somit nur bei 1,1%. Im Vergleich zum Vormonat sank der Verbraucherpreisindex um 0,4%. Dies ist vor allem auf den saisonbedingten Rückgang der Preise für Pauschalreisen und Beherbergungsdienstleistungen sowie Bekleidung und Schuhe zurückzuführen.

Die Aufwärtstendenz der Weltmarktpreise bewirkte im vergangenen Jahr eine spürbare Verteuerung der Importe (Jahresdurchschnitt 2010: +7,8 % gegenüber dem Vorjahr). Insbesondere für Energieprodukte und Nahrungsmittel war der Preisanstieg besonders ausgeprägt. So lagen beispielsweise die Importpreise für Erdöl um 38,1% und für Erdgas um 4,1% über Vorjahresniveau.



KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Kräftige Preiserhöhungen gab es u. a. auch bei importiertem Getreide sowie Milch und Milcherzeugnissen. Dies beeinflusste auch die Entwicklung der Verbraucherpreise. So trugen im Jahresdurchschnitt 2010 die Energiepreise 0,4 Prozentpunkte und die Nahrungsmittelpreise 0,2 Prozentpunkte zum Anstieg des VPI bei, während 2009 die Preisentwicklung beider Gütergruppen noch preisdämpfend wirkte.

Der Anstieg der Erzeugerpreise fiel im Jahresdurchschnitt 2010 mit 1,6 % gegenüber 2009 noch vergleichsweise moderat aus. Preisanstiege bei Vorleistungsgütern erklären allein zwei Drittel der gesamten Jahresteuerungsrate. Energie war um 1,4% teurer als 2009. Ohne Berücksichtigung von Energie lagen Erzeugerpreise um 1,7% über dem Vorjahresniveau.

Die Preissteigerungen auf den vorgelagerten Handelsstufen sind Frühindikatoren für zukünftige Inflationstendenzen auf der Verbraucherstufe, denn sie schlagen sich mit zeitlicher Verzögerung im Verbraucherpreisindex nieder. In welchem Umfang sich diese Inflationsrisiken jedoch materialisieren, hängt aber von den Überwälzungsspielräumen auf den jeweiligen Gütermärkten ab (Nachfrage- und Wettbewerbssituation).

Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2010

Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2010

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Dezember 2010 vor.

Die positive Entwicklung der Länderhaushalte im Jahr 2010 hält im Vergleich zum Vorjahr auch nach den vorläufigen Abschlussdaten für Dezember an. Der Finanzierungssaldo betrug am Ende des Berichtszeitraums rund - 21,5 Mrd. € für die Ländergesamtheit und unterschritt den Vorjahreswert um rund 4 Mrd. €. In den Haushaltsansätzen 2010 war ein Defizit von rund - 34,4 Mrd. € vorgesehen. Die Ausgaben der Länder insgesamt stiegen bis Dezember 2010 im Vergleich zum Vorjahr um + 0,6 % auf 286,6 Mrd. €, lagen jedoch rund 1,7 Mrd. € unter den Planungen. Infolge des Wachstums der Einnahmen im gleichen Zeitraum um +2,2% auf rund 265,1 Mrd. € wurden die Ansätze um rund 11.2 Mrd. € überschritten. Die Steuereinnahmen betrugen rund 188,4 Mrd. € (-0,2%).

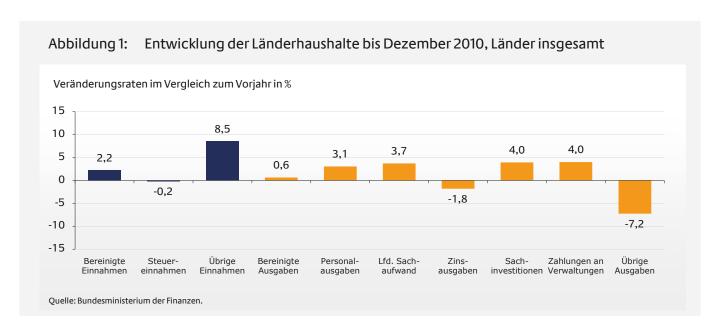
In den westdeutschen Flächenländern verringerten sich die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um - 0,3 % auf rund 203,1 Mrd. € und deckten sich nahezu mit den Ansätzen, während die Einnahmen um 2,8 % auf rund 187,0 Mrd. € anstiegen und damit rund

8,5 Mrd. € über den Planungen lagen. Die Steuereinnahmen betrugen rund 141,6 Mrd. € und fielen um - 0,6 % geringer aus als im Vorjahr. Das Defizit der Flächenländer West in Höhe von rund - 16,1 Mrd. € unterschritt deutlich den Planwert von rund - 25,1 Mrd. €.

In den ostdeutschen Flächenländern stiegen die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um + 0,4% auf rund 52,1 Mrd. €, während sich die Einnahmen um - 2,6% auf rund 50,2 Mrd. € verringerten. Die Steuereinnahmen sanken um - 1,9% gegenüber dem Vorjahreswert auf 26,1 Mrd. €. Das Defizit der Flächenländer Ost betrug Ende Dezember rund - 1,9 Mrd. € und fiel rund 1,3 Mrd. € günstiger aus als die Planungen für 2010.

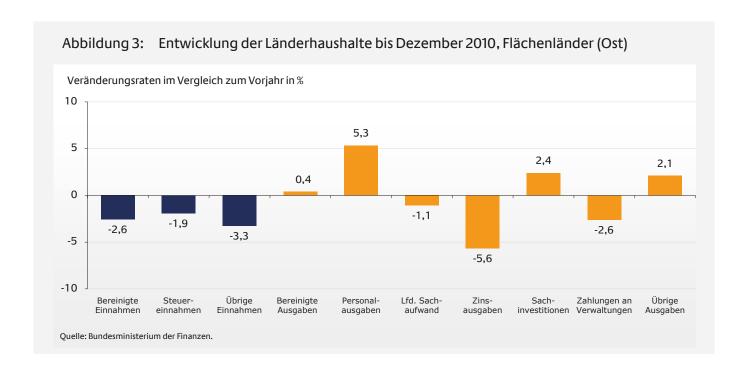
In den Stadtstaaten ist im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum ein Ausgabenanstieg von + 4 % auf rund 37,2 Mrd. € zu verzeichnen. Insbesondere aufgrund der hohen Steuereinnahmen (+ 5,5 %) erhöhten sich die Gesamteinnahmen im selben Zeitraum um + 3,8 % auf 33,6 Mrd. € und lagen 6,9 % über den Ansätzen. Das Defizit der Stadtstaaten belief sich Ende Dezember 2010 auf rund - 3,5 Mrd. € und lag damit rund 2,6 Mrd. € unter den Planungen für 2010.

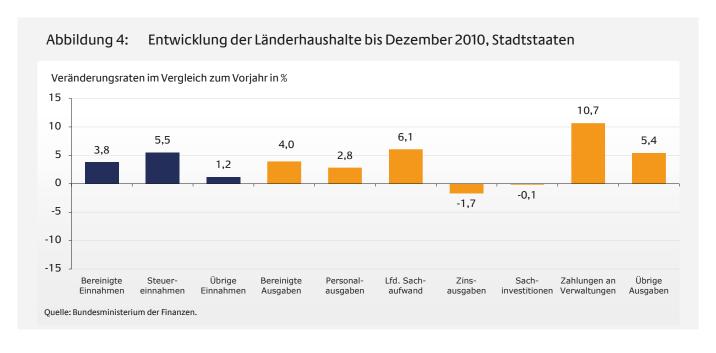
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2010





Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2010





EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 15. Februar 2011 in Brüssel

Gesetzgebungsvorschläge zur wirtschaftspolitischen Steuerung

Ende November 2010 wurde die Beratung der sechs Gesetzgebungsvorschläge der Kommission in den Ratsgremien aufgenommen. Die ECOFIN-Minister besprachen die noch offenen Punkte.

Zu der Frage des Stellenwerts der neu einzuführenden budgetären Ausgabenregel im präventiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspakts konnte eine Einigung erzielt werden. Die Ausgabenregel legt fest, dass das nicht gegenfinanzierte Ausgabenwachstum nicht höher sein darf als das mittelfristige Potenzialwachstum. Diese Ausgabenregel ist einzuhalten, solange das in den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen festgelegte Mittelfristziel (strukturell nahezu ausgeglichener Haushalt, sogenanntes MTO) nicht erreicht ist.

Die ECOFIN-Minister haben sich nun darauf verständigt, dass auch nach Erreichen dieses Mittelfristziels die Ausgabenregel weiter Beachtung finden soll, wenn durch "windfall revenues", die z. B. aufgrund von Vermögensblasen anfallen, die strukturellen Einnahmen überzeichnet sind.

In der Diskussion drängte Deutschland darauf, dass bei dem neuen Verfahren zur Vermeidung und Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte insbesondere Mitgliedstaaten mit Leistungsbilanzdefiziten im Fokus stehen müssen (asymmetrische Betrachtung). Insbesondere ein Mitgliedstaat betonte erneut seinen grundsätzlichen Vorbehalt gegenüber der Schuldenabbauregel, wie sie in der Van-Rompuy-Task-Force vereinbart

wurde. Vielmehr müssten relevante Faktoren (insbesondere eine niedrige private Verschuldung) stärker bei der Bewertung des Schuldenstandskriteriums berücksichtigt werden.

Beim ECOFIN-Rat im März 2011 möchte die ungarische Präsidentschaft eine Einigung auch zu den übrigen noch offenen Punkten erreichen. Anschließend folgen die Konsultationen mit dem Europäischen Parlament. Nach Vorgabe des Europäischen Rates sollen die Legislativtexte im Juni 2011 angenommen werden.

Steuerdossiers

Richtlinie über die Besteuerung von Zinserträgen

Betrugsbekämpfungsabkommen mit Drittstaaten

- a) Entwurf eines Abkommens mit Liechtenstein über die Betrugsbekämpfung
- b) Verhandlungsmandat für Betrugsbekämpfungsabkommen mit Drittländern

Im Mittelpunkt der Diskussion der ECOFINMinister stand die Zinsrichtline, über deren
Revision seit Ende 2008 verhandelt wird. Bei
der Revision geht es insbesondere um die
Erweiterung des persönlichen und sachlichen
Anwendungsbereichs. Die sachliche
Erweiterung betrifft vor allem Erträge aus
Wertpapieren und Lebensversicherungen.
Die persönliche Erweiterung betrifft die
Einbeziehung bestimmter Stiftungen und
Trusts, die bisher häufig zur Abschirmung
vor einer Besteuerung eingesetzt wurden.
Trotz mehrmaliger intensiver Beratung im

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

ECOFIN – zuletzt im Januar 2010 – konnte bisher noch keine Einigung erzielt werden. Auch diesmal äußerten insbesondere zwei Mitgliedstaaten Bedenken. Sie betonten, dass die Wettbewerbsbedingungen für EU-Staaten nicht schlechter sein dürften als die für die europäischen Drittstaaten. Es müsse eine externe Konditionalitätsklausel aufgenommen werden, die festlege, dass die Erweiterung des Anwendungsbereichs erst dann Anwendung finden soll, wenn diese auch für die europäischen Drittstaaten gelte. Zudem müsse den bilateralen Verhandlungen von Deutschland und Großbritannien mit der Schweiz Beachtung geschenkt werden. Diese zielten darauf ab, die Schweiz von einer Pflicht zum Austausch von Daten zu entbinden. Das führe zu einer privilegierten Stellung der Schweiz und zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen. Im Übrigen müssten die Steuerdossiers als Paket verhandelt werden. Deutschland. unterstützt von anderen Mitgliedstaaten, forderte eine baldige Verabschiedung der Zinsrichtlinie. Der vorliegende Text stelle einen guten Kompromiss dar und könne so beschlossen werden. Zudem sei man gegen die Aufnahme einer externen Konditionalität. An die Zusammenarbeit innerhalb der EU müssten höhere Ansprüche gestellt werden als an die Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Auch gebe es keinen gewichtigen Grund, die Steuerdossiers als Paket zu behandeln. Vielmehr solle man bei der Zinsrichtlinie schnell zu einem Abschluss kommen.

Die Betrugsbekämpfungsabkommen mit Drittstaaten wurden nicht vertieft diskutiert.

Vorbereitung des Europäischen Rates (24. bis 25. März 2011)

EU 2020: makroökonomische und fiskalpolitische Leitlinien

Am 12. Januar 2011 hat die Europäische Kommission den "Jahreswachstumsbericht" vorgelegt, der den Anfang des "Europäischen Semesters" darstellt. In

diesem bewertet die Kommission die zentralen Herausforderungen für die EU und schlägt prioritäre Maßnahmen in den drei Bereichen a) Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und makroökonomische Stabilität, b) Arbeitsmarktreformen sowie c) wachstumsfördernde Strukturreformen vor. Der ECOFIN-Rat verabschiedete zu den makroökonomischen und fiskalischen Aspekten des Berichts Schlussfolgerungen. Darin unterstreicht er die Bedeutung von Konsolidierung, Arbeitsmarktflexibilisierung und Beschleunigung von wachstumsfördernden Strukturreformen. Diese Schlussfolgerungen bilden den fachlichen Beitrag des ECOFIN zur Vorbereitung des Europäischen Rates im März 2011 zum "Europäischen Semester". Der Europäische Rat wird auf Grundlage von Beiträgen der Fachräte horizontale Empfehlungen verabschieden, die die Grundlage für die Erstellung der nationalen Reformprogramme und der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der Mitgliedstaaten bilden.

Ernennung eines Mitglieds des Direktoriums der Europäischen Zentralbank

Die Amtszeit von Gertrude Tumpel-Gugerell (Österreich) als EZB-Direktoriumsmitglied endet im Mai 2011, und der Europäische Rat muss am 24./25. März über die Nachfolge entscheiden. Der Europäische Rat handelt hierbei auf Empfehlung des ECOFIN-Rates, der das Europäische Parlament und den EZB-Rat anhört. Der ECOFIN-Rat empfiehlt Peter Praet (Belgien) als Nachfolger für Gertrude Tumpel-Gugerell.

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Bei ihrem Treffen im Juli 2010 haben die ECOFIN-Minister für Finnland, Dänemark, Zypern und Bulgarien das Bestehen übermäßiger öffentlicher Defizite festgestellt und Empfehlungen mit dem Ziel beschlossen,

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

die übermäßigen öffentlichen Defizite zu beenden. Danach sollen Finnland und Bulgarien ihre Haushaltsdefizite bis 2011 unter 3 % des BIP senken, Zypern bis 2012 und Dänemark bis 2013. Die ECOFIN-Minister haben auf der Grundlage einer Überprüfung durch die Kommission festgestellt, dass alle diese Mitgliedstaaten wirksame Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele ergriffen haben. Damit ruhen die Defizitverfahren.

Vorbereitung des G20-Treffens der Finanzminister und Notenbankgouverneure (18. bis 19. Februar 2011)

Die ECOFIN-Minister verabschiedeten für das G20-Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure eine gemeinsame Sprachregelung (Terms of Reference). Darin werden folgende Themen behandelt: Lage der Weltwirtschaft, Rahmenwerk für Wachstum (Framework for Growth), Reform des internationalen Währungssystems, Ressourcen des IWF, Finanzmarktregulierung, Rohstoffe, Klimaschutz und Entwicklung.

Verfahren zur Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009

Der jährliche Bericht des Europäischen Rechnungshofs (ERH) ist die Grundlage für die Entlastung, die das Europäische Parlament der Kommission auf Empfehlung des Rates erteilt. Der ECOFIN-Rat hat eine Ratsempfehlung an das Europäische Parlament verabschiedet, auf deren Grundlage der Kommission die Entlastung ausgesprochen werden kann.

Haushaltsleitlinien für das Jahr 2012

Die vom ECOFIN-Rat beschlossenen Haushaltsleitlinien bilden den Auftakt zur Aufstellung des Haushalts 2012 und legen den Grundstein für den von der Kommission zu erstellenden Entwurf des Haushaltsplans

☐ Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

14./15. März 2011	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
24./25. März 2011	Europäischer Rat in Brüssel
8./9. April 2011	Informeller ECOFIN in Ungarn
14./15. April 2011	G-20 Treffen der Finanzminister und Notenbankgoverneure in Washington
16./17. April 2011	IWF-Frühjahrstagung in Washington

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2012

bis Mitte März 2011	Regierungsinterne Entwicklung der Eckwerte
16. März 2011	Kabinettbeschluss über Eckwerte
10. bis 12. Mai 2011	Steuerschätzung in Fulda
Ende März bis Mitte Juni 2011	Komprimiertes Aufstellungsverfahren auf der Basis des Eckwertebeschlusses
Ende Juni/Anfang Juli 2011	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2012 und Finanzplan bis 2015
12. August 2011	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
6. bis 9. September 2011	1. Lesung Bundestag
23. September 2011	1. Durchgang Bundesrat
21. September bis 9. November 2011	Beratungen im Haushaltsausschuss
Mitte Oktober 2011	Stabilitätsrat
Anfang November 2011	Steuerschätzung
10. November 2011	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
22. bis 25. November 2011	2./3. Lesung Bundestag
16. Dezember 2011	2. Durchgang Bundesrat
Ende Dezember 2011	Verkündung im Bundesgesetzblatt
	·

☐ Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
März 2011	Februar 2011	21. März 2011
April 2011	März 2011	21. April 2011
Mai 2011	April 2011	20. Mai 2011
Juni 2011	Mai 2011	20. Juni 2011
Juli 2011	Juni 2011	20. Juli 2011
August 2011	Juli 2011	22. August 2011
September 2011	August 2011	22. September 2011
Oktober 2011	September 2011	21. Oktober 2011
November 2011	Oktober 2011	21. November 2011
Dezember 2011	November 2011	22. Dezember 2011

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

Internet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

 $^{^{1}}$ Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Analysen und Berichte

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2011	38
Haushaltsabschluss 2010	
Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel	
Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2010	
Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung in den Mitgliedstaaten der OECD	

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2011

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2011

Deutschland im Aufschwung – den Wohlstand von morgen sichern

1	Vorbemerkung	38
2	Wirtschaftliche Entwicklung und Jahresprojektion	39
3	Wachstumspotenzial nachhaltig erhöhen - strukturelle Konsolidierung bewältigen	40
4	Finanzpolitische Wende eingeleitet	44
	Neue Rahmenbedingungen für die Finanzmärkte	
6	Stabilität und Wachstum in Europa sichern	49

- Nach dem schwersten Einbruch in der Geschichte der Bundesrepublik ist die deutsche Wirtschaft 2010 doppelt so schnell gewachsen wie der Durchschnitt der Europäischen Union und damit zur Konjunkturlokomotive in Europa geworden. Für das Jahr 2011 erwartet die Bundesregierung einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2,3 %.
- Ziel der Bundesregierung ist es, das Wachstumspotenzial nachhaltig zu erhöhen und gleichzeitig die strukturellen Konsolidierungsaufgaben für die öffentlichen Haushalte zu bewältigen. Mit dem Zukunftspaket und dem Bundeshaushalt 2011 hat die Bundesregierung die notwendige wachstumsorientierte Konsolidierung der öffentlichen Finanzen auf den Weg gebracht.
- Funktionierende Finanzmärkte sind unverzichtbar für die Stärkung des langfristigen
 Wachstumspotenzials. Ziel der Reformagenda der Bundesregierung ist es, durch neue
 Rahmenbedingungen die Widerstandsfähigkeit der Finanzinstitutionen sowie des gesamten
 Finanzsystems zu erhöhen.
- Wachstum und Wohlstand in Deutschland und in Europa lassen sich nur dann realisieren, wenn auch Europa insgesamt eine Wirtschaftspolitik verfolgt, die sein Wachstumspotenzial stärkt und das Vertrauen in den Euro und die Stabilität der Europäischen Währungsunion festigt.

1 Vorbemerkung

Das Bundeskabinett hat am 19. Januar 2011 den diesjährigen Jahreswirtschaftsbericht (JWB) der Bundesregierung beschlossen. Der JWB ist gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) alljährlich von der Bundesregierung dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat vorzulegen. Mit dem

JWB erläutert die Bundesregierung ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik und stellt gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten für 2011 zur Verfügung. Gleichzeitig nimmt sie zum aktuellen Jahresgutachten (JG) des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Stellung. Im Folgenden sind wesentliche Aussagen des Berichts - mit Schwerpunkt auf den finanz- und den finanzmarktpolitischen Maßnahmen - zusammengefasst dargestellt.

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2011

2 Wirtschaftliche Entwicklung und Jahresprojektion

Nach dem schwersten Einbruch in der Geschichte der Bundesrepublik hat die deutsche Wirtschaft 2010 eine unerwartet starke Dynamik entfaltet. Sie ist doppelt so schnell gewachsen wie der Durchschnitt der Europäischen Union und damit zur Konjunkturlokomotive in Europa geworden. Mit 3,6 % hat die deutsche Wirtschaft den größten Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts seit der deutschen Einheit erzielt. Der kräftige Aufschwung nach dem schockartigen konjunkturellen Einbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 war insbesondere der weltwirtschaftlichen Erholung zu verdanken. Die deutschen Unternehmen konnten aufgrund ihrer hohen Wettbewerbsfähigkeit an frühere Exporterfolge anknüpfen. Der außenwirtschaftliche Impuls ist inzwischen auf die Binnennachfrage übergesprungen. Insbesondere der private Konsum entwickelt sich zunehmend zu einer stabilen Säule der Wirtschaftsentwicklung. Die Erholung hat damit an Breite gewonnen.

Auch die staatlichen Konjunkturmaßnahmen haben im vergangenen Jahr dem Aufschwung Impulse gegeben. Die steuerlichen Entlastungen für Bürger und Unternehmen unter anderem durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz haben zusätzlich zur Stabilisierung der Binnennachfrage beigetragen. Insgesamt wurden Bürger und Unternehmen zum Jahresanfang 2010 um 24 Mrd. € entlastet.

Die wirtschaftliche Erholung ist insbesondere ein Beschäftigungsaufschwung.
Trotz des drastischen Rückgangs der Industrieproduktion und der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in der Krise wurden Beschäftigungseinbrüche vermieden. Dies ist im internationalen Vergleich ein erfreulicher Sonderfall. Durch verantwortungsvolle Tarifabschlüsse und zukunftsgerichtete unternehmerische

Entscheidungen konnten die Wirtschaftsakteure flexibel auf die Krise reagieren. Der Staat flankierte diese positive Entwicklung mit Stützungsmaßnahmen. Die Beschäftigung hat im Durchschnitt des vergangenen Jahres mit 40,5 Millionen Personen sogar den höchsten Stand seit der deutschen Einheit erreicht. Die neugeschaffenen Arbeitsplätze sind fast ausschließlich sozialversicherungspflichtig und entstanden zum größten Teil im Vollzeitbereich.

Die Bundesregierung erwartet in ihrer Jahresprojektion 2011 eine Fortsetzung des Aufschwungs mit einer Zuwachsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 2,3 %. Die deutsche Wirtschaft wächst damit spürbar stärker als der Durchschnitt des Euroraums. Gleichwohl dürfte die Wachstumsdynamik aufgrund der etwas schwächeren weltwirtschaftlichen Impulse insgesamt etwas geringer als im vergangenen Jahr ausfallen.

Die Bundesregierung erwartet, dass sich bei anhaltendem wirtschaftlichen Aufschwung die Arbeitsmarktsituation weiter verbessert, wenngleich in etwas mäßigerem Tempo. Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Beschäftigten gegenüber 2010 um rund 320 000 Personen auf 40,8 Millionen Personen zunehmen. Die Arbeitslosigkeit könnte im Jahresdurchschnitt knapp unter die Dreimillionenmarke fallen.

Nach wie vor bestehende Risiken für den Aufschwung kommen vor allem aus der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Die deutsche Volkswirtschaft wird aufgrund ihrer Offenheit und ihrer internationalen Verflechtungen weiterhin stark von der Entwicklung der Weltwirtschaft beeinflusst. Es ist zu erwarten, dass das weltwirtschaftliche Wachstum in diesem Jahr etwas an Fahrt verlieren wird. Obgleich die Grunddynamik in den Schwellenländern weiterhin hoch ist, laufen weltweit die krisenbedingten Nachholprozesse aus. Zudem hat die Wirtschaftspolitik bereits vielerorts ihren

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2011

Tabelle 1: Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland¹

	2009	2010	Jahresprojektion 2011
	Ve	eränderung gegenüber dem Vorjahr ir	1%
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	-4,7	3,6	2,3
Erwerbstätige (im Inland)	0,0	0,5	0,8
Arbeitslosenquote in % (Abgrenzung der BA) ²	8,2	7,7	7,0
Verwendung des BIP preisbereinigt			
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	-0,2	0,5	1,6
Ausrüstungen	-22,6	9,4	8,0
Bauten	-1,5	2,8	1,7
Inlandsnachfrage	-1,9	2,6	2,0
Exporte	-14,3	14,2	6,5
Importe	-9,4	13,0	6,4
Außenbeitrag (BIP- Wachstumsbeitrag) ³	-2,9	1,1	0,4
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (nominal)	-0,2	2,2	2,1

¹ Bis 2010 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: 12. Januar 2011.

als Reaktion auf die Krise stark expansiven Kurs zurückgenommen. In den Vereinigten Staaten und Japan steht eine notwendige Konsolidierung des privaten und öffentlichen Sektors an. Dies gilt in noch ausgeprägterem Maße für einige europäische Länder.

3 Wachstumspotenzial nachhaltig erhöhen strukturelle Konsolidierung bewältigen

Jetzt kommt es darauf an, die langfristigen Wachstumskräfte in der Binnenwirtschaft zu stärken. Ziel der Bundesregierung ist es, das Wachstumspotenzial nachhaltig zu erhöhen und gleichzeitig die strukturellen Konsolidierungsaufgaben für die öffentlichen Haushalte zu bewältigen.

Wachstumsfreundliche Konsolidierung

Die Wirtschaftspolitik muss jetzt die richtigen Weichen stellen, um die Wachstumskräfte in der Binnenwirtschaft langfristig zu stärken und damit den Wohlstand von morgen zu sichern. Nach den Kriseninterventionen der vergangenen Jahre muss die Balance zwischen Staat und Markt neu austariert werden. Staatliche Maßnahmen zur Überwindung der Krise werden deshalb im Rahmen der Ausstiegsstrategie der Bundesregierung sukzessive beendet: Anträge für Kredite und Bürgschaften des Wirtschaftsfonds Deutschland konnten bis Ende Dezember 2010 eingereicht werden. Die Sonderregelungen für die Kurzarbeit werden im März 2012 endgültig auslaufen. Die Beteiligungen und Garantien des Bundes bei den Banken sollen entsprechend der wirtschaftlichen

² Bezogen auf alle Erwerbspersonen.

³ Beitrag zur Zuwachsrate des BIP.

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2011

Lage der Institute ebenfalls möglichst bald zurückgeführt werden. Die Wahrnehmung von Aufgaben durch den Staat darf nicht zur dauerhaften fiskalischen Überlastung führen. Infolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, insbesondere aufgrund der Errichtung von Abwicklungsanstalten für Kreditinstitute, dürfte der gesamtstaatliche Schuldenstand im Jahr 2010 nach vorläufigen Schätzungen auf rund 82 % des Bruttoinlandsprodukts gestiegen sein. Eine derart hohe Schuldenstandsquote ist mittelfristig nicht hinnehmbar.

Die Bundesregierung hat deshalb die notwendige wachstumsorientierte Konsolidierung der öffentlichen Finanzen auf den Weg gebracht. Dabei geht es um die Begrenzung des Staatskonsums, die Kürzung von Subventionen, die Erhöhung der Leistungsanreize und das Festhalten an der Priorität für Ausgaben in Bildung und Forschung. Das von der Bundesregierung beschlossene Zukunftspaket steht für diesen finanzpolitischen Kurswechsel und für intelligentes Sparen. Es zielt auf eine strukturelle Konsolidierung, die das Wachstumspotenzial stärkt und zudem das Vertrauen in die Stabilität des Euro erhöht. Den Erfordernissen der grundgesetzlich verankerten Schuldenregel wird damit Rechnung getragen.

Mit dieser konsequenten Konsolidierungsstrategie erschließt die Bundesregierung auch Spielräume für steuerliche Entlastungen, die zu einer weiteren Stärkung der binnenwirtschaftlichen Dynamik beitragen werden. Bereits kurzfristig beabsichtigt sie, das Steuersystem einfacher zu gestalten. Insbesondere die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen sollen so rasch wie möglich - möglichst noch in dieser Legislaturperiode - steuerlich entlastet werden. Dazu müssen - unter Einhaltung der Schuldenregel – die notwendigen haushaltspolitischen Spielräume erarbeitet werden. Neue Freiräume schafft darüber hinaus auch die Senkung von Bürokratiekosten.

Den demografischen Wandel als Chance nutzen

Das Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft wird künftig deutlich vom demografischen Wandel geprägt sein. Nach Schätzung des Statistischen Bundesamts (2009) wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Deutschland bis zum Jahr 2060 von derzeit knapp 50 Millionen Personen auf rund 36 Millionen Personen sinken. Deshalb ist die Politik der Bundesregierung darauf ausgerichtet, die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen und älteren Menschen sowie von Geringqualifizierten und Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Zugleich gilt es, die strukturelle Arbeitslosigkeit in Deutschland weiter zu senken und mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen. Die Bundesregierung wird dazu Anreizstrukturen optimieren, um die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes weiter zu verbessern.

Einer Umfrage des Deutschen Industrieund Handelskammertages zufolge haben schon heute 20 % der Unternehmen generell und 50 % teilweise Probleme, passende Bewerber für ihre offenen Stellen zu finden. Der Fachkräftemangel darf kein Engpassfaktor bei der Erhöhung des Wachstumspotenzials werden. Zunächst einmal gilt es, das inländische Potenzial besser auszuschöpfen. Mehr und bessere Bildung und Ausbildung stehen dabei im Vordergrund. So werden z. B. mit der Unterzeichnung des neuen Ausbildungspaktes die Anstrengungen verstärkt, auch benachteiligte Jugendliche für eine erfolgreiche berufliche Ausbildung zu befähigen.

Daneben wird die Bundesregierung auch der Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte besondere Aufmerksamkeit widmen und prüfen, wie sie verstärkt zur Behebung des wachsenden Fachkräftemangels beitragen kann. Der Zugang von ausländischen Hochqualifizierten und Fachkräften zum deutschen Arbeitsmarkt muss systematisch an den Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarktes ausgerichtet und nach zusammenhängenden, klaren, transparenten

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2011

und gewichteten Kriterien wie Bedarf, Qualifizierung und Integrationsfähigkeit gestaltet werden. Sie wird dabei auch die Erfahrungen anderer Länder einbeziehen.

Strukturelle Arbeitslosigkeit weiter abbauen

Um das Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen, muss die strukturelle Arbeitslosigkeit weiter zurückgeführt werden. Die Reformen der vergangenen Jahre haben den Arbeitsmarkt in Deutschland deutlich flexibler gemacht. Er ist jetzt besser in der Lage, auf Veränderungen in der wirtschaftlichen Entwicklung zu reagieren (vergleiche Kasten 1).

Die Bundesregierung plant in diesem Jahr eine Reform des Rechtsrahmens aktiver Arbeitsmarktpolitik, damit Arbeitsuchende künftig schneller und zielgenauer in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Die Anreize zur Wiedereingliederung sollen gemäß dem Prinzip des Förderns und Forderns weiter gestärkt werden. Dazu soll die Zahl der Arbeitsmarktinstrumente deutlich reduziert und gleichzeitig ein hohes Maß an Ermessensspielraum vor Ort in den Agenturen für Arbeit und den Grundsicherungsstellen erreicht werden, kombiniert mit einem wirksamen Controlling.

Kasten 1: Gründe für das "deutsche Jobwunder"

Die positive Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist in erster Linie der Flexibilität des Tarifvertragssystems zu verdanken, das viele betriebliche Bündnisse für Arbeit, moderate Lohnabschlüsse sowie flexible Arbeitszeitmodelle ermöglicht hat. Damit konnten während der Krise Überkapazitäten häufig ohne Entlassungen abgefedert werden.

Die Bundesregierung hat dieses beschäftigungssichernde Vorgehen mit einer vorübergehenden Verbesserung der Regelungen zur Kurzarbeit unterstützt. Die Zahl der Kurzarbeiter ist mittlerweile ohne einen Anstieg der Arbeitslosigkeit deutlich gesunken. Dies spricht für einen konjunkturgerechten Ausstieg aus den staatlichen Stimulierungsmaßnahmen.

Ein differenziertes Bild ergibt sich mit Blick auf die Beschäftigungsentwicklung nach Sektoren. Im Dienstleistungssektor setzte sich insgesamt der längerfristige Trend zum Beschäftigungsaufbau über die Krise hinweg fort. Im stärker exportorientierten verarbeitenden Gewerbe hingegen schlug der Einbruch der Weltwirtschaft auch auf die Beschäftigung durch. Die Anzahl der Erwerbstätigen ging im Jahr 2009 vorübergehend zurück, bevor sie mit der Erholung des Welthandels im vergangenen Jahr wieder anstieg.

Im internationalen Vergleich hat sich der deutsche Arbeitsmarkt insgesamt als flexibler erwiesen, als ihm in der Vergangenheit vielfach attestiert worden war. Hierbei kam insbesondere der Zeitarbeit als spezifisch flexiblem Arbeitsmarktsegment eine entscheidende Bedeutung zu. Darüber hinaus ist auch die Entlastung des Faktors Arbeit ein wichtiger Aspekt. Dem hat die Bundesregierung unter anderem mit der Gesundheitsreform 2010 Rechnung getragen und die Lohnzusatzkosten dauerhaft vom Anstieg der Gesundheitsausgaben entkoppelt.

Die Zahl der Arbeitslosen ist in den vergangenen fünf Jahren um rund 1,6 Millionen Personen zurückgegangen (von 4,6 Millionen Personen im Oktober 2005 auf unter 3 Millionen Personen im Oktober 2010). Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit hat sich um rund sieben Wochen verringert (von 40,4 Wochen im Jahr 2006 auf aktuell 33,4 Wochen). Die Erwerbstätigenquote Älterer zwischen 55 Jahren und unter 65 Jahren ist in den vergangenen fünf Jahren um rund 14,7 Prozentpunkte gestiegen (von 41,2 % im Jahr 2004 auf 55,9 % im Jahr 2009).

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2011

Wettbewerb stärken

Ein konstituierendes Element der Sozialen Marktwirtschaft ist der funktionierende Wettbewerb. Zur Stärkung des Wettbewerbs in allen Bereichen wird die Bundesregierung das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) novellieren. Damit werden die wettbewerblichen Rahmenbedingungen, insbesondere im Bereich der Fusionskontrolle, der Missbrauchsaufsicht, der Bußgeldvorschriften und des Verfahrens bei Kartellverstößen weiter verbessert.

Um den Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten weiter zu stärken, wird die Bundesregierung als wichtigen Baustein einen Gesetzesentwurf zur Einrichtung einer Markttransparenzstelle für den Großhandel mit Strom und Gas vorlegen. Diese Transparenzstelle soll beim Bundeskartellamt angesiedelt werden und laufend marktrelevante Daten erheben, sammeln und analysieren. So können mögliche Preismanipulationen schnell erkannt werden. Dadurch werden das Vertrauen der Marktteilnehmer in die Großhandelsmärkte, der Wettbewerb und die Energieverbraucherinteressen gestärkt.

Auch bei der Gesundheitsversorgung setzt die Bundesregierung auf die Stärkung des Wettbewerbs. So gilt nunmehr das allgemeine Wettbewerbsrecht, wenn gesetzliche Krankenkassen Einzelverträge mit Leistungserbringern abschließen. Im Rahmen des Arzneimittelneuordnungsgesetzes (AMNOG) wurde eingeführt, dass das allgemeine Kartellrecht (Kartellverbot und mögliche Ausnahmen) auf die nichtobligatorischen Einzelverträge der Krankenkassen mit den Leistungserbringern anzuwenden ist. Damit ist sichergestellt, dass es weder auf Nachfrager- noch auf Anbieterseite zu unerwünschten, einer wirtschaftlichen Versorgung abträglichen Wettbewerbsbeschränkungen kommt.

Durch Forschung und Innovationen Wohlstand sichern

Mit der Bereitstellung von zusätzlichen 12 Mrd. € für Investitionen in Bildung und Forschung bis zum Jahr 2013, davon je 6 Mrd. € für Bildung beziehungsweise für Forschung und Entwicklung, hat die Bundesregierung sich klar zu ihrer Verantwortung für die Zukunft bekannt. Damit - sowie mit der Finanzplanung für die Jahre 2012 bis 2014 trägt die Bundesregierung weiter zur Realisierung ihres Anteils an dem zwischen Bund und Ländern vereinbarten Ziel bei, die gesamtgesellschaftlichen Investitionen für Bildung und Forschung bis 2015 auf 10 % des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Treiber von Innovationen sind neue Technologien, Dienstleistungen und gesellschaftliche Veränderungen, aber auch globale Herausforderungen, für die Lösungen und Antworten gefunden werden müssen. Mit der Hightech-Strategie setzt die Bundesregierung Anreize für Innovationen (vergleiche JWB 2010, Tz 107). In Zukunft soll die Förderung von Schlüsseltechnologien verstärkt auf die Lösung drängender gesellschaftlicher Fragen (Bedarfsfelder: Klima/Energie, Gesundheit/ Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation) ausgerichtet werden.

Die Bundesregierung wird bestehende gesetzliche und außergesetzliche Rahmenbedingungen – auch auf europäischer Ebene – auf ihre Innovationsfreundlichkeit hin überprüfen. Neue Initiativen sollen so gestaltet werden, dass sie genügend Raum und Anreize für Erfindungen und Innovationen geben sowie die Innovationsfähigkeit von Unternehmen befördern. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, innerhalb der EU kohärente innovationspolitische Ansätze nach dem Beispiel der Hightech-Strategie zu entwickeln.

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2011

4 Finanzpolitische Wende eingeleitet

Mit dem Bundeshaushalt 2011 und dem Finanzplan bis 2014 hat die Bundesregierung die Wende zur Konsolidierung der Finanzen des Bundes vollzogen: Die Nettokreditaufnahme ist für das laufende Jahr mit 48,4 Mrd. € veranschlagt. Bis zum Jahr 2014 soll die Neuverschuldung entsprechend dem durch die Schuldenregel vorgezeichneten Abbaupfad halbiert werden (auf rund 24,1 Mrd. €).

Das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit lag im vergangenen Jahr bei 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts. Für das laufende Jahr erwartet die Bundesregierung ein gesamtstaatliches Defizit von rund 2½% des Bruttoinlandsprodukts, so dass der zulässige Referenzwert des Maastricht-Vertrags (3%) bereits in diesem Jahr wieder unterschritten würde. Der Sachverständigenrat schätzt die Entwicklung der öffentlichen Haushalte ähnlich wie die Bundesregierung ein (vergleiche JG Tz 338ff.). Er geht von einem Maastricht-Finanzierungsdefizit von 2,4% des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr aus (vergleiche JG Tz 338 ff.).

Mit dem Zukunftspaket – einem Konsolidierungsprogramm im Gesamtumfang von rund 80 Mrd. € bis zum Jahr 2014 – hat die Bundesregierung die Grundlage für eine finanzpolitische Wende von der Krisenpolitik zur Wachstumspolitik gelegt (vergleiche Kasten 2). Das Zukunftspaket kommt ohne direkte Einkommensteuererhöhungen aus. Es konzentriert sich auf Bereiche, bei denen Einsparungen und Verbesserungen der Einnahmen möglich sind, ohne das Wachstumspotenzial oder die soziale Balance zu gefährden. In dieser Einschätzung stimmen Sachverständigenrat und Bundesregierung überein (vergleiche JG Tz 364).

Die meisten Bestandteile des Zukunftspakets, die einer gesetzlichen Regelung bedurften, wurden mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2011 umgesetzt (siehe Kasten 2). Weitere Einsparungen werden im Rahmen der jährlichen Haushaltsaufstellung vorgenommen (z. B. Personal und Verwaltung). Außerdem trägt die Steuer auf die Verwendung von Kernbrennstoff sowie die stufenweise Erhöhung der Tabaksteuer zur Haushaltskonsolidierung bei.

Kasten 2: Umsetzung wesentlicher Teile des Zukunftspakets im Haushaltsbegleitgesetz 2011

Erhebung einer Luftverkehrsteuer

Einführung einer Steuer auf Abflüge in Deutschland, gestaffelt nach Entfernung des Zielorts vom inländischen Startort. Sie wird ab 2012 die Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel berücksichtigen.

Änderungen des Energie- und des Stromsteuergesetzes

Rückführung von Fehlentwicklungen bei der Nutzung von – im Rahmen der ökologischen Steuerreform eingeführten – Steuerbegünstigungen für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft, insbesondere beim sogenannten Contracting. Reduzierung von Energie- und Stromsteuerbegünstigungen aus der ökologischen Steuerreform.

Aufhebung der Rentenversicherungspflicht für ALG-II-Bezieher

Wegfall der Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung für die Bezieher von Arbeitslosengeld II; Wegfall des Zuschlags, der vorübergehend zum Ausgleich der Differenz zwischen Arbeitslosengeld und den Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende gezahlt wird.

Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2011

Wegfall der Erstattung der Aufwendungen für bestimmte Leistungen der Rentenversicherungsträger im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung

Aufhebung der Erstattungsfähigkeit von einigungsbedingten Leistungen für Rentenversicherungsträger nach § 291c des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung durch den Bund.

Verringerung beim Elterngeld

Absenkung der Ersatzrate im Bereich des Elterngeldes von 67% auf 65% ab einem Einkommen von 1200 € monatlich. Aufhebung der Anrechnungsfreiheit des Elterngeldes bei Bezug von Sozialleistungen, insbesondere bei Bezug von Leistungen nach dem SGB II (Ausnahmeregelung für Aufstocker). Streichung des Elterngeldes für Eltern, deren Einkommen 250 000 € (Alleinerziehende) beziehungsweise 500 000 € (verheiratete und nicht-verheiratete Paare) überschreitet und damit der sogenannten Reichensteuer unterliegt.

Wegfall der Heizkostenkomponente im Wohngeldgesetz

Streichung der im Rahmen der zum 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Wohngeldreform eingeführten Heizkostenkomponente im Wohngeldgesetz.

Änderungen der Insolvenzordnung

Änderungen der Insolvenzordnung zur Stärkung der Rolle der öffentlichen Hand im Insolvenzverfahren.

Mit dem Zukunftspaket unternimmt die Bundesregierung einen wichtigen Schritt zur Erfüllung der neu ins Grundgesetz aufgenommenen und ab dem Haushalt 2011 geltenden Schuldenregel. Die Schuldenregel folgt der Einsicht, dass weder Ausgabenerhöhungen noch Steuersenkungen dauerhaft über Kreditaufnahme finanziert werden dürfen. Bund und Länder müssen deshalb ihre Haushalte in Zukunft grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten ausgleichen. Konkret sieht die Schuldenregel vor, dass der Bund sein strukturelles Defizit zunächst gemäß § 9 Absatz 2 des Artikel-115-Gesetzes in gleichmäßigen Schritten bis 2016 auf maximal 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts zurückführt und danach diese Grenze nicht überschreitet (vergleiche Schaubild 1). So wird der Bund die im Bundeshaushalt 2011 veranschlagte Neuverschuldung in Höhe von 48,4 Mrd. € gemäß geltendem Finanzplan aus dem Sommer 2010 über 40,1 Mrd. € im Jahr 2012 auf 31,6 Mrd. € im Jahr 2013 und 24,1 Mrd. € im Jahr 2014 zurückführen. Die Länder dürfen ab 2020 überhaupt keine strukturelle Neuverschuldung mehr eingehen. Der Sachverständigenrat begrüßt

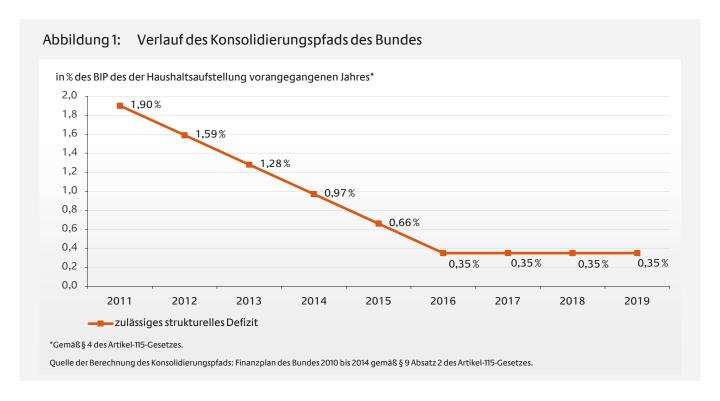
die Schuldenregel als wichtigen Beitrag zu einer wirksamen Begrenzung der staatlichen Verschuldung (vergleiche JG Tz 360).

Durch die Begrenzung der Neuverschuldung des Bundes wird auch die gesamtstaatliche Schuldenquote mittelfristig spürbar und nachhaltig zurückgeführt. Da die Obergrenze der Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten eingeschränkt wird (Konjunkturkomponente), bietet die Schuldenregel zugleich Spielraum für eine konjunkturgerechte Finanzpolitik.

Mit der Schuldenregel trägt die Bundesregierung auch den Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts Rechnung. Er sieht vor, dass mittelfristig ein gesamtstaatlich zumindest ausgeglichener Haushalt erreicht wird.

Im Zusammenhang mit der Schuldenregel haben Bundestag und Bundesrat mit dem Stabilitätsrat ein Gremium zur regelmäßigen Überwachung der Haushalte des Bundes und der Länder eingerichtet, das bereits

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2011



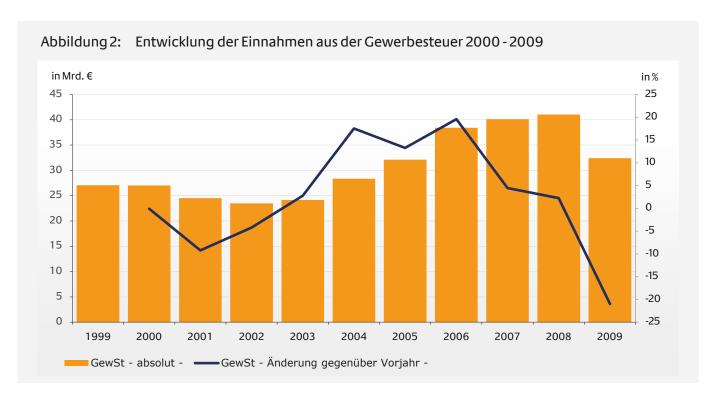
seine Arbeit aufgenommen hat. Es soll drohende Haushaltsnotlagen in einzelnen Gebietskörperschaften frühzeitig erkennen und gegebenenfalls Sanierungsmaßnahmen einleiten. Der Stabilitätsrat überwacht auch den Abbau der strukturellen Defizite in den fünf Ländern (Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein), die geknüpft an die Einhaltung fest vereinbarter Konsolidierungsschritte - von diesem Jahr an bis 2019 durch Konsolidierungshilfen vom Bund und den anderen Ländern auf ihrem Weg zur Einhaltung der neuen Schuldenregel unterstützt werden. Der Sachverständigenrat weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bei der Umsetzung der Schuldenregel auf Länderebene nach wie vor Unklarheit über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente bestehe (vergleiche JG Tz 358). Er empfiehlt, dass die Länder ein Konjunkturbereinigungsverfahren anwenden, das dem Verfahren des Bundes ähnlich ist.

Finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen sichern

Angesichts der strukturellen Schwächen des kommunalen Finanzsystems hat die

Bundesregierung im Februar vergangenen Jahres die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die Vorschläge zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung erarbeitet. Ziel der Kommission ist es, die kommunalen Finanzen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite zu stabilisieren und zu stärken, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen auch künftig zu sichern. Dabei wird der Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommenund Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatzrecht geprüft. Letzteres würde es den Kommunen ermöglichen, die Höhe des Steuersatzes eigenständig festzulegen. Der Sachverständigenrat unterstützt diesen Reformansatz der Bundesregierung (vergleiche JG Tz 396) und misst der Umsetzung eine hohe Priorität bei (vergleiche JG Tz 340). Er kritisiert, dass die Gewerbesteuer das Unternehmensteuerrecht verkompliziere und die Abhängigkeit der Kommunen von der konjunkturellen Lage vergrößere (vergleiche IG Tz 394, 395). Wie auch die Bundesregierung verspricht sich der Sachverständigenrat von einem über kommunale Hebesätze

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2011



ausgetragenen Steuerwettbewerb Effizienzgewinne.

Da sich die aktuellen Probleme der Kommunen nicht allein über die Einnahmeseite lösen lassen, wurden auch Entlastungsmöglichkeiten auf der Ausgabenseite untersucht. Die von der Kommission eingesetzten Arbeitsgruppen Standards und Rechtsetzung konnten ihre Arbeiten bis Ende 2010 abschließen und zahlreiche Empfehlungen vorlegen. Geprüft wurde die Flexibilisierung von Standards, bei denen durch Bundesrecht - so z. B. im Sozialgesetzbuch – den Kommunen Vorgaben für das Verwaltungshandeln gemacht werden. Zudem wurden Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Rolle der Kommunen bei der Rechtsetzung des Bundes sowie auf Ebene der Europäischen Union erarbeitet. Vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses der Kommission soll über die Umsetzung der Prüfaufträge beider Arbeitsgruppen bis Mitte 2011 berichtet werden. Sobald Ergebnisse der Arbeitsgruppe Kommunalsteuern vorliegen, wird sich die Kommission zu ihrer dritten Sitzung treffen.

5 Neue Rahmenbedingungen für die Finanzmärkte

Funktionierende Finanzmärkte sind unverzichtbar für die Stärkung des langfristigen Wachstumspotenzials. Nach der erreichten Stabilisierung geht es jetzt darum, die in der Krise zutagegetretenen Schwachstellen im deutschen und internationalen Finanzsystem zügig zu beseitigen. Vor der Krise bestand auf den Finanzmärkten eine destabilisierende Anreizstruktur: Gewinnchancen und Haftungsrisiken entsprachen einander nicht. Ziel der Reformagenda der Bundesregierung ist es, die Widerstandsfähigkeit der Finanzinstitutionen sowie des gesamten Finanzsystems zu erhöhen.

Mehr als 20 legislative Initiativen zur Reform der Finanzmärkte wurden bereits auf nationaler und EU-Ebene beschlossen oder befinden sich gegenwärtig in der Umsetzung. Einige dienen der Vorsorge, andere ermöglichen das zielgerichtete Eingreifen im Krisenfall. Noch zu klären bleibt nach Ansicht des Sachverständigenrates

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2011

dabei der Umgang mit systemrelevanten Instituten (vergleiche JG Tz 24 und 314 bis 321) und mit grenzüberschreitenden Insolvenzen (vergleiche JG Tz 322 bis 328). So fordert der Sachverständigenrat beispielsweise für systemrelevante Institute eine nach dem systemischen Risiko noch stärker differenzierte Abgabe oder einen entsprechenden Eigenkapitalzuschlag. Die Bundesregierung sieht hier grundsätzlich ebenfalls noch Handlungsbedarf und begleitet dementsprechend intensiv die internationalen Überlegungen, etwa des Financial Stability Board und der EU-Kommission.

Handlungsbedarf besteht aus Sicht des Sachverständigenrates auch bei den Landesbanken (vergleiche JG Tz 23, 248 und 249). Die Bundesregierung teilt diese Auffassung. Bei ihrer Restrukturierung sind in erster Linie die Bundesländer gefragt.

Eine wichtige Lehre aus der weltweiten Finanzkrise war, dass die Institute nicht über genügend Eigenkapital verfügten, um die Risiken in ihren Büchern zu decken. Die G20 haben auf ihrem Gipfeltreffen in Seoul im November 2010 die vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht erarbeiteten neuen Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften für Bankinstitute (Basel III) gebilligt. Demnach sollen die Banken künftig deutlich mehr und qualitativ höherwertiges Eigenkapital vorhalten und zusätzliche Kapitalpuffer anlegen, um etwaige Verluste besser auffangen zu können. Mit den vereinbarten Übergangs- und Bestandsschutzregelungen können die Banken die neuen Vorschriften erfüllen, ohne die Kreditvergabe zu gefährden. Die Bundesregierung setzt sich für eine international umfassende Umsetzung dieser Regeln ein.

Auf Initiative der Bundesregierung wurden Geschäfte, die besonders destabilisierende Effekte auf die Finanzmärkte haben können, durch das Gesetz gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte verboten. Dies betrifft ungedeckte Leerverkäufe von an inländischen Börsen zum Handel zugelassenen Aktien und staatlichen Schuldtiteln der Euroländer sowie Kreditausfallversicherungen (credit default swaps) auf Verbindlichkeiten von EU-Mitgliedstaaten, die keinen Absicherungszwecken dienen. Der Sachverständigenrat hält ungedeckte Leerverkäufe für ein wichtiges Instrument der Preisfindung und kritisiert nationale Alleingänge. Deshalb ist es aus Sicht der Bundesregierung erfreulich, dass die EU-Kommission nun ähnliche Maßnahmenvorschläge vorgelegt hat.

Damit die Bundesregierung in Zukunft Krisen präventiv begegnen kann und handlungsfähig bleibt, hat sie mit dem Restrukturierungsgesetz eine Veränderung des rechtlichen und institutionellen Rahmens systemrelevanter Banken auf den Weg gebracht. Es enthält ein Reorganisationsverfahren, das die Banken künftig bei der eigenverantwortlichen Sanierung und Reorganisation unterstützt, und verschafft der Finanzaufsicht erweiterte Eingriffsbefugnisse bis hin zur geordneten Abwicklung. Die im Fall einer geordneten Abwicklung für eine Fortführung systemrelevanter Teile bei einem neuen Rechtsträger benötigten Mittel stammen aus einem Restrukturierungsfonds, der verursachergerecht aus Beiträgen der Kreditwirtschaft finanziert wird. Die öffentlichen Haushalte werden geschont. Der Fonds wird von der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung verwaltet. Die positive Würdigung des Restrukturierungsgesetzes durch den Sachverständigenrat – insbesondere der neuen Vorschriften im Kreditwesengesetz zur Errichtung einer Brückenbank (vergleiche JG Tz 294 bis 312) – wird von der Bundesregierung begrüßt.

Die Europäische Union hat mit der Ratingverordnung den Grundstein für die Aufsicht und Registrierung von Ratingagenturen gelegt. Die Bundesregierung hatte sich bereits frühzeitig international dafür eingesetzt, dass Interessenkonflikte zwischen Beratung und Bewertung vermieden und die Ratingqualität und -transparenz

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2011

verbessert werden. Im Rahmen der Reform der europäischen Finanzaufsichtsstrukturen wird die neue europäische Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA (European Securities and Markets Authority) nach Inkrafttreten der Anpassung der EU-Ratingverordnung die Aufsichtskompetenz über die Ratingagenturen übernehmen. Der neue europäische Rechtsrahmen erleichtert es Investoren und Aufsichtsbehörden, die im Wettbewerb stehenden Ratingagenturen nach transparenten Kriterien zu beurteilen. Die neuen EU-Vorgaben leisten nach Auffassung der Bundesregierung auch einen wichtigen Beitrag, um die Wettbewerbschancen von mittelständischen Ratingagenturen zu verbessern.

Die Finanzkrise hat deutlich gemacht, dass nicht nur eine bessere Regulierung des Finanzsektors notwendig ist, sondern auch ein global abgestimmtes und funktionsfähiges Aufsichtssystem. Die Europäische Union hat deshalb mit Beginn dieses Jahres ein neues Europäisches Finanzaufsichtssystem geschaffen. Zum einen wird zukünftig die Stabilität des gesamten europäischen Finanzsystems durch einen Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) überwacht. Der Ausschuss ist bei der Europäischen Zentralbank angesiedelt; seine Aufgabe ist es, Systemrisiken zu analysieren, Frühwarnungen auszusprechen und Empfehlungen zur Beseitigung der Risiken abzugeben. Zum anderen werden sich zukünftig die nationalen Aufseher zusammen mit drei neugeschaffenen EU-Aufsichtsbehörden im Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor die Aufgaben teilen. Während die nationalen Aufseher für die tägliche, operative Aufsicht der Finanzinstitute verantwortlich bleiben, werden die neuen EU-Aufsichtsbehörden ergänzend harmonisierende Aufgaben wahrnehmen. So soll künftig das Aufsichtshandeln in der Europäischen Union stärker vereinheitlicht und die Zusammenarbeit der nationalen Aufseher intensiviert werden. Der Kompromiss respektiert zudem das Haushaltsrecht der nationalen Parlamente. Dies ist wichtig, solange die nationalen Mitgliedstaaten für etwaige

Stützungsmaßnahmen von Finanzinstitutionen in Krisenfällen verantwortlich bleiben.
Der Sachverständigenrat bewertet diese Aufsichtsreform als verpasste Chance, da sich auf europäischer Ebene weiterhin ein Bild der Fragmentierung zeige. Die Bundesregierung dagegen begrüßt die Schaffung des Europäischen Finanzaufsichtssystems als einen wichtigen Schritt, um die Finanzaufsicht in Europa insgesamt zu stärken und besser zu koordinieren.

6 Stabilität und Wachstum in Europa sichern

Das Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft ist von stabilen und verlässlichen internationalen Rahmenbedingungen, vor allem in Europa, abhängig. Rund zwei Drittel der deutschen Exporte gehen in die Europäische Union; der europäische Binnenmarkt ist der größte Absatzmarkt für deutsche Produkte. Auch für deutsche Direktinvestitionen sind die EU-Staaten wichtige Zielländer. Wachstum und Wohlstand in Deutschland und Europa lassen sich nur dann realisieren, wenn auch Europa insgesamt eine Wirtschaftspolitik verfolgt, die sein Wachstumspotenzial stärkt und das Vertrauen in den Euro und die Stabilität der Europäischen Währungsunion festigt.

Finanzstabilität in Europa wahren

Im Frühjahr 2010 drohte eine sich anbahnende Zahlungsunfähigkeit Griechenlands die Stabilität des gesamten Euroraums zu beschädigen. Deshalb stimmte die Bundesregierung Anfang Mai 2010 einem gemeinsamen Kreditprogramm der Europäischen Union und des Internationalen Währungsfonds für Griechenland zu. Als der Vertrauensverlust gegenüber der Zahlungsfähigkeit Griechenlands auch die Finanzierungsbedingungen weiterer Euroländer verschärfte, verabschiedete die Bundesregierung darüber hinaus gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten ein umfassendes Maßnahmenpaket zur

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2011

Sicherung der Finanzstabilität in Europa. Im Dezember 2010 wurde beschlossen, Irland Finanzhilfen aus diesem Maßnahmenpaket zur Verfügung zu stellen (vergleiche Kasten 3). Das Maßnahmenpaket ist bis Mitte 2013 gültig und damit bewusst nicht als dauerhaftes Instrument eingerichtet. Dieser Finanzstabilisierungsrahmen war der Einsicht geschuldet, dass eine weitere Verschärfung der Finanzierungsbedingungen zu einer ernsten Gefahr für die Finanzstabilität der Währungsunion insgesamt geführt hätte.

Kasten 3: Temporäre Maßnahmen zur Wahrung der Finanzstabilität in Europa

1. Gemeinsames Kreditprogramm für Griechenland

Das Kreditprogramm für Griechenland hat ein Volumen von 110 Mrd. €. Davon werden 80 Mrd. € in Form von koordinierten, bilateralen Krediten durch Länder des Euroraums und 30 Mrd. € durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) bereitgestellt. Die Kredite sind an einen strikten Sparkurs sowie an die Umsetzung struktureller Reformen geknüpft, mit denen das Land schrittweise seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern und seine Zahlungsfähigkeit sichern soll.

2. Euro-Rettungsschirm

- Schaffung des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), der im Bedarfsfall die drohende Zahlungsunfähigkeit eines Mitgliedstaates abwenden soll. Der EFSM hat ein Volumen von etwa 60 Mrd. €. Er wird durch den Haushalt der Europäischen Union besichert, der zurzeit zu circa 20 % von Deutschland finanziert wird.
- Gründung der Europäischen Finanzmarktstabilitätsfazilität (EFSF) durch die Mitglieder des Euroraums. Die Zweckgesellschaft kann im Bedarfsfall drei Jahre lang Kredite vergeben. Sie verfügt über ein durch die Euro-Mitgliedstaaten verbürgtes maximales Garantievolumen von 440 Mrd. €. Damit kann sie Mittel am Kapitalmarkt aufnehmen. Auf Deutschland entfallen hiervon – entsprechend dem Prozentanteil der Bundesbank am Kapital der Europäischen Zentralbank (EZB) – etwa 120 Mrd. €.
- Der IWF stellt darüber hinaus einen Betrag bereit, der mindestens der Hälfte der gewährten EFSM- und EFSF-Mittel entspricht.

Sollte einem Euro-Staat Zahlungsunfähigkeit drohen, kann er einen Antrag auf einen Kredit stellen. Eine Entscheidung wird durch die Euro-Staaten gemeinsam mit IWF und EZB getroffen; über die Gewährung von Hilfen aus dem EFSM entscheidet der Rat der Europäischen Union mit qualifizierter Mehrheit, über die Gewährung von Hilfen aus dem EFSF beschließen die beteiligten Eurostaaten einstimmig unter Ausschluss des betroffenen Staates. Kredite werden nur unter Auflage eines strengen Sanierungsprogramms vergeben, das einen betroffenen Staat zur Haushaltskonsolidierung und zur Umsetzung von Strukturreformen verpflichtet.

Der Euro-Rettungsschirm soll Mitte 2013 durch einen permanenten Krisenmechanismus abgelöst werden.

Im Dezember 2010 wurde beschlossen, für Irland Finanzhilfen im Umfang von 67,5 Mrd. € zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus leistet Irland einen eigenen Finanzierungsanteil von 17,5 Mrd. €. Die finanzielle Unterstützung ist an die strikte Umsetzung eines ehrgeizigen Anpassungsprogramms geknüpft.

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2011

Die Wirtschafts- und Währungsunion stärken

Die Krise in Griechenland hat in dreierlei Hinsicht Handlungsbedarf in der institutionellen Ausgestaltung der Europäischen Währungsunion offengelegt. Erstens: Das bestehende System der wirtschaftspolitischen Überwachung muss verbessert werden. Wirtschaftliche Fehlentwicklungen und eine Erosion der Wettbewerbsfähigkeit sind oft Auslöser für finanzpolitische Verwerfungen. Präventiv besonders wichtig ist es deshalb, sie frühzeitig zu erkennen und Korrekturen wirksam einzufordern. Zweitens: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss gestärkt werden, um finanzpolitische Fehlentwicklungen künftig zu verhindern. Und drittens: Die Währungsunion muss künftig für den Extremfall staatlicher Liquiditäts- und Solvenzkrisen gerüstet sein.

Für eine bessere wirtschaftspolitische Überwachung und eine Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts hatte die vom Präsidenten des Europäischen Rates geleitete Arbeitsgruppe (Van-Rompuy-Arbeitsgruppe) Empfehlungen erarbeitet, die der Europäische Rat Ende Oktober vergangenen Jahres gebilligt hat. Auf dieser Basis sollen bis zum Sommer entsprechende EU-Rechtsakte beschlossen werden.

Der Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte und der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten wird künftig eine prominente Rolle in der EU eingeräumt. In einem eigenen Verfahren sollen wirtschaftliche Fehlentwicklungen identifiziert und erforderlichenfalls Empfehlungen an den jeweiligen Mitgliedstaat gerichtet werden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt soll insbesondere durch eine stärkere Berücksichtigung des Schuldenstandes sowie frühere und effektivere Sanktionen mehr Durchschlagskraft erhalten.

Im Dezember 2010 billigten die EU-Staatsund Regierungschefs Kernelemente eines
permanenten Krisenbewältigungsrahmens im
Euroraum (vergleiche Kasten 4). Seine Nutzung
soll nur als ultima ratio in Frage kommen,
wenn dies zur Sicherung der Stabilität des
Euroraums als Ganzes unabdingbar ist. Er kann
zudem nur durch einstimmigen Beschluss
der Eurostaaten aktiviert werden. Private
Gläubiger sollen bei drohender Insolvenz
eines Staates an den Kosten beteiligt werden.
Finanzielle Hilfen der Mitgliedstaaten bleiben
auch in Zukunft letztes Mittel und werden nur
unter strikten Auflagen gewährt.

Der Europäische Rat brachte die für die Einrichtung des Krisenmechanismus erforderliche eng begrenzte Änderung des Lissabon-Vertrags auf den Weg. Sie soll Anfang des Jahres 2013 in Kraft treten. Mitte 2013 soll der Krisenmechanismus dann den Euro-Rettungsschirm ablösen. Auch der Sachverständigenrat spricht sich für die Einrichtung eines Krisenmechanismus aus. Er betont, dass es dabei nicht zu einer uneingeschränkten Stützung durch die Gemeinschaft kommen darf, da dies Anreize zu fiskalischem Fehlverhalten erzeugen würde (vergleiche JG Tz 21).

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2011

Kasten 4: Reformen für eine dauerhaft stabile Wirtschafts- und Währungsunion

Wirtschaftspolitische Überwachung

Für die Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte und der Wettbewerbsfähigkeit soll ein Frühwarnsystem geschaffen werden, das auf einfachen, messbaren Kriterien basiert. Schlägt das Frühwarnsystem Alarm, wird ein Mitgliedstaat einer eingehenden Analyse unterzogen. Auf dieser Grundlage werden gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Das Augenmerk soll auf Mitgliedstaaten mit Wettbewerbsschwächen gelegt werden.

Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Stärkere Berücksichtigung des Schuldenstandes: Ein zu langsamer Abbau eines überhöhten Schuldenstandes (über 60 % des Bruttoinlandsprodukts) soll ein Defizitverfahren auslösen.

- Sanktionen sollen künftig früher greifen. Schon im präventiven Arm des Stabilitätspakts (d. h. vor einem Defizitverfahren) sollen finanzielle Sanktionen gegen Eurostaaten möglich sein.
- Einführung einer neuen Entscheidungsregel für die neuen Sanktionen. Über Sanktionen soll von nun an quasi-automatisch entschieden werden. Die EU-Kommission legt eine Beschlussempfehlung über eine Sanktion vor, und diese ist angenommen, wenn nicht innerhalb einer bestimmten Frist eine qualifizierte Mehrheit des Rates dagegen stimmt (umgekehrte Mehrheit).
- Die Stufen finanzieller Sanktionen sollen im neuen Regime wie folgt aussehen: verzinsliche Einlage (vor einem Defizitverfahren), unverzinsliche Einlage, Geldbuße. Zusätzlich soll im Rahmen der nächsten Finanzrahmenverhandlungen die Einbehaltung von EU-Mitteln als Sanktionsmöglichkeit eingeführt werden.
- Einführung eines sogenannten EU-Semesters mit Beginn dieses Jahres: Die EU-Ebene wird frühzeitig mit den nationalen Haushaltsentwürfen befasst. Dazu legen die EU-Mitgliedstaaten ihre Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und Nationalen Reformprogramme zeitlich synchronisiert vor.

Permanenter Krisenmechanismus

Der permanente Krisenmechanismus (European Stability Mechanism, ESM) wird auf drei Kernelementen beruhen: Konditionalität, Finanzhilfen als ultima ratio und Gläubigerbeteiligung. Er löst ab Mitte 2013 den Euro-Rettungsschirm ab.

Finanzhilfen erfordern Einstimmigkeit in der Eurogruppe und werden nur unter strengen Auflagen zu Konsolidierung und Strukturreformen gewährt. Gewährte Kredite müssen (nach den IWF-Hilfen) vorrangig bedient werden.

Basis des künftigen Mechanismus ist eine gründliche Analyse der Schuldentragfähigkeit des Landes durch EU-Kommission und IWF in Zusammenarbeit mit der EZB. In dieser Analyse muss festgelegt werden, ob ein Land grundsätzlich solvent ist und nur kurzfristige Liquidität benötigt oder ob es überschuldet ist. Die Gläubiger werden in beiden Fällen in die Stabilisierungsanstrengungen einbezogen, im ersten Fall auf freiwilliger Basis. Bei einer drohenden Insolvenz wird es eine verpflichtende Einbeziehung aller privaten Gläubiger geben.

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IM JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2011

Der Sachverständigenrat kritisiert das von der Van-Rompuy-Arbeitsgruppe vorgeschlagene Verfahren zur Überwachung von makroökonomischen Ungleichgewichten. Er vertritt die Ansicht, dass Ungleichgewichte auf unterschiedliche Ursachenkomplexe zurückzuführen sind, die nur bedingt unter der Kontrolle eines Mitgliedlandes stünden. Der Sachverständigenrat plädiert dafür, gezielt an den Problemursachen im öffentlichen oder privaten Sektor anzusetzen, und empfiehlt zu diesem Zweck, die bereits existierende Überwachung der Wettbewerbsfähigkeit

fortzuführen (vergleiche JG Tz 120). Die Bundesregierung hält dieses Verfahren für unzureichend – das hat nicht zuletzt die Krise gezeigt. Sie stimmt dem Sachverständigenrat zu, dass die wichtigsten Ursachen der Ungleichgewichte (Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit, Leistungsbilanzsalden) nicht unmittelbar durch die betroffenen Mitgliedstaaten gesteuert werden können und wird dies in den Einzelheiten des Verfahrens, einschließlich der Sanktionen, berücksichtigen.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2010

Haushaltsabschluss 2010

Ist-Ergebnis der Ausgaben und Einnahmen des Bundes im Haushaltsjahr 2010

54
55
56
58
59
59
60

- Der Bundeshaushalt 2010 übertrifft mit 44 Mrd. € die bis dato höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik von 40 Mrd. € im Jahr 1996 um 4,0 Mrd. €.
- Der im Haushaltsplan vorgesehene Sollwert von 80,2 Mrd. € wurde deutlich unterschritten. Ursachen hierfür sind im Wesentlichen die mit der konjunkturellen Erholung einhergehenden steuerlichen Mehreinnahmen von 14,3 Mrd. € sowie Minderausgaben im Bereich des Arbeitsmarkts von 10 Mrd. €.

1 Ausgangslage

1.1 Finanzpolitische Ausgangslage

Im Jahr 2010 war in Deutschland eine starke wirtschaftliche Dynamik zu verzeichnen. Die Wirtschaftsleistung stieg um 3,6 % und erzielte damit den größten Zuwachs seit der deutschen Einheit. Nach dem schockartigen konjunkturellen Einbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 ist der kräftige Aufschwung insbesondere dem entschlossenen politischen Handeln in der Krise und der weltwirtschaftlichen Erholung zu verdanken.

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Bundeshaushalt 2010 waren somit geringer als ursprünglich erwartet. Die Nettokreditaufnahme des Bundes hat im abgelaufenen Jahr 44,0 Mrd. € betragen. Damit wurde der Planwert von 80,2 Mrd. € deutlich unterschritten. Die Ursachen hierfür sind im Wesentlichen Minderausgaben im Bereich des Arbeitsmarkts

sowie steuerliche Mehreinnahmen, die mit der konjunkturellen Erholung einhergehen.

Diese unerwartet günstige Entwicklung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Bund im Jahr 2010 neue Schulden in noch nie dagewesener Höhe aufnehmen musste. Die bisher höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik von 40 Mrd. € aus dem Jahr 1996 wurde um rund 4,0 Mrd. € deutlich überschritten.

Umso wichtiger ist es, mit der in Artikel 115 des Grundgesetzes verankerten neuen Schuldenregel die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte zu sichern. Weder Ausgabenerhöhungen noch Steuersenkungen dürfen dauerhaft über Kredite finanziert werden. Die neue Schuldenregel zielt in den nächsten Jahren vielmehr auf anhaltende strukturelle Haushaltsverbesserungen ab. Konjunkturell bedingte Steuermehreinnahmen und Minderausgaben für den Arbeitsmarkt lassen daher keine Abkehr vom Konsolidierungskurs

HAUSHALTSABSCHLUSS 2010

zu, sondern werden zur Rückführung der Neuverschuldung genutzt.

1.2 Eckwerte

Tabelle 1 zeigt Eckwerte zum Haushaltsabschluss 2010.

Ausgaben

Die Ausgaben des Bundes im Haushaltsjahr 2010 liegen mit 303,7 Mrd. € um + 11,4 Mrd. € (+ 3,9 %) über dem Vorjahresergebnis von 292,3 Mrd. €. Die Ausgabensteigerung ist im Wesentlichen auf den gestiegenen Bedarf für Leistungen des Bundes an die Gesetzliche Krankenversicherung (Gesundheitsfonds) sowie auf den Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit zurückzuführen. So stiegen die Leistungen an die Gesetzliche Krankenversicherung von 7,2 Mrd. € im Jahr 2009 um + 8,5 Mrd. € auf insgesamt 15,7 Mrd. €. Ein Zuschuss an die Bundesagentur für

Arbeit wurde im Jahr 2009 nicht gezahlt. Der Zuschuss von 5,2 Mrd. € im Jahr 2010 führt daher in gleicher Höhe zu einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr.

Einnahmen

Die Einnahmen des Bundes aus Steuern und Verwaltungseinnahmen beliefen sich auf 259,3 Mrd. €. Gegenüber 2009 mit Gesamteinnahmen von 257,7 Mrd. € entspricht dies einem Zuwachs von +1,6 Mrd. € (+0,6%). Die Steuereinnahmen des Bundes im Jahr 2010 in Höhe von 226,2 Mrd. € verringerten sich gegenüber dem Vorjahr mit 227,8 Mrd. € um -1,6 Mrd. € (-0,7%). Die Verwaltungseinnahmen des Bundes stiegen von 29,9 Mrd. € 2009 um +3,2 Mrd. € (+10,7%) auf 33,1 Mrd. € im Jahr 2010. Hauptursächlich hierfür sind einmalige Einnahmen aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen in Höhe von 4,4 Mrd. €.

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis Dezember 2010	Januar bis Dezember 2009	Veränderung ge	genüber Vorjahr
		in M	rd. €¹		in %
Ermittlung des Finanzierungssaldos					
1. Ausgaben zusammen	319,5	303,7	292,3	+11,4	+3,9
2. Einnahmen zusammen	238,9	259,3	257,7	+1,6	+0,6
Steuereinnahmen	211,9	226,2	227,8	-1,6	-0,7
Sonstige Einnahmen	27,0	33,1	29,9	+3,2	+10,7
Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo	-80,6	-44,3	-34,5	-9,9	+28,6
Deckung des Finanzierungssaldos					
Nettokreditaufnahme	80,2	44,0	34,1	+9,9	+28,9
Münzeinnahmen (nur Umlaufmünzen)	0,4	0,3	0,3	-0,002	-0,5
nachrichtlich:					
Investive Ausgaben					
(Baumaßnahmen, Beschaffungen über 5 000 € je Beschaffungsfall, Darlehen, Inanspruchnahme aus Gewährleistungen und ähnliches)	28,3	26,1	27,1	-1,0	-3,8

¹ Sollbeträge werden in der Einheit 1000 € geplant. Kassenergebnisse werden centgenau gerechnet. Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2010

Finanzierungsdefizit

Aus der Gegenüberstellung der Einnahmen zu den Ausgaben ergibt sich für das Haushaltsjahr 2010 ein Finanzierungsdefizit von 44,3 Mrd. €. Dieses Defizit wurde finanziert über die Nettokreditaufnahme in Höhe von 44,0 Mrd. € und Münzeinnahmen (Umlaufmünzen) von 0,3 Mrd. €. Während sich die Münzeinnahmen auf Vorjahresniveau bewegten, stieg die Nettokreditaufnahme des Bundes um + 9,9 Mrd. € nochmals kräftig gegenüber 2009 mit 34,1 Mrd. €. Dies ist die bisher mit Abstand höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik. Der bis dato höchste Wert von 40,0 Mrd. € aus dem Jahr 1996 wurde nochmals um + 4,0 Mrd. € überschritten.

1.3 Bedeutende Veränderungen des Haushalts 2010 gegenüber dem Haushalt 2009

Tabelle 2 zeigt wesentliche Veränderungen im Haushaltsergebnis des Jahres 2010 gegenüber dem Haushaltsjahr 2009.

Arbeitsmarkt

Hauptursächlich für die Steigerung der Ausgaben für den Bereich Arbeitsmarktpolitik ist der einmalige Zuschuss des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2010 in Höhe von 5,2 Mrd. €. Dieser war zur Minderung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise erforderlich. Der Arbeitsmarkt hatte sich 2010 trotz des krisenbedingten Konjunktureinbruchs erfreulich robust gezeigt. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Arbeitslosigkeit im Dezember 2010 in beiden Rechtskreisen abgenommen, und zwar im Rechtskreis Sozialgesetzbuch III (SGB III) um rund 161 000 Personen oder 14,5 % und im Rechtskreis SGB II um rund 99 000 Personen oder 4,6%. Im Vergleich mit dem Vorkrisenniveau vom Dezember 2008 hat die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III um rund 48 000 Personen oder 4,8 % und im Rechtskreis SGB II um rund 39 000 Personen oder 1,8% abgenommen.

Leistungen an die Gesetzliche Krankenversicherung (Gesundheitsfonds)

Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) erhält zur pauschalen Abgeltung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben einen Bundeszuschuss. Ab dem 1. Januar 2009 betrug der Beitragssatz zur GKV zunächst 15,5%, wovon 14,6 % paritätisch und 0,9 % nur von den Arbeitnehmern und Rentnern getragen wurden. Durch das Konjunkturpaket II wurde der Beitragssatz in der GKV ab dem 1. Juli 2009 paritätisch um 0,6 Prozentpunkte von 15,5% auf 14,9 % gesenkt. Zum Ausgleich wurde der Bundeszuschuss 2009 um 3,2 Mrd. € und 2010 um 6,3 Mrd. € (gegenüber 2008) erhöht. Im Rahmen der schrittweisen Erhöhung auf 14 Mrd. € (Endwert ab 2012) ist er 2010 zudem um weitere 1,5 Mrd. € gestiegen. Daneben erhielt die GKV 2010 einmalig einen zusätzlichen Bundeszuschuss zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen in Höhe von 3,9 Mrd. €. Insgesamt erhielt sie im Jahr 2010 somit Bundeszuschüsse in Höhe von 15,7 Mrd. €, das sind 8,5 Mrd. € mehr als 2009.

Zinsen

Die Haushaltsansätze für Zinsausgaben basieren auf dem bestehenden Schuldenportfolio, der zur Finanzierung der Tilgungen und des Nettokreditbedarfs geplanten neuen Kreditaufnahme, den bestehenden und geplanten Swapverträgen und auf der voraussichtlichen Kassenfinanzierung. Im Jahr 2010 profitierte der Bund vom niedrigen Zinsniveau bei seiner Kreditaufnahme.

Leistungen an die Rentenversicherung (RV)

Die Leistungen an die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) stiegen von 2009 nach 2010 um rund 1,8 Mrd. € (Ist 2009: 79 Mrd. €, Ist 2010: 80,7 Mrd. €). Die Erhöhung ergibt sich im Wesentlichen bei den Bundeszuschüssen zur GRV

HAUSHALTSABSCHLUSS 2010

Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen des Haushalts 2010 gegenüber 2009

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis Dezember 2010	Januar bis Dezember 2009	Veränderung gegenüber Vor		
	in Mrd. €¹ ir					
Ausgaben						
Arbeitsmarkt	59,3	49,5	44,3	+5,2	+11,8	
Darunter:						
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung	7,9	7,9	7,8	+0,2	+1,9	
Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	12,8	5,2	-	+5,2	Х	
Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,2	0,3	0,4	-0,1	-16,7	
Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende	38,3	35,9	36,0	-0,1	-0,3	
Leistungen an die Gesetzliche Krankenversicherung (Gesundheitsfonds)	15,7	15,7	7,2	+8,5	+118,1	
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	11,8	11,8	7,2	+4,6	+63,9	
Bundeszuschuss zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung	3,9	3,9	-	+3,9	х	
Zinsen	36,8	33,1	38,1	-5,0	-13,1	
Leistungen an die Rentenversicherung	80,8	80,7	79,0	+1,8	+2,2	
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	39,9	39,9	38,6	+1,2	+3,2	
zusätzlicher Zuschuss	19,1	19,1	18,7	+0,4	+2,2	
Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,6	11,6	11,5	+0,2	+1,5	
Einnahmen						
Steuereinnahmen	211,9	226,2	227,8	-1,6	-0,7	
Sonstige Einnahmen	27,0	33,1	29,9	+3,2	+10,7	
Versteigerung von Frequenzen für den drahtlosen Netzzugang zum Angebot von Telekommunikationsdiensten		4,4	-	+4,4	х	

¹ Sollbeträge werden in der Einheit 1000 € geplant. Kassenergebnisse werden centgenau gerechnet. Bei der im Bericht verwendeten Darstellung in Mrd. € können Rundungsdifferenzen entstehen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 3: Gesamtübersicht der investiven und konsumtiven Ausgaben

Bezeichnung	Soll 2010	Januar bis Dezember 2010	Januar bis Dezember 2009	Veränderung ge	genüber Vorjahr
		in%			
Ausgaben zusammen	319,5	303,7	292,3	+11,4	+3,9
Konsumtive Ausgaben	291,7	277,6	265,2	+12,4	+4,7
Investive Ausgaben	28,3	26,1	27,1	-1,0	-3,8

¹ Differenzen durch Runden der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2010

Tabelle 4: Konsumtive Ausgaben des Bundes

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis Dezember 2010	Januar bis Dezember 2009	Veränderung ge	genüber Vorjahr
		in Mı	rd.€ ¹		in %
Konsumtive Ausgaben	291,7	277,6	265,2	+12,4	+4,7
Personalausgaben	27,7	28,2	27,9	+0,3	+0,9
Laufender Sachaufwand	21,6	21,5	21,4	+0,1	+0,5
Sächliche Verwaltungsausgaben	9,3	9,2	9,1	+0,1	+0,9
Militärische Beschaffungen	10,5	10,4	10,3	+0,2	+1,6
Sonstiger laufender Sachaufwand	1,8	1,8	2,0	-0,1	-7,4
Zinsausgaben	36,8	33,1	38,1	-5,0	-13,1
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	205,3	194,4	177,3	+17,1	+9,6
an Verwaltungen	14,5	14,1	14,4	-0,3	-2,0
an andere Bereiche	190,8	180,3	162,9	+17,4	+10,7
darunter:					
Unternehmen	25,3	24,2	23,0	+1,3	+5,5
Renten, Unterstützungen u. a.	31,3	29,7	29,7	+0,0	-0,1
Sozialversicherung	128,4	120,8	105,1	+15,7	+14,9
Sonstige Vermögensübertragungen	0,4	0,4	0,4	+0,0	-5,4

¹Differenzen durch Runden der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

[allgemeiner Bundeszuschuss: rund +1 Mrd. €; Bundeszuschuss (Ost): rund +0,3 Mrd. €; zusätzlicher Bundeszuschuss: rund +0,4 Mrd. €] und aufgrund gesetzlicher Regelungen zur Anpassung von Bundesleistungen.

Steuereinnahmen

Der Bund hat 2010 Steuereinnahmen in Höhe von 226,2 Mrd. € erzielen können. Gegenüber dem Vorjahresistergebnis in Höhe von 227,8 Mrd. € verringerte sich dieses nochmals um rund 1,6 Mrd. €. Hauptursächlich hierfür waren geringere Einnahmen bei der Lohnsteuer (-2,5 Mrd. €) und bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (-1,6 Mrd. €). Darüber hinaus erhöhten sich die Abzugsbeträge von 41,7 Mrd. € im Jahr 2009 auf 48,7 Mrd. € im Jahr 2010, wodurch die Zuweisungen an die EU nach BNE(Bruttonationaleinkommen)-

Schlüssel um + 3,3 Mrd. € auf 18,2 Mrd. € im Jahr 2010 anstiegen.

Frequenzversteigerung

Am 20. Mai 2010 ist die Versteigerung von Nutzungsrechten der Frequenzen für den drahtlosen Netzzugang zum Angebot von Telekommunikationsdiensten zu Ende gegangen. Alle zugelassenen Unternehmen haben Frequenzblöcke ersteigert. Nach 224 Runden an insgesamt 27 Auktionstagen lagen die Erlöse für die 41 Frequenzblöcke bei einer Gesamtsumme in Höhe von rund 4,4 Mrd. €. Diese wurden im Bundeshaushalt vereinnahmt.

2 Entwicklung der investiven und konsumtiven Ausgaben

Ausgaben des Bundes können, entsprechend ihrer Wirkung auf die gesamtwirtschaftlichen

HAUSHALTSABSCHLUSS 2010

Abläufe, nach konsumtiven und investiven Ausgabearten unterschieden werden. So werden unter anderem Baumaßnahmen, der Immobilienkauf, Darlehen und die Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen den investiven Ausgaben zugeordnet. Eine genaue Auflistung findet sich in § 13 Abs. 3 der Bundeshaushaltsordnung. Personalausgaben, sächliche Verwaltungsausgaben inklusive der militärischen Beschaffungen sowie Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme der für Investitionen sind konsumtive Ausgaben.

2.1 Konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben des Bundes beliefen sich im Haushalt 2010 auf 277,6 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahr mit konsumtiven Ausgaben in Höhe von 265,2 Mrd. € stiegen diese um + 12,4 Mrd. € (+4,7%). Dies entspricht einem Anteil von 91,4 % an den Gesamtausgaben des Bundes. Ursächlich hierfür sind die krisenbedingten Zusatzkosten für den Gesundheitsfonds und der Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit. Mit 120,8 Mrd. € haben die Laufenden Zuweisungen und Zuschüsse an Sozialversicherungen den

größten Anteil an den konsumtiven Ausgaben des Bundes 2010.

2.2 Investive Ausgaben

Die investiven Ausgaben des Bundes beliefen sich 2010 auf 26,1 Mrd. €. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2009 verringerten sich diese um - 1,0 Mrd. € (- 3,8 %). Die Sachinvestitionen des Bundes summierten sich 2010 auf 7,7 Mrd. €. Hier stellen die Baumaßnahmen – größtenteils für den Bau und Erhalt von Bundesautobahnen und Bundesstraßen – mit 6.2 Mrd. € den Hauptteil der Sachinvestitionen dar. Den größten Ausgabenblock bildeten mit 9,7 Mrd. € die Finanzierungshilfen an sonstige Bereiche. Hierbei handelte es sich unter anderem um Baukostenzuschüsse für einen Infrastrukturbeitrag zur Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes (2,5 Mrd. €) oder Zuschüsse für Ausund Neubaumaßnahmen der Eisenbahnen des Bundes (1,1 Mrd. €). Bedeutsam waren ebenso investive Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von rund 4,8 Mrd. €. Diese wurden insbesondere für Beteiligungen an internationalen

Tabelle 5: Investive Ausgaben des Bundes

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis Dezember 2010	Januar bis Dezember 2009	Veränderung ge	genüber Vorjahr
	in Mrd. € 1				in %
Sachinvestitionen	8,1	7,7	8,5	-0,8	-9,9
Baumaßnahmen	6,5	6,2	6,8	-0,6	-8,6
Finanzierungshilfen	20,2	18,4	18,6	-0,2	-1,0
Finanzierungshilfen an öffentlichen Bereich	5,1	5,2	5,9	-0,6	-11,0
Finanzierungshilfen an sonstige Bereiche	15,0	13,2	12,7	+0,5	+3,6
Darlehen	2,0	1,9	1,9	-0,03	-1,3
Zuschüsse	10,2	9,7	9,3	+0,4	+4,2
Beteiligungen	0,8	0,8	0,9	-0,1	-11,8
Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	2,1	0,8	0,6	+0,2	+34,0
Investive Ausgaben insgesamt	28,3	26,1	27,1	-1,0	-3,8

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

HAUSHALTSABSCHLUSS 2010

Banken, Beiträge an internationale Fonds ("Europäischer Entwicklungsfonds" der Europäischen Union und Globaler Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria, GFATM) sowie zur Finanzierung der Bilateralen Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit verwendet.

3 Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Im Sollbericht 2010 wurden die nachfolgenden Ausgabe- und Einnahmepositionen ausführlich kommentiert. Es folgen die aktualisierten Ist-Ergebnisse für das Haushaltsjahr 2010:

Tabelle 6: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis Dezember 2010	Januar bis Dezember 2009	Veränderung gegenüber Vorjah	
,			in %		
	herung				
Leistungen an die Rentenversicherung	80,8	80,7	79,0	+1,8	+2,2
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	39,9	39,9	38,6	+1,3	+3,2
zusätzlicher Zuschuss	19,1	19,1	18,7	+0,4	+2,2
Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,6	11,6	11,5	+0,2	+1,5
Erstattungen von einigungsbedingten Leistungen	0,3	0,3	0,4	-0,04	-11,0
Beteiligung des Bundes in der knappschaftlichen Rentenversicherung	6,0	6,0	6,0	-0,1	-1,2
Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	2,7	2,7	2,7	+0,03	+1,3
nachrichtlich: Überführung der Sonderversorgungssysteme in die Rentenversicherung	1,6	1,6	1,6	+0,02	+1,6
Leistungen an die Gesetzliche Krankenversicherung (Gesundheitsfonds)	15,7	15,7	7,2	+8,5	+118,1
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	11,8	11,8	7,2	+4,6	+63,9
Bundeszuschuss zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung	3,9	3,9	-	+3,9	Х
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,8	3,9	3,9	+0,0	-1,0
Darunter:					
Alterssicherung	2,3	2,3	2,3	-0,01	-0,2
Krankenversicherung	1,3	1,3	1,2	+0,1	+5,1
Unfallversicherung	0,2	0,3	0,4	-0,1	-25
Arbeitsmarkt	59,3	49,5	44,3	+5,2	+11,8
Darunter:					
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung	7,9	7,9	7,8	+0,2	+1,9
Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	12,8	5,2	-	+5,2	Х
Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,2	0,3	0,4	-0,1	-16,7
Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende	38,3	35,9	36,0	-0,1	-0,3
Darunter:					
Arbeitslosengeld II	23,9	22,2	22,4	-0,1	-0,6
Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	3,4	3,2	3,5	-0,3	-8,0
Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende	4,4	4,4	4,2	+0,2	+4,8
Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	6,6	6,0	5,9	+0,1	+1,9

noch Tabelle 6: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis Dezember 2010	Januar bis Dezember 2009	Veränderung geg	jenüber Vorjahr
. 3		in %			
Elterngeld	4,5	4,6	4,5	+0,1	+3,0
Kinderzuschlag für Anspruchsberechtigte nach § 6 a Bundeskindergeldgesetz	0,4	0,4	0,4	+0,04	+9,8
Wohngeld	0,8	0,9	0,8	+0,1	+12,4
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,6	0,5	0,4	+0,1	+16,9
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbstätigkeit	0,5	0,5	0,5	+0,1	+14,8
Kriegsopferversorgung und –fürsorge	1,9	1,9	2,1	-0,2	-8,2
	Allg	emeine Dienste			
Verteidigung, einschl. zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	31,2	31,7	31,3	+0,4	+1,2
Obergruppe 55; militärische Beschaffung, Materialerhaltung u. a. mit dieser Oberfunktion	10,5	10,4	10,2	+0,2	+2,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	6,0	5,9	5,6	+0,2	+4,3
Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	2,6	2,5	2,4	+0,1	+4,3
Beteiligung an den Einrichtungen der Weltbankgruppe	0,6	0,6	0,7	-0,2	-20,
Beiträge an internationale Fonds	0,9	0,9	0,8	+0,1	+8,0
Politische Führung und zentrale Verwaltung	6,3	6,2	6,4	-0,1	-1,
Zivildienst	0,6	0,6	0,6	+0,03	+5,0
Finanzverwaltung	3,9	3,7	3,7	+0,1	+1,8
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3,6	3,5	3,4	+0,1	+2,0
nachrichtlich: Ausgaben für Versorgung	7,3	7,4	7,4	+0,1	+1,0
ziviler Bereich	2,8	2,8	2,9	-0,05	-1,
Bundeswehr, Bundeswehrverwaltung	4,5	4,6	4,5	+0,1	+2,
В	ildungswesen, Wiss	senschaft, Forschung	und Kultur		
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9,1	8,9	8,7	+0,2	+2,
Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern; darunter	3,3	3,3	3,3	-0,1	-1,8
Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (MPG) in Berlin	0,6	0,6	0,6	-0,0005	-0,
Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG) in München	0,4	0,4	0,5	-0,1	-11,;
Forschungszentren der Helmholtz- Gemeinschaft	1,6	1,6	1,5	+0,004	+0,

noch Tabelle 6: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis Dezember 2010	Januar bis Dezember 2009	Veränderung ge	genüber Vorjahr
. 3		in Mr	rd. €¹		in %
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) & nationales Weltraumprogramm und ESA	1,1	1,1	1,1	-0,02	-1,4
Technologie und Innovation im Mittelstand	0,6	0,6	0,6	-0,01	-1,4
Forschung und Entwicklung zur Erzeugung, Verteilung und rationellen Nutzung der Energie	0,2	0,2	0,2	+0,02	+8,9
Forschung und experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der Gesundheit	0,3	0,3	0,3	+0,04	+13,3
Forschung Klima, Energie, Umwelt	0,4	0,3	0,3	-0,002	-0,5
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1,4	1,4	1,3	+0,1	+4,4
Hochschulen	2,8	2,7	2,6	+0,1	+3,4
Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,7	0,7	0,7	-	
Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. (DFG)	0,9	0,9	0,9	+0,03	+3,0
Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	0,3	0,2	0,2	-0,1	-29,2
Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	0,3	0,3	0,3	+0,01	+3,7
Hochschulpakt 2020	0,5	0,5	0,4	+0,1	+32,7
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,2	0,2	-0,01	-4,3
Kunst- und Kulturpflege	1,8	1,8	1,8	-0,001	-0,1
	Verkehrs- u	ınd Nachrichtenwese	en		
Straßen	6,3	6,3	6,9	-0,6	-8,4
Bundesautobahnen	3,6	3,6	3,9	-0,3	-7,9
Bundesstraßen	2,7	2,7	3,0	-0,3	-10,3
Wasserstraßen und Häfen	1,8	1,8	1,9	-0,1	-6,2
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	1,3	1,3	1,3	-	
Finanzhilfen an die Länder für die Schieneninfrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs	0,3	0,3	0,3	+0,1	+22,9
Nachrichtlich:					
Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich Eisenbahnen des Bundes -					
Deutsche Bahn AG	4,3	4,3	4,2	+0,2	+3,6
Bundeseisenbahnvermögen	5,3	5,2	5,3	-0,1	-2,1

noch Tabelle 6: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis Dezember 2010	Januar bis Dezember 2009	Veränderung gegenüber Vorj			
		in Mr	rd. €¹		in %		
Wirtschaftsförderung							
Regionale Förderungsmaßnahmen	0,7	0,8	1,0	-0,2	-16,0		
Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsstruktur"	0,7	0,8	0,9	-0,2	-17,3		
Förderung des Steinkohlenbergbaus	1,5	1,4	1,5	-0,1	-4,0		
Mittelstandsförderung	1,0	0,9	0,9	+0,02	+2,6		
Förderung erneuerbarer Energien	0,8	0,7	0,8	-0,1	-12,8		
Gewährleistungen	2,1	0,8	0,6	+0,2	+34,0		
Landwirtschaft	1,4	1,2	1,0	+0,2	+21,4		
Gemeinschaftsaufgabe "Agrarstruktur und Küstenschutz"	0,7	0,7	0,7	+0,01	+1,8		
	Üb	rige Ausgaben					
Zinsen	36,8	33,1	38,1	-5,0	-13,1		
Wohnungswesen	1,3	1,4	1,1	+0,2	+18,7		
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung	0,5	0,5	0,5	-			
Energetische Sanierungs- und Wohnraummodernisierungsprogramme der KfW	0,6	0,7	0,5	+0,2	+40,5		
Städtebauförderung	0,7	0,7	0,7	+0,1	+12,7		
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1,4	1,3	1,3	+0,005	+0,4		
Gesundheit	0,4	0,4	0,5	-0,1	-16,9		
Umweltschutz	0,4	0,4	0,3	+0,1	+16,5		
Sport und Erholung	0,1	0,1	0,1	+0,005	+3,7		
Postbeamtenversorgungskasse	6,3	6,2	5,9	+0,3	+5,6		
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,3	0,3	0,3	-0,02	-6,8		
	Einna	hmen des Bundes					
Steuereinnahmen	211,9	226,2	227,8	-1,6	-0,7		
darunter:							
Bundesanteile an Gemeinschaftlichen Steuern und Gewerbesteuerumlage	175,7	181,5	180,2	+1,3	+0,7		

HAUSHALTSABSCHLUSS 2010

noch Tabelle 6: Entwicklung wesentlicher Ausgabe- und Einnahmepositionen

Aufgabenbereich	Soll 2010	Januar bis Januar bis Verä Dezember 2010 Dezember 2009		Veränderung gege	eränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %		
Lohnsteuer	53,1	54,8	57,2	-2,5	-4,3	
Veranlagte Einkommensteuer	10,2	13,3	11,2	+2,0	+18,0	
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5,3	6,5	6,2	+0,3	+4,1	
Abgeltungsteuer auf Zins- und	5,1	3,8	5,5	-1,6	-30,0	
Veräußerungserträge Körperschaftsteuer	3,6	6,0	3,6	+2,4	+67,9	
Steuern vom Umsatz	97,2	95,9	95,4	+0,5	+0,5	
Gewerbesteuerumlage	1,2	1,3	1,0	+0,2	+23,2	
Bundessteuern	92,5	93,4	89,3	+4,1	+4,6	
Energiesteuer	39,4	39,8	39,8	+0,0	+0,0	
Tabaksteuer	13,6	13,5	13,4	+0,1	+0,9	
Solidaritätszuschlag	11,0	11,7	11,9	-0,2	-1,8	
Versicherungsteuer	10,5	10,3	10,5	-0,3	-2,5	
Stromsteuer	6,4	6,2	6,3	-0,1	-1,7	
Branntweinsteuer	2,1	2,0	2,1	-0,1	-5,2	
Kraftfahrzeugsteuer	8,2	8,5	3,8	+4,7	+123,2	
Kaffeesteuer	1,0	1,0	1,0	+0,01	+0,5	
Schaumweinsteuer	0,5	0,4	0,5	-0,03	-6,1	
Sonstige Bundessteuern	0,0	0,0	0,0	-0,0001	-6,5	
Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung Abzugsbeträge	-3,8 -52,5	-48,7	-41,7	-7,0	+16,9	
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12,7	-12,9	-13,5	+0,6	-4,3	
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	-6,9	-6,9	-6,8	-0,1	+1,5	
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1,9	-1,8	-2,0	+0,2	-8,9	
BNE-Eigenmittel der EU	-22,0	-18,2	-14,9	-3,3	+22,0	
Kompensationszahlungen an die Länder zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus Kfz-Steuer	-9,0	-9,0	-4,6	-4,4	+96,7	
Sonstige Einnahmen	27,0	33,1	29,9	+3,2	+10,7	
Darunter:						
Abführung Bundesbank	3,5	3,5	3,5	-	-	
Einnahmen aus Abführungen des Erblastentilgungsfonds	0,1	0,1	2,8	-2,8	-97,1	
Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüsse sowie Privatisierungserlöse	4,1	4,4	3,8	+0,6	+14,8	
Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	5,3	5,3	4,9	+0,4	+8,0	
Einnahmen aus der streckenbezogenen Lkw-Maut	4,9	4,5	4,4	+0,2	+3,5	

¹Differenzen durch Runden der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel

Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel

1	Einleitung66
2	Die Schätzung des Produktionspotentials67
2.1	Das Produktionspotential als unbeobachtbare Größe67
2.2	Das Potentialschätzverfahren in den Projektionen der Bundesregierung68
2.3	Übergang zum fortentwickelten EU-Verfahren zu Jahresbeginn68
2.4	Aktuelle Schätzung der Bundesregierung zu Produktionspotential und -lücken69
3	Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel71
3.1	Die Budgetsensitivität des Bundes
3.2	Die Konjunkturkomponente des Bundes
4	Fazit und Ausblick

- Seit dem 1. Januar 2011 gilt die neue Schuldenregel. Danach müssen Bund und Länder einen im Grundsatz ausgeglichenen Haushalt aufweisen.
- Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme ist u. a. eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen. Die explizite Berücksichtigung konjunktureller Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte erfolgt mit Hilfe einer Konjunkturkomponente.
- Die Konjunkturkomponente ergibt sich als Produkt von Produktionslücke und Budgetsensitivität. Für das Stabilitätsprogramm 2011 und zur Aufstellung des Bundeshaushalts 2012 führt die Bundesregierung die Schätzung der Produktionslücken durch Anwendung der fortentwickelten EU-Methode durch.
- Im Sinne der Nachvollziehbarkeit der Berechnungen wird die Bundesregierung die für die Ermittlung der Konjunkturkomponente erforderlichen Daten zur Verfügung stellen.

1 Einleitung

Seit dem 1. Januar 2011 gilt die neue Schuldenregel des Artikels 109 Grundgesetz, der im Rahmen der Föderalismuskommission II reformiert wurde. Danach müssen Bund und Länder einen im Grundsatz ausgeglichenen Haushalt aufweisen. Für den Bund bedeutet dies, dass die strukturelle Nettokreditaufnahme nach Artikel 115 Grundgesetz auf maximal 0,35 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt beschränkt ist, während die Länder kein strukturelles Defizit aufweisen dürfen. Gemäß der Übergangsregel des Artikels 143d Grundgesetz müssen die infolge der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise erhöhten strukturellen Defizite beim Bund in gleichmäßigen Schritten bis zum 31. Dezember 2015 auf 0,35 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und bei den Ländern bis zum 31. Dezember 2019 auf null zurückgeführt werden.

Neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen ist zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme auch eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in

DIE ERMITTLUNG DER KONJUNKTURKOMPONENTE DES BUNDES IM RAHMEN DER NEUEN SCHULDENREGEL

wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mit Hilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die neue Schuldenregel beschränkt die Finanzpolitik bei der Konjunkturstabilisierung im Regelfall auf das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren. Weil die Steuereinnahmen in konjunkturell schlechten Zeiten (im Vergleich zur Entwicklung in einer konjunkturellen Normallage) zurückgehen und die Staatsausgaben – vor allem wegen steigender Transferzahlungen – zunehmen, geht von den öffentlichen Haushalten eine automatische Stabilisierungswirkung auf den Wirtschaftsprozess aus. Die Konjunkturkomponente ergibt sich als Produkt von Produktionslücke und Budgetsensitivität.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotential. Das Produktionspotential ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren. Der Potentialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potentialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unter- beziehungsweise Überauslastung wider. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (beziehungsweise Output Gaps). Außer als Berechnungsgrundlage in

der neuen Schuldenregel sind Schätzungen zum Produktionspotential sowie daraus ermittelte Produktionslücken auch notwendig, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für den Fünfjahreszeitraum der mittelfristigen Finanzplanung durchgeführt werden.

Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren. Sie ermittelt also die Auswirkungen der konjunkturellen Schwankungen auf den öffentlichen Haushalt.

2 Die Schätzung des Produktionspotentials

2.1 Das Produktionspotential als unbeobachtbare Größe

Das Produktionspotential ist eine nicht beobachtbare Größe, die im Zeitverlauf variiert. Zur Bestimmung des Produktionspotentials kann auf verschiedene Schätztechniken zurückgegriffen werden, die sich im Grad ihrer ökonomischen Fundierung sowie in den angewandten statistischen Methoden unterscheiden. So stehen zum einen theoriegeleitete Ansätze zur Verfügung, in deren Rahmen mit ökonometrischen Verfahren gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktionen geschätzt werden. Hier gehen in der Regel die Produktionsfaktoren Arbeit (z. B. Arbeitsvolumen) und Kapital (z. B. Anlagevermögen) sowie eine Größe zur Beschreibung des technischen Fortschritts (Totale Faktorproduktivität) als erklärende Variablen ein. Neben dem Produktionsfunktions-Ansatz zur Bestimmung des Produktionspotentials gibt es rein statistische Verfahren der Zeitreihenanalyse. Dazu gehören beispielsweise Filtertechniken (wie etwa der Hodrick-Prescott-Filter,

DIE ERMITTLUNG DER KONJUNKTURKOMPONENTE DES BUNDES IM RAHMEN DER NEUEN SCHULDENREGEL

kurz HP-Filter), die es gestatten, den Entwicklungspfad des Produktionspotentials allein unter Verwendung der Zeitreihe für das Bruttoinlandsprodukt zu berechnen.

Je nach Wahl der Modellklasse sowie der damit verbundenen Festlegung von Stützzeiträumen und Parameterwerten führt die Anwendung alternativer Verfahren zu unterschiedlichen Ergebnissen für das Produktionspotential und damit zu unterschiedlichen Produktionslücken. Bei allen Verfahren kommt es in der Regel im Nachhinein zu Ergebniskorrekturen, die sich aus Datenrevisionen der amtlichen Statistik sowie veränderten Einschätzungen zur künftigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ergeben.

2.2 Das Potentialschätzverfahren in den Projektionen der Bundesregierung

In den Projektionen der Bundesregierung wird das Produktionspotential mit dem Produktionsfunktionsverfahren der Europäischen Union bestimmt, das auf einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion basiert. Datengrundlage für die Potentialschätzung sind die Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes sowie die Projektionen der Bundesregierung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Bei der Potentialschätzung der
Bundesregierung kommt der jeweils
gültige Entwicklungsstand des EUPotentialschätzverfahrens zur Anwendung.
Die für die Stabilitätsprogramme
der EU-Mitgliedstaaten verbindlich
vorgegebene Methode wird in der
Arbeitsgruppe "Produktionslücken"
des Wirtschaftspolitischen Ausschusses
der Europäischen Union (WPA) – mit
Unterstützung der Generaldirektion
Wirtschaft und Finanzen der Europäischen
Kommission (DG ECFIN) – weiterentwickelt
und vom WPA gebilligt.

Die Datengrundlagen zur statistischen
Basis einschließlich der zugrundegelegten
gesamtwirtschaftlichen Projektionen werden
vom Statistischen Bundesamt beziehungsweise
von der Bundesregierung veröffentlicht.
Auch hinsichtlich der angewandten
Methode, des ProduktionsfunktionsAnsatzes der EU, besteht ein hohes Maß an
Transparenz, da die Computer-Programme zur
Implementierung des EU-Verfahrens öffentlich
zugänglich und umfassend dokumentiert
sind.¹ Insbesondere können anhand der
verfügbaren Programmcodes eventuelle
Methodenänderungen nachvollzogen werden.

2.3 Übergang zum fortentwickelten EU-Verfahren zu Jahresbeginn

Zuletzt wurde die bisherige EU-Methode zur Potentialschätzung durch ein fortentwickeltes Verfahren ersetzt. Dieses muss entsprechend einem WPA-Beschluss erstmals verbindlich im Rahmen des Stabilitätsprogramms 2011 angewendet werden. Entsprechend ist die Bundesregierung zu Jahresbeginn 2011 dazu übergegangen, die mittelfristige Vorausschätzung und die Schätzung der Produktionslücken für die Ermittlung des strukturellen Defizits im Zusammenhang mit der neuen Schuldenregel mithilfe der fortentwickelten Methode durchzuführen.

Ein wichtiger Unterschied zum bisherigen
Verfahren besteht in der Ermittlung der
Totalen Faktorproduktivität (TFP) als Maß
für den technischen und technologischen
Fortschritt. Diese erfolgt nun mit Hilfe des
Kalman-Filters – statt wie bislang mit dem
HP-Filter – sowie durch Einsatz bayesianischer
Schätztechniken. Diese methodische
Fortentwicklung, die umfassend im Rahmen
der WPA-Arbeitsgruppe "Produktionslücken"
diskutiert wurde, erscheint dafür geeignet,
die trendmäßige Entwicklung des
Produktionspotentials verlässlicher zu
bestimmen, indem die Trendkomponente

¹Vergleiche http://circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/outgaps/library

DIE ERMITTLUNG DER KONJUNKTURKOMPONENTE DES BUNDES IM RAHMEN DER NEUEN SCHULDENREGEL

noch stärker von zyklischen Einflüssen bereinigt wird als zuvor. Zudem lassen Vergleichsrechnungen erwarten, dass sich die Revisionsanfälligkeit der geschätzten Produktionslücken durch Anwendung des fortentwickelten Verfahrens spürbar verringert. Ebenso werden positive und negative Produktionslücken wie bisher konzeptionell symmetrisch behandelt: So zeigen Berechnungen, dass sich die relativen Produktionslücken, die mit Hilfe des neuen Verfahren über den Zeitraum 1982 bis 2015 ermittelt wurden, nahezu auf null summieren. Dieser Befund stützt die Einschätzung der Deutschen Bundesbank, die mit Blick auf das alte und neue EU-Verfahren in ihrem kürzlich erschienenen Monatsbericht (Januar 2011) feststellt, dass "beide Verfahren die geforderte Symmetrieeigenschaft der Konjunkturkomponenten aufweisen" (S. 63).

Da die Modellierungsoptionen und Parametersetzungen der Europäischen Kommission zum einen auf ihren eigenen gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen beruhen und zum anderen Ergebnis eines für alle Mitgliedsländer möglichst einheitlichen Ansatzes sind, kann es im Einzelnen sinnvoll sein, hiervon abzuweichen. Im Sinne der Nachvollziehbarkeit der Berechnungen wird die Bundesregierung die für die Ermittlung der Konjunkturkomponente erforderlichen Daten zukünftig zur Verfügung stellen.

2.4 Aktuelle Schätzung der Bundesregierung zu Produktionspotential und -lücken

Die auf Grundlage der Jahresprojektion im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung ermittelten Schätzergebnisse zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential sowie den Produktionslücken sind in Tabelle 1 ausgewiesen.

Nach diesen Berechnungen hat sich das Potentialwachstum in Deutschland durch den drastischen, krisenbedingten Konjunktureinbruch im Jahr 2009 spürbar reduziert. Im Zuge der rasanten konjunkturellen Erholung im vergangenen Jahr erhöhte es sich wieder merklich und wird bei Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs bereits in diesem Jahr leicht höher ausfallen als im Jahr 2008. Im Zeitraum 2011 bis 2015 wird das Potentialwachstum bei durchschnittlich 1,4% p. a. liegen. Entsprechend dem hiermit unterstellten Potentialpfad wird das Niveau des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials damit im Jahr 2016 jenes Niveau erreicht haben, das sich

Tabelle 1: Aktuelle Schätzung von Produktionspotential und Produktionslücken

	Produktionspotential	Produktionslücken		
Jahr	preisbereinigt	nominal		
	Veränderung ggü. Vorjahr in %	in Mrd. €	in % des Produktionspotentials	
2008	+1,3	32,9	1,3	
2009	+0,9	- 106,5	-4,3	
2010	+1,1	- 47,0	- 1,8	
2011	+1,4	-27,0	-1,0	
2012	+1,5	-18,1	-0,7	
2013	+1,4	- 14,5	-0,5	
2014	+1,4	- 9,5	-0,3	
2015	+1,3	-3,4	- 0,1	

Ouelle: Bundesministerium der Finanzen.

DIE ERMITTLUNG DER KONJUNKTURKOMPONENTE DES BUNDES IM RAHMEN DER NEUEN SCHULDENREGEL

Tabelle 2: Einflussgrößen des Produktionspotentials

	Produktionspotential	Arbeitsvolumen	Kapital	Totale Faktorproduktivität
Jahr	preisbereinigt	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten ¹		ntnunkton ¹
	Veränderung ggü. Vorjahr in %	wachstumsbeitrag in Prozentpunkten		
2008	+1,3	0,2	0,6	0,4
2009	+0,9	0,1	0,5	0,3
2010	+1,1	0,2	0,4	0,4
2011	+1,4	0,4	0,5	0,5
2012	+1,5	0,3	0,5	0,6
2013	+1,4	0,2	0,5	0,7
2014	+1,4	0,0	0,5	0,8
2015	+1,3	-0,1	0,5	0,8

¹Abweichungen des ausgewiesenen Potentialwachstums von der Summe der Wachstumsbeiträge sind rundungsbedingt. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

auch bei konstanter Fortschreibung der Potentialwachstumsrate des Jahres 2008 über den Gesamtzeitraum 2009 bis 2016 ergeben hätte. Dies deutet darauf hin, dass die Wirtschaftskrise das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential in Deutschland nicht nachhaltig beeinträchtigt hat, so auch die Einschätzung des Sachverständigenrates zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (vergleiche Jahresgutachten 2010/2011, Ziffer 92).

Mit Hilfe einer Wachstumszerlegung lassen sich darüber hinaus die verschiedenen Einflussgrößen aufzeigen, die der bisherigen beziehungsweise erwarteten Entwicklung des Produktionspotentials zugrunde liegen (Tabelle 2).

Danach lässt sich der temporäre Rückgang des Potentialwachstums im Jahr 2009 auf geringere Wachstumsbeiträge aller betrachteten Teilkomponenten zurückführen. Während sich der Beitrag des Produktionsfaktors Kapital aufgrund einer Belebung der Investitionstätigkeit ab 2011 wieder bei ½ Prozentpunkt stabilisieren wird, werden sich die Wachstumsbeiträge des Faktors Arbeit sowie der Totalen Faktorproduktivität tendenziell gegenläufig entwickeln. Im Zuge des

demographisch bedingten Rückgangs der Erwerbsbevölkerung sowie des trendmäßigen Rückgangs der durchschnittlichen Arbeitszeit (je Erwerbstätigem) ist zum Ende des Vorausschätzungszeitraums mit einem geringer werdenden Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens zu rechnen. Diese Entwicklung tritt voraussichtlich trotz des erwarteten weiteren Rückgangs der strukturellen Arbeitslosigkeit sowie eines leichten Anstiegs der Partizipationsrate auf. Dem abnehmenden Beitrag des Faktors Arbeit steht ein zunehmend höherer positiver Beitrag der Totalen Faktorproduktivität gegenüber, dessen Anstieg den dämpfenden Effekt des Faktors Arbeit weitgehend auszugleichen vermag.

Damit stehen die Berechnungen der Bundesregierung zum Produktionspotential qualitativ und quantitativ weitgehend im Einklang mit den Ergebnissen der Europäischen Kommission, die im Rahmen ihrer Herbstprojektion 2010 für den Zeitraum 2010 bis 2015 von einem durchschnittlichen Potentialwachstum von knapp 1½% p. a. ausging. Dabei wird ebenfalls unterstellt, dass sich insbesondere der abnehmende Wachstumsbeitrag des Faktors Arbeit zum Ende des Projektionszeitraums dämpfend auf das Potentialwachstum auswirken wird.

DIE ERMITTLUNG DER KONJUNKTURKOMPONENTE DES BUNDES IM RAHMEN DER NEUEN SCHULDENREGEL

3 Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel

3.1 Die Budgetsensitivität des Bundes

Die Budgetsensitivität gibt an, wie sich die Einnahmen und Ausgaben des Bundes bei einer Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität verändern. Sie errechnet sich als die mit den Bundesanteilen an den konjunkturabhängigen Einnahmen und Ausgaben des gesamtstaatlichen Haushalts gewichtete Summe der Teilelastizitäten der gesamtstaatlichen Budgetsensitivität, die auch in dem Verfahren zur Haushaltsüberwachung nach dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt verwendet wird.

Die Budgetsensitivität des Bundeshaushalts wird aus der gesamtstaatlichen Budgetsensitivität abgeleitet, welche von der OECD empirisch ermittelt² und vom WPA notifiziert wurde³. Die auf diese Weise hergeleitete gesamtstaatliche Budgetsensitivität ergibt sich als Summe der Teilelastizitäten der zugrundeliegenden konjunkturabhängigen Steuern, Sozialbeiträge und Arbeitsmarktausgaben. Dabei wird unterschieden in Elastizitäten der direkten Steuern von privaten Haushalten (1,61) beziehungsweise von Kapitalgesellschaften (1,53), der indirekten Steuern (1,00), der Sozialbeiträge (0,57) und der laufenden Primärausgaben (-0,18). Nach der OECD-Studie lag die Budgetsensitivität für den gesamtstaatlichen Haushalt Deutschlands im Mittel der letzten Jahre

Die Aufteilung der gesamtstaatlichen Budgetsensitivität zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung folgt aus den jeweiligen Budgetanteilen der einzelnen staatlichen Ebenen an den konjunkturabhängigen Einnahmen und Ausgaben des gesamtstaatlichen Haushalts. Die bundesspezifische Budgetsensitivität wird folglich anhand der Anteile der konjunkturabhängigen Einnahmen und Ausgaben des Bundes an den gesamtstaatlichen konjunkturabhängigen Einnahmen und Ausgaben ermittelt. Da sich die OECD-Studie auf das Jahr 2003 bezieht, wird auch zur Berechnung der Budgetsensitivitäten des Bundes auf die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Jahres 2003 rekurriert.

Darüber hinaus ist die Budgetsensitivität des Bundeshaushalts abhängig von den auf der Einnahmen- und der Ausgabenseite geltenden Regelungen, z. B. von der Ausgestaltung des Steuersystems oder der Frage, in welchem Ausmaß konjunkturabhängige Ausgaben aus dem Bundeshaushalt oder den Sozialversicherungshaushalten finanziert werden. Angesichts der Tatsache, dass der Bund im vergangenen Jahr einmalig das Defizit der Bundesagentur für Arbeit (BA) durch einen Zuschuss finanzierte und damit die konjunkturellen Belastungen der BA übernahm, lag die Budgetsensitivität des Bundeshaushalts im Jahr 2010 bei rund 0,25.

Ab diesem Jahr erhält die BA allerdings im Falle von Defiziten, die sie nicht aus eigenen Rücklagen finanzieren kann, wieder ein Darlehen des Bundeshaushalts. Die Darlehensvergabe ist genauso wie eine Darlehensrückzahlung eine finanzielle

bei 0,51, mit geringfügigen Schwankungen in den einzelnen Jahren. Dies bedeutet, dass eine positive Produktionslücke von 1% in Relation zum Produktionspotential den gesamtstaatlichen konjunkturellen Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um 0,51 Prozentpunkte erhöht.

² Vergleiche Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers 434".

³ Vergleiche ECFIN/B/6(2005)REP54508, 30. September 2005.

DIE ERMITTLUNG DER KONJUNKTURKOMPONENTE DES BUNDES IM RAHMEN DER NEUEN SCHULDENREGEL

Transaktion. Das bedeutet, dass sich der Bund zunächst schuldenregelneutral zusätzlich in Höhe der Darlehen verschulden kann. Analog dazu verringert die spätere Rückzahlung solcher Darlehen dann allerdings auch die maximal zulässige Nettokreditaufnahme des Bundes. Für die Budgetsensitivität des Bundes bedeutet dies, dass die betreffenden konjunkturellen Einnahmen und Ausgaben nicht mehr berücksichtigt werden. Damit beläuft sich die Budgetsensitivität des Bundes ab dem Haushaltsjahr 2011 nach derzeitiger Datenlage auf rund 0,16.

3.2 Die Konjunkturkomponente des Bundes

Die Konjunkturkomponente ist im Rahmen der Schuldenbremse ein wichtiger Bestandteil der Aufstellung des Bundeshaushalts. Im Rahmen der mit der neuen Schuldenregel wie im Koalitionsvertrag vorgesehenen -Ausgestaltung des regierungsinternen Haushaltsaufstellungsverfahrens als Top-Down-Verfahren wird das Kabinett ab diesem Jahr jeweils bereits bis spätestens Mitte März auf Vorschlag des Bundesministers der Finanzen Eckwerte sowohl für den Bundeshaushalt des Folgejahres als auch die weiteren Finanzplanungsjahre beschließen. Diese werden die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Schuldenregel sicherstellen und die verbindliche Grundlage für die weitere Haushaltsaufstellung in den Einzelplänen sein. Mit dieser Maßgabe soll im Anschluss das übliche regierungsinterne Aufstellungsverfahren mit den Haushaltsanmeldungen der Ressorts, das mit dem Beschluss des Bundeskabinetts über den Bundeshaushalt und den Finanzplan seinen Abschluss findet, stattfinden.

Das parlamentarische Verfahren der Haushaltsaufstellung bleibt unverändert.

Für den Eckwertebeschluss werden die Konjunkturkomponenten für den Bundeshaushalt 2012 und den Finanzplan bis 2015 auf den auf Grundlage der Jahresprojektion ermittelten Schätzergebnissen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential basieren. Die sich danach ergebenden Werte sind in Tabelle 3 dargestellt.

Für den vollständigen Entwurf der
Bundesregierung zum Bundeshaushalt 2012
und den dann auch vorgelegten Finanzplan
bis 2015 wird die Frühjahrsprojektion der
Bundesregierung als Basis für die Ermittlung
der Konjunkturkomponente zugrunde liegen.
Letztlich relevant für die Aufstellung des
Bundeshaushalts 2012 im parlamentarischen
Verfahren ist dann aber die auf Grundlage
der Ergebnisse der Herbstprojektion
der Bundesregierung berechnete
Konjunkturkomponente.

Durch die Einführung eines Kontrollkontos wurde die Einhaltung der Schuldenbremse auch im Haushaltsvollzug verbindlich gemacht. Auf diesem Kontrollkonto werden die nicht konjunkturbedingten Abweichungen von der Regelobergrenze erfasst, die sich in den einzelnen Haushaltsjahren im Vollzug ergeben. Dazu muss die Konjunkturkomponente im Soll nach Ablauf des Haushaltsjahres um die tatsächliche Konjunkturentwicklung angepasst werden. Dies erfolgt, indem zu der zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung ermittelten Produktionslücke für das betreffende Haushaltsjahr die Differenz zwischen

Tabelle 3: Konjunkturkomponenten für Bundeshaushalt 2012 und Finanzplan bis 2015 für den Eckwertebeschluss

	2012	2013	2014	2015
Konjunkturkomponente (in Mrd. €)	-2,9	- 2,3	- 1,5	- 0,6

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

DIE ERMITTLUNG DER KONJUNKTURKOMPONENTE DES BUNDES IM RAHMEN DER NEUEN SCHULDENREGEL

der zum Zeitpunkt der Buchung auf dem Kontrollkonto vom Statistischen Bundesamt festgestellten und der zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung erwarteten Veränderung des Bruttoinlandsprodukts addiert wird.

Bei Nachträgen wird zur Neuberechnung der Konjunkturkomponente ähnlich verfahren, indem die zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung ermittelte Produktionslücke um die Differenz zwischen der zum Zeitpunkt der Aufstellung des Nachtragshaushalts – auf Basis der dann aktuellen gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung der Bundesregierung – und der zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung erwarteten Veränderung des Bruttoinlandsprodukts im Haushaltsjahr korrigiert wird.

Damit wird de facto unterstellt, dass die unerwartete Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in vollem Umfang konjunktureller Art ist, auch wenn tatsächlich ein Teil davon strukturell bedingt sein dürfte. Von einer Neuschätzung der Produktionslücke gemäß dem zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung verwendeten ökonometrischen Schätzverfahren wird allerdings nach Haushaltsvollzug beziehungsweise bei Aufstellung von Nachtragshaushalten aus mehreren Gründen abgesehen. So ist dieses Ergebnis revisionsanfälliger, sowohl im Umfang als auch über die Zeit, als die tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Darüber hinaus können erst zu einem späteren Zeitpunkt aufgrund neuer zur Verfügung stehender Informationen – realisierte Veränderungen der Produktionslücke nicht Gegenstand der Beurteilung eines Haushalts sein, der noch von anderen Annahmen ausging. Schließlich ergeben sich (konjunkturbedingte) Abweichungen vom ex ante geplanten konjunkturellen Finanzierungssaldo in der Regel ausschließlich durch die gegenüber der ex ante-Einschätzung veränderte BIP-Entwicklung unabhängig von der Veränderung des Produktionspotentials.4

4 Fazit und Ausblick

Mit dem in Artikel 109 Grundgesetz für Bund und Länder gemeinsam verankerten Grundsatz des strukturell ausgeglichenen Haushalts wird der Grundgedanke der Goldenen Regel des alten Artikels 115 Grundgesetz abgelöst. Die Reform der Verschuldungsregeln folgt damit der Philosophie des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts, wonach die Haushalte der Mitgliedstaaten "annähernd ausgeglichen sein oder einen Überschuss aufweisen" sollen.

Mit der Festlegung auf eine symmetrische Berücksichtigung konjunktureller Einflüsse durch die Konjunkturkomponente wurde ein wesentlicher Konstruktionsfehler des alten Artikels 115 Grundgesetz beseitigt, der sich bei der Konjunkturstabilisierung auf Rezessionsphasen beschränkte, während eine entsprechende Rückführung der Nettokreditaufnahme in konjunkturell guten Zeiten ausblieb.

Die Konjunkturbereinigung auf Basis der auch im Rahmen des europäischen Haushaltsüberwachungsverfahrens angewandten Methodik ist technisch anspruchsvoll. Die Bundesregierung wird jedoch alle notwendigen Daten zur Ableitung der Konjunkturkomponente zur Verfügung stellen und damit für Transparenz und Nachvollziehbarkeit sorgen. Zudem sind die wirtschaftswissenschaftlichen Institute im Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose bereits beauftragt, das Produktionspotential nach dem EU-Verfahren abzuleiten. Darüber

⁴ Vergleiche hierzu auch die Ausführungen der Europäischen Kommission (2004), "Public Finances in EMU", S. 90 ff. und Annex II.2). Auch der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt ermöglicht die Anwendung eines solchen konditionierten Ansatzes, wenn ex post normative Schlussfolgerungen aus dem strukturellen Defizit gezogen werden sollen.

DIE ERMITTLUNG DER KONJUNKTURKOMPONENTE DES BUNDES IM RAHMEN DER NEUEN SCHULDENREGEL

hinaus wird das Produktionspotential auch von anderen nationalen und internationalen Institutionen geschätzt. Dadurch können die Schätzergebnisse der Bundesregierung – analog zur gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung – jederzeit mit den Ergebnissen anderer Institutionen verglichen werden.

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2010

Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2010

1	Bundesstaatlicher Finanzausgleich	75
	Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern	
	Länderfinanzausgleich	
	Bundesergänzungszuweisungen	
	Ergebnisse 2010	

- Der massive Einbruch der Steuereinnahmen als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise wirkt auch im Jahr 2010 im bundesstaatlichen Finanzausgleich noch deutlich nach.
- Die Ausgleichsvolumina sind auf den drei Stufen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs insgesamt gegenüber dem Vorjahr als Folge einer weiteren Annäherung der Steuereinnahmen der Länder gesunken.
- Der bundesstaatliche Finanzausgleich hat auch 2010 dazu beigetragen, alle Länder finanziell in die Lage zu versetzen, ihre verfassungsmäßigen Aufgaben zu erfüllen.

1 Bundesstaatlicher Finanzausgleich

Der bundesstaatliche Finanzausgleich (aufeinander aufbauend:
Umsatzsteuerverteilung,
Länderfinanzausgleich und
Bundesergänzungszuweisungen) hat die Aufgabe, alle Länder finanziell in die Lage zu versetzen, ihre verfassungsmäßigen Aufgaben zu erfüllen und somit auch ihre Eigenstaatlichkeit zu entfalten. Durch die Annäherung der Einnahmen der Länder soll die Herstellung und Bewahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet ermöglicht werden.

Die Grundzüge des Finanzausgleichs sind im Grundgesetz festgelegt. Seine konkrete Ausgestaltung erfolgt durch einfache Gesetze: Das abstrakt gehaltene Maßstäbegesetz konkretisiert die betreffenden finanzverfassungsrechtlichen Regelungen und bildet die Grundlage für das Finanzausgleichsgesetz, das die Einzelheiten des Finanzausgleichs bestimmt. Maßstäbegesetz und Finanzausgleichsgesetz gelten seit 2001 beziehungsweise 2005 und sind bis Ende 2019 befristet.

1.1 Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern

In der ersten Stufe des Ausgleichssystems wird der Länderanteil am Umsatzsteueraufkommen den einzelnen Ländern zugeordnet. Dabei werden entsprechend der gesetzlichen Grundlage im Finanzausgleichsgesetz zunächst höchstens 25 % des Länderanteils an der Umsatzsteuer als sogenannte Ergänzungsanteile verteilt. Sie sind für diejenigen Länder bestimmt, deren Aufkommen aus der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und den Landessteuern je Einwohner unterhalb des Länderdurchschnitts liegen. Dadurch wird die Lücke zwischen den Steuereinnahmen steuerschwacher Länder und dem Länderdurchschnitt teilweise geschlossen. Die exakte Höhe der Ergänzungsanteile ist abhängig davon, wie stark die Steuereinnahmen je Einwohner eines Landes unter den durchschnittlichen Steuereinnahmen je Einwohner aller Länder liegen. Anschließend wird der Rest des Länderanteils an der Umsatzsteuer nach der Einwohnerzahl auf alle Länder verteilt. Die Ergänzungsanteile führen zu einer Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern, die von einer Verteilung des Länderanteils am Umsatzsteueraufkommen vollständig nach

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2010

Einwohnern abweicht; diese Abweichung wird als (horizontaler) Umsatzsteuerausgleich bezeichnet.

1.2 Länderfinanzausgleich

Durch den Länderfinanzausgleich, der zweiten Stufe des Ausgleichssystems, werden die Einnahmeunterschiede zwischen den Ländern weiter verringert. Die finanzschwachen Länder erhalten Ausgleichszuweisungen, die von den finanzstarken Ländern aufgebracht werden.

Ausgangspunkt für den Länderfinanzausgleich ist die Finanzkraft je Einwohner der einzelnen Länder. Die Finanzkraft eines Landes ist die Summe seiner Einnahmen und anteilig (zu 64%) die Summe der Einnahmen seiner Gemeinden. Grundsätzlich sind alle Einnahmearten der Länder und Gemeinden bei der Bestimmung der Finanzkraft zu berücksichtigen. Tatsächlich werden als ausgleichsrelevant nur die Länderanteile an den Gemeinschaftsteuern, die Einnahmen der Länder aus den Landessteuern und anteilig die Steuereinnahmen der Gemeinden angesehen.

Im Länderfinanzausgleich wird im Grundsatz von einem gleichen Finanzbedarf je Einwohner in allen Ländern ausgegangen. Für die drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen ist diese Annahme jedoch nicht sachgerecht, da Stadtstaaten einen deutlich höheren Finanzbedarf je Einwohner aufweisen als Flächenländer. Ihre Einwohnerzahl wird deshalb im Länderfinanzausgleich fiktiv auf 135 % erhöht (Einwohnergewichtung). Ein geringfügig höherer Finanzbedarf je Einwohner besteht auch in den drei besonders dünn besiedelten Flächenländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Deshalb wird auch ihre Einwohnerzahl im Länderfinanzausgleich fiktiv geringfügig erhöht.

Die exakte Höhe der Ausgleichszuweisungen für ein finanzschwaches Land ist davon abhängig, wie weit seine Finanzkraft je (gewichtetem) Einwohner die durchschnittliche Finanzkraft je Einwohner unterschreitet. Durch Ausgleichszuweisungen wird die Lücke zum Durchschnitt – auf der Basis eines progressiven Ausgleichstarifs – anteilig geschlossen. Analog dazu ist die Höhe der Ausgleichsbeiträge, die ein finanzstarkes Land zu leisten hat, davon abhängig, wie weit seine Finanzkraft je Einwohner die durchschnittliche Finanzkraft je Einwohner übersteigt. Symmetrisch zum Ausgleichstarif wird die überdurchschnittliche Finanzkraft wiederum auf der Basis eines progressiven Tarifs anteilig abgeschöpft. Die Regelungen sind im Einzelnen so ausgestaltet, dass sich die Finanzkraftreihenfolge der Länder durch den Länderfinanzausgleich nicht verändern kann.

1.3 Bundesergänzungszuweisungen

Bundesergänzungszuweisungen, als dritte Stufe des Ausgleichssystems, sind Zuweisungen des Bundes an leistungsschwache Länder. Sie sind ungebundene Mittel und dienen der ergänzenden Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs. Zu unterscheiden ist zwischen allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen und Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen.

Durch allgemeine

Bundesergänzungszuweisungen wird bei leistungsschwachen Ländern die nach dem Länderfinanzausgleich verbleibende Lücke zur durchschnittlichen Finanzkraft weiter verringert. Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen erhalten Länder, deren Finanzkraft je gewichtetem Einwohner nach dem Länderfinanzausgleich unter 99,5 % des Durchschnitts liegt. Die nach Länderfinanzausgleich verbleibende Lücke wird zu 77,5 % aufgefüllt.

Die Sonderbedarfs-

Bundesergänzungszuweisungen zielen demgegenüber auf den Ausgleich besonderer Finanzbedarfe leistungsschwacher Länder aufgrund spezifischer Sonderlasten. Die Höhe der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen ist unabhängig von den aktuellen Finanzkraftverhältnissen und auch der

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2010

Höhe nach im Finanzausgleichsgesetz festgeschrieben.

2 Ergebnisse 2010¹

Die vorläufige Jahresrechnung 2010 über den bundesstaatlichen Finanzausgleich liegt nunmehr vor. Die wichtigsten Ergebnisse sind nachfolgend dargestellt.

Der massive Einbruch der Steuereinnahmen als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise hatte im Jahr 2009 deutliche Spuren im bundesstaatlichen Finanzausgleich hinterlassen. Im Jahr 2010 wirkten die Folgen des Konjunktureinbruchs im Finanzausgleich noch nach: Die Einnahmen der Länder aus den Gemeinschaftsteuern – ohne Umsatzsteuer – und den Ländersteuern, die die Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuerverteilung als der ersten Stufe des bundesstaatlichen Finanzausgleichs bilden, hat sich im Vergleich zu 2009² für die Ländergesamtheit stabilisiert; sie ist geringfügig um 0,4 % gestiegen. Gleichzeitig haben sich die relativen Steueraufkommensunterschiede zwischen den Ländern abermals verringert. Deshalb hat sich der Rückgang des Umsatzsteuerausgleichs fortgesetzt. Er betrug nunmehr 6,6 Mrd. € gegenüber 7,3 Mrd. € im Jahr 2009.

Bei den steuerstarken Ländern blieb das Steueraufkommen je Einwohner stabil und unterlag nur geringfügigen Schwankungen. Während es in Bayern und Hessen von 129,6 % beziehungsweise 128,1% des Länderdurchschnitts 2009 auf 129,3 % beziehungsweise 127,4 % gesunken ist, konnten Hamburg und Baden-Württemberg ihr Steueraufkommen je

den steuerschwachen Ländern hat sich die Tendenz zur Angleichung der relativen Steueraufkommensunterschiede bei den ostdeutschen Ländern fortgesetzt. Bis auf Brandenburg lag das Steueraufkommen der ostdeutschen Länder deutlich über den Werten des Vorjahres. Damit konnten die neuen Länder ihren Steuereinnahmenrückstand gegenüber den alten Ländern weiter vermindern. Dies dürfte hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, dass sie von den unmittelbaren Wirkungen der Finanzund Wirtschaftskrise weniger betroffen waren. Der Steuereinnahmenrückstand war gleichwohl noch beträchtlich, weshalb der Umsatzsteuerausgleich zu fast 92 % den ostdeutschen Ländern zugute kam.

Einwohner erhöhen: Hamburg von 156,8%

auf 157,5 %, Baden-Württemberg von 114,6 % auf 117.2 % des Länderdurchschnitts. Bei

Im Länderfinanzausgleich – der zweiten Ausgleichsstufe – gab es 2010 vier Zahlerländer (Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg und Hessen) und zwölf Empfängerländer. Nordrhein-Westfalen war damit – wie bereits 2008 – Empfängerland. Größtes Zahlerland war auch 2010 Bayern mit knapp 3,5 Mrd. €, größtes Empfängerland war erneut Berlin mit fast 2.9 Mrd. €.

Die im Länderfinanzausgleich berücksichtigte Finanzkraft (Länderanteile an den Gemeinschaftsteuern einschließlich der Umsatzsteuereinnahmen der ersten Ausgleichsstufe, Ländersteuern und zu 64% Steuereinnahmen der Gemeinden) war gegenüber 2009 insgesamt um 1,4 % gestiegen. Die Betrachtung der einzelnen Länder zeigt, dass nahezu alle Länder einen Anstieg der Finanzkraft vor Finanzausgleich aufwiesen. Lediglich in Nordrhein-Westfalen war die Finanzkraft zurückgegangen (- 0,5 %). Der Anstieg fiel in den Zahlerländern Baden-Württemberg (+2,6%), Bayern (+2,4%) und Hamburg (+2,2%) überdurchschnittlich aus, in Hessen (+0,7%) blieb er hinter dem Länderdurchschnitt zurück. In den ostdeutschen Ländern hat sich die Finanzkraft deutlich stärker als im Bundesdurchschnitt

¹ Grundlage: vorläufige Jahresrechnung 2010.

² Grundlage: Zweite Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2009

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2010

erhöht (Brandenburg + 3,8 %, Mecklenburg-Vorpommern + 3,1 %, Berlin + 2,7 %). Lediglich in Sachsen-Anhalt ist die Finanzkraft gegenüber 2009 unterdurchschnittlich gestiegen (+1,2 %).

Die Finanzkraft in Prozent des Länderdurchschnitts (relative Finanzkraft) stellt sich im Jahr 2010 wie folgt dar: Verbesserungen ihrer relativen Position konnten Baden-Württemberg (von 108,3% auf 109,4%), Bayern (von 114,8% auf 115,5%) und Hamburg (von 101,4 % auf 102,0 %) vermelden. Lediglich Hessen (von 117,0% auf 115,9%) wies als Zahlerland eine geringere relative Finanzkraft vor Finanzausgleich aus als 2009. Die Empfängerländer mit Ausnahme von Niedersachsen, Bremen sowie Nordrhein-Westfalen konnten ihre relative Finanzkraft vor Finanzausgleich verbessern. Im vergangenen Jahr hat sich die Spanne zwischen finanzstärkstem und finanzschwächstem Land abermals leicht reduziert.

Das Ausgleichsvolumen des Länderfinanzausgleichs hat sich gegenüber 2009 auf knapp 7 Mrd. € erhöht (2009: 6,8 Mrd. €). Damit lag es weiterhin deutlich unter dem Vorkrisenniveau (2008: 8,3 Mrd. €). Die Ausgleichsbeiträge der Länder Hamburg, Baden-Württemberg und Bayern haben sich verglichen mit 2009 um 38,3 %, 13,8 % beziehungsweise 4,1% erhöht. Der Beitrag Hessens dagegen sank gegenüber 2009 um 8,6%. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass Hamburg 62 Mio. € (+17 Mio. € gegenüber 2009), Baden-Württemberg 1,7 Mrd. € (+206 Mio. €), Bayern 3,5 Mrd. € (+137 Mio. €) und Hessen 1,7 Mrd. € (–164 Mio. €) in den Länderfinanzausgleich eingezahlt haben.

Für die Mehrzahl der bisherigen
Empfängerländer waren die
Ausgleichszuweisungen 2010 rückläufig.
Abgesehen vom neuen Empfängerland
Nordrhein-Westfalen nahmen sie lediglich
in Niedersachsen (+ 131,8 %), Bremen (+ 2,5 %)
und Berlin (+ 0,2 %) zu. Hieran zeigt sich, dass
sich die Finanzkraft der ostdeutschen Länder
langsam der Finanzkraft der alten Länder
annähert: Das Umverteilungsvolumen des
Länderfinanzausgleichs kam zu 78 % den
ostdeutschen Ländern zugute. Das entsprach
5,5 Mrd. €. 2009 erhielten diese Länder
noch 84 % der Ausgleichszuweisungen aus dem
Länderfinanzausgleich.

Auf der dritten Ausgleichsstufe ist es im Jahr 2010 zu einem geringen Anstieg bei den allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen gekommen. Das Volumen der allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen erhöhte sich von 2,5 Mrd. € im Jahr 2009 auf 2,6 Mrd. €. Dieser Zuwachs ist im Wesentlichen auf zwei Faktoren zurückzuführen: Zum einen erhielt Nordrhein-Westfalen 2010 erstmals seit Bestehen des gesamtdeutschen Finanzausgleichs im Jahr 1995 allgemeine Bundesergänzungszuweisungen. Zum anderen hat der starke Rückgang der Finanzkraft in Niedersachsen eine spürbare Erhöhung der Ergänzungszuweisungen bewirkt. Die übrigen leistungsschwachen Länder (bis auf Berlin und Bremen) haben 2010 zum Teil deutlich weniger allgemeine Bundesergänzungszuweisungen erhalten. Größter Empfänger war, wie bereits 2009, Berlin mit 907 Mio. €.

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2010

Tabelle 1: Daten zur horizontalen Umsatzsteuerverteilung, zum Länderfinanzausgleich und zu den allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) im Jahr 2010

	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP
Steuern der Länder vor Umsatzsteuerausgleich (je Einwohner in Prozent des Durchschnitts)	100,5	129,3	117,2	85,7	127,4	50,3	97,4
Umsatzsteuerausgleich (Differenz zwischen Verteilung nach geltendem Recht und vollständiger Verteilung nach Einwohnern) in Mio. €	-2 204	-1 545	-1 327	378	-749	2 024	-393
Finanzkraft in Prozent des Länderdurchschnitts¹ (vor Finanzausgleich)	98,5	115,5	109,4	97,6	115,9	88,3	95,5
Ausgleichsbeiträge und -zuweisungen im Länderfinanzausgleich in Mio. €	358	-3 491	-1 694	256	-1 738	843	263
Finanzkraft in Prozent des	99,2	105,5	103,8	98,8	105,6	95,6	97,9
Länderdurchschnitts¹ (nach Finanzausgleich)	33,2	105,5	103,6	30,0	105,0	95,0	97,3
Allgemeine BEZ in Mio. €	122			125		347	142
Finanzkraft in Prozent des Länderdurchschnitts ¹ (nach Finanzausgleich und allgemeinen BEZ)	99,4			99,3		98,6	99,1
	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE
Steuern der Länder vor Umsatzsteuerausgleich (je Einwohner in Prozent des Durchschnitts)	48,3	93,4	48,7	61,8	49,0	79,6	88,2
Umsatzsteuerausgleich (Differenz zwischen Verteilung nach geltendem Recht und vollständiger Verteilung nach Einwohnern) in Mio. €	1 201	-136	1 139	864	830	125	58
Finanzkraft in Prozent des Länderdurchschnitts¹ (vor Finanzausgleich)	88,1	97,4	88,1	90,6	86,7	94,3	68,2
Ausgleichsbeiträge und -zuweisungen im Länderfinanzausgleich in Mio. €	491	100	466	397	393	89	2 884
Finanzkraft in Prozent des Länderdurchschnitts ¹ (nach Finanzausgleich)	95,6	98,7	95,6	96,3	95,2	97,4	90,5
Allgemeine BEZ in Mio. €	200	51	190	175	155	46	907
Finanzkraft in Prozent des Länderdurchschnitts ¹ (nach Finanzausgleich und allgemeinen BEZ)	98,6	99,3	98,6	98,8	98,5	99,0	97,5
,	НН	НВ	Insgesamt				
Steuern der Länder vor Umsatzsteuerausgleich (je Einwohner in Prozent des Durchschnitts)	157,5	95,1	100				
Umsatzsteuerausgleich (Differenz zwischen Verteilung nach geltendem Recht und vollständiger Verteilung nach Einwohnern) in Mio. €	-220	-46	±6620				
Finanzkraft in Prozent des Länder durch schnitts ¹ (vor Finanzaus gleich)	102,0	74	100				
Ausgleichsbeiträge und -zuweisungen im Länderfinanzausgleich in Mio. €	-62	444	±6985				
Finanzkraft in Prozent des	101,0	01.0	100				
Länderdurchschnitts ¹ (nach Finanzausgleich)	101,0	91,9	100				
Allgemeine BEZ in Mio. €		146	2 607				
Finanzkraft in Prozent des Länderdurchschnitts¹ (nach Finanzausgleich und allgemeinen BEZ)		97,8					

¹ Genauer: in Prozent der Ausgleichsmesszahl. Grundlage: Vorläufige Jahresrechnung 2010.

ENTWICKLUNG DER STEUER- UND ABGABENBELASTUNG IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER OECD

Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung in den Mitgliedstaaten der OECD

Ergebnisse der aktuellen Ausgabe der OECD-Studie "Revenue Statistics"

1	Einleitung	80
3	Steuer- und Abgabenquoten im Jahr 2008 im OECD-Vergleich	
4	Special Feature: Umweltbezogene Besteuerung	82
5	Langfristige Entwicklungen: Fünf OECD-Mitgliedstaaten im Vergleich	85
6	Fazit	89

- Die deutsche Steuerquote im Jahr 2008 betrug 23,1%. Die Abgabenquote (Steuern zuzüglich Sozialabgaben) lag bei 37 %. Damit liegt Deutschland weiterhin relativ nah am OECD-Durchschnitt.
- Die umweltbezogenen Steuern machten im Jahr 2008 in Deutschland 2,2 % des
 Bruttoinlandsprodukts aus. Dies entspricht dem Durchschnitt der OECD-Mitgliedstaaten.
- Zwischen 1965 und 2008 nahm die Abgabenquote in Deutschland um 5,4 Prozentpunkte zu. Der Zuwachs liegt auf dem Niveau von Großbritannien, ist jedoch wesentlich geringer als in Frankreich und Japan. In den USA ist die Abgabenquote in diesem Zeitraum kaum angestiegen.
- Die Bedeutung der Sozialversicherungsbeiträge für das Aufkommen an Steuern und Abgaben hat in Deutschland zwischen 1965 und 2008 erheblich zugenommen. Ihr Anteil am Aufkommen betrug im Jahr 2008 insgesamt 37,6 %.

1 Einleitung

Eine fundierte Diskussion der Steuer- und Abgabenbelastung im internationalen Kontext benötigt als Grundlage vergleichbare Zahlen über Steuern und Abgaben. Neben der EU ("Taxation Trends in the European Union") stellt auch noch die OECD mit der regelmäßigen Veröffentlichung der Studie "Revenue Statistics" entsprechende Daten im gesamtwirtschaftlichen Maßstab zur Verfügung. Im Dezember 2010 hat die OECD die aktuelle Ausgabe der Studie mit den endgültigen Zahlen für das Jahr 2008

publiziert. Die Ergebnisse der Studie werden im Folgenden - nach einem kurzen Hinweis auf die methodischen Grundlagen - vorgestellt. Beginnend mit einer knappen Darstellung der Steuer- und Abgabenbelastung im Jahr 2008 im OECD-Vergleich geht der Aufsatz danach auf einige Aspekte des diesjährigen Special Features der OECD-Studie zu den umweltbezogenen Steuern ein. Abschließend wird die Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung für die fünf OECD-Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA und Japan zwischen 1965 und 2008 näher betrachtet.

ENTWICKLUNG DER STEUER- UND ABGABENBELASTUNG IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER OECD

2 Methodische Grundlagen

Die "Revenue Statistics" zeichnen sich durch ein sehr differenziertes System zur Umwandlung der nationalen Kennziffern in das Schema der "Revenue Statistics" aus. Die einheitlichen und transparenten Vorgaben gewährleisten dabei ein hohes Maß an Vergleichbarkeit der Länderdaten. Für eine nähere Erläuterung der methodischen Grundlagen wird auf den entsprechenden Abschnitt in dem Aufsatz "Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung" (Monatsbericht des BMF vom März 2010) hingewiesen. Zudem ist jeder Ausgabe der "Revenue Statistics" als Anlage ein ausführlicher Beitrag über die aktuell in der Studie verwendete Klassifikation der Steuern und die Grundsätze der Zuordnung und Berechnung der Steuern ("Interpretative Guide") beigegeben.

Die in den "Revenue Statistics" erreichte internationale Vergleichbarkeit der Daten hat ihren Preis. Bedingt durch zum Teil umfängliche Transformationen ist die Vergleichbarkeit der OECD-Kennziffern mit den nationalen Berichtssystemen erheblich eingeschränkt. So ist es bei einem Vergleich der Steuerquoten unabdingbar, auf die Datenquelle hinzuweisen.

Festzuhalten ist: Für internationale Vergleiche zwischen den Staaten sind die "Revenue Statistics" erste Wahl.

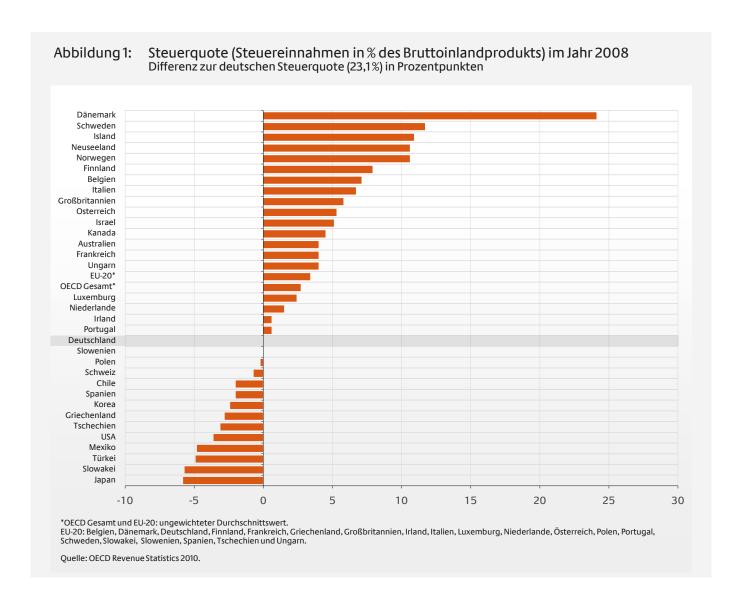
3 Steuer- und Abgabenquoten im Jahr 2008 im OECD-Vergleich

Die Steuer- und Abgabenquoten der OECD-Staaten im Jahr 2008 sind in den Abbildungen 1 und 2 jeweils als Abweichung zur deutschen Steuer- und Abgabenquote dargestellt. Die deutsche Steuerquote im Jahr 2008 betrug 23,1%. Sowohl der OECD-Durchschnitt (+ 2,7 Prozentpunkte) als auch der EU-Durchschnitt (+ 3,4 Prozentpunkte)

liegen darüber (Abbildung 1). Dänemark weist mit einer Abweichung von + 24,1 Prozentpunkten gegenüber Deutschland die höchste Steuerquote auf, Japan mit - 5,8 Prozentpunkten dagegen die niedrigste.

In Deutschland spielen allerdings die Sozialversicherungsbeiträge eine wesentlich stärkere Rolle bei der Finanzierung von Sozialleistungen als in den meisten anderen Staaten. So finanziert Dänemark fast die gesamten staatlichen Ausgaben über Steuern, die Sozialbeiträge umfassen hier lediglich 1% des Bruttoinlandsprodukts. Für internationale Steuerbelastungsvergleiche ist daher die Abgabenquote aussagekräftiger (Abbildung 2). Der EU-Durchschnitt im Jahr 2008 liegt zwar mit + 1,3 Prozentpunkten über der deutschen Abgabenquote von 37,0%, der OECD-Durchschnitt liegt jedoch um - 2,2 Prozentpunkte darunter. Wie bei den Steuern, so weist Dänemark auch bei den Abgaben die höchste Quote auf. Die Differenz zu Deutschland ist allerdings mit +11,2 Prozentpunkten bereits erheblich geringer als beim Vergleich der Steuerquoten. Die geringste Abgabenquote hat Mexiko; sie liegt um - 16,0 Prozentpunkte unter der deutschen Quote.

ENTWICKLUNG DER STEUER- UND ABGABENBELASTUNG IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER OECD

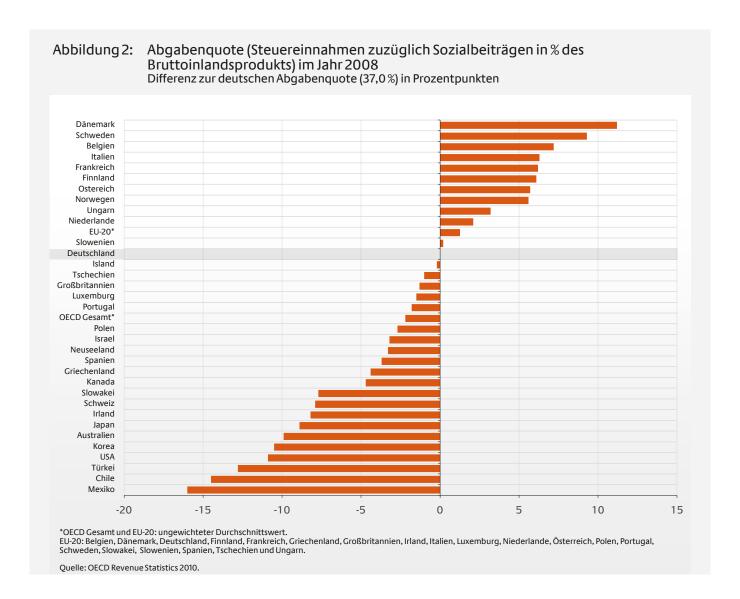


4 Special Feature: Umweltbezogene Besteuerung

Im diesjährigen Special Feature wendet sich die OECD den umweltbezogenen Steuern zu. Hierzu zählt sie die Steuern, die eine besondere Relevanz für die Umwelt haben. Darunter fallen für Deutschland die Energie-, Strom-, Kraftfahrzeug- und die Jagd- und Fischereisteuer. Im Durchschnitt erzielen die OECD-Mitgliedstaaten Einnahmen aus umweltbezogenen Steuern in Höhe von circa 2% bis 3% des Bruttoinlandsprodukts. Die Entwicklung der Einnahmen von 1994 bis 2008 ist für Deutschland, Frankreich,

Großbritannien, die USA, Japan und den Durchschnitt aller OECD-Mitgliedstaaten in Abbildung 3 dargestellt. Erkennbar wird, dass die Einnahmen aus umweltbezogenen Steuern sowohl im OECD-Durchschnitt als auch für die fünf ausgewählten Staaten nach zwischenzeitlichen Aufwärtsbewegungen in den vergangenen Jahren wieder leicht gesunken sind. Dies liegt an der Mengenbezogenheit der meisten Ökosteuern (wie z. B. der Energiesteuer auf Kraftstoffe). Sowohl ökologisch motivierte als auch preisinduzierte Verbrauchseinschränkungen und die höhere Energieeffizienz führten dazu, dass trotz der in den meisten OECD-Mitgliedstaaten angestiegenen Steuersätze das Steueraufkommen weniger stark zunahm

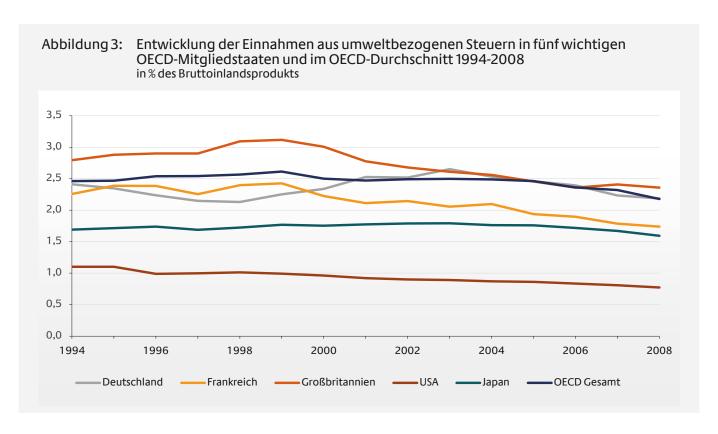
ENTWICKLUNG DER STEUER- UND ABGABENBELASTUNG IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER OECD

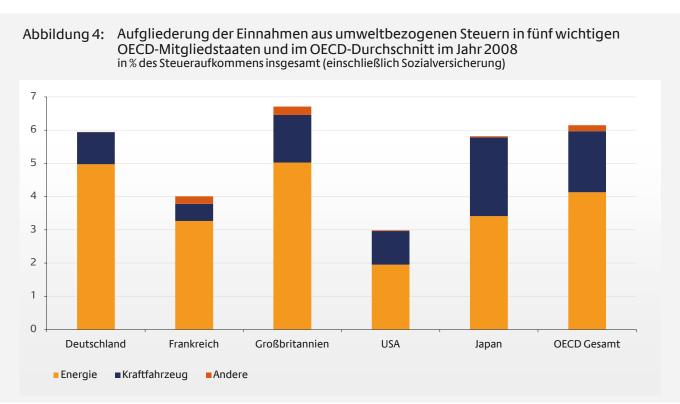


als das nominale Bruttoinlandsprodukt. Die Aufkommensentwicklung in Deutschland spiegelt deutlich die am 1. April 1999 in Kraft getretene ökologische Steuerreform wider: Zwischen 1999 und 2003 stieg der Anteil der umweltbezogenen Steuern am Bruttoinlandsprodukt um circa 0,4 Prozentpunkte an. Erst danach bewirkten Verbrauchseinschränkungen wieder einen Rückgang des Anteils. Die Belastung mit umweltbezogenen Steuern in Deutschland schwankt im Zeitablauf um den OECD-Durchschnitt. Im Jahr 2008 ist sie mit 2,2 % annähernd gleich hoch.

Sowohl der Anteil der umweltbezogenen Steuern am gesamten Steueraufkommen (einschließlich Sozialabgaben) als auch die Zusammensetzung der umweltbezogenen Steuern weisen zwischen den fünf betrachteten Ländern und gegenüber dem OECD-Durchschnitt erhebliche Unterschiede auf (Abbildung 4). Frankreich und die USA haben im Vergleich zum OECD-Durchschnitt einen relativ geringen Anteil der umweltbezogenen Steuern am Gesamtsteueraufkommen. In Deutschland und Frankreich ist der Anteil der Kraftfahrzeugsteuern relativ niedrig. Hier überwiegen die Steuern auf den Energieverbrauch.

Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung in den Mitgliedstaaten der OECD





ENTWICKLUNG DER STEUER- UND ABGABENBELASTUNG IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER OECD

5 Langfristige Entwicklungen: Fünf OECD-Mitgliedstaaten im Vergleich

Für den langfristigen Vergleich wurden neben Deutschland die Daten von Frankreich, Großbritannien, den USA und Japan herangezogen. Die Entwicklung der Abgabenquote weist im Zeitraum 1965 bis 2008 für die fünf ausgewählten Staaten erhebliche Schwankungen auf (Abbildung 5). Bei allen fünf Staaten liegt die Abgabenquote im Jahr 2008 höher als im Jahr 1965. Die Differenzen zwischen den beiden Jahren reichen allerdings von + 9,9 Prozentpunkten für Japan bis zu + 1,4 Prozentpunkten für die USA (Tabelle 1). Der Zeitraum lässt sich in zwei Phasen unterteilen, die durch verschiedene Entwicklungstendenzen gekennzeichnet sind. In der Phase 1965 bis 1982 wuchs in allen fünf Länder das Steueraufkommen relativ stark an. Großbritannien und Japan weisen dabei den höchsten Zuwachs auf, während er in den USA am geringsten war. In der darauffolgenden Phase 1982 bis 2008 schwächte sich das Wachstum der Abgabenquote erheblich ab - in Großbritannien und den USA ging sie in diesem Zeitraum sogar zurück. Die Abgabenquoten

der fünf Staaten weisen im gesamten Betrachtungszeitraum zudem beträchtliche Niveauunterschiede auf.

Hinter den Durchschnittswerten verbergen sich teilweise sehr große Schwankungen in den einzelnen Jahren. Dies lässt sich mit Hilfe der durchschnittlichen relativen Abweichung vom Durchschnitt des Betrachtungszeitraums (Variationskoeffizient) darstellen. Diese reicht von 4,5 % für Deutschland bis 14,0 % für Japan (Tabelle 2).

Nicht nur die Abgabenquote insgesamt unterlag im Betrachtungszeitraum erheblichen Veränderungen. Auch die Zusammensetzung der Abgaben hat sich zum Teil gravierend geändert (Abbildung 6). Dabei ergeben sich interessante Unterschiede in der Entwicklung der Abgabenquoten der fünf betrachteten Staaten. Die Steuern auf das Einkommen der natürlichen Personen blieben in Deutschland relativ stabil bei 26,0 % des Gesamtsteueraufkommens. Frankreich wies einen erheblichen Anstieg aus, allerdings von einem sehr niedrigen Niveau aus. In den USA machten diese Steuern im Jahr 2008 sogar 38,1% des gesamten Steueraufkommens aus.

Tabelle 1: Änderung der Abgabenguote in Prozentpunkten

Zeitraum	Deutschland	Frankreich	Großbritannien	USA	Japan
1965 - 2008	+5,4	+9,1	+5,3	+1,4	+9,9
1965 - 1982	+3,9	+7,1	+8,1	+2,3	+8,1
1982 - 2008	+1,5	+2,0	-+2,8	-+0,9	+ 1,8

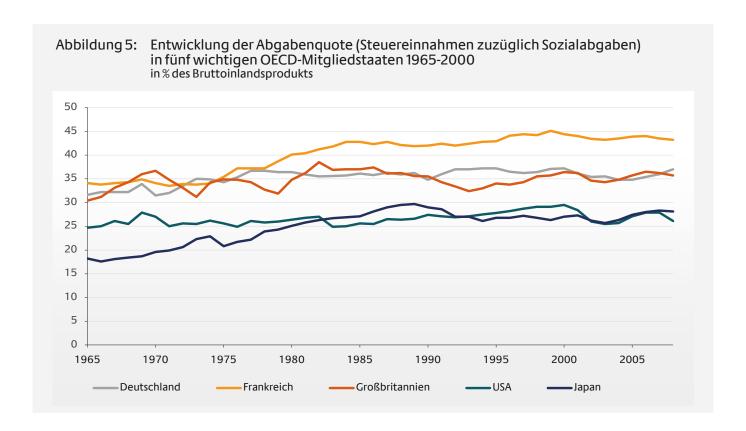
Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 2: Durchschnittliche relative Abweichung vom Durchschnitt des Betrachtungszeitraums (Variationskoeffizient) in %

Zeitraum	Deutschland	Frankreich	Großbritannien	USA	Japan
1965 - 2008	4,5	9,8	5,1	4,7	14,0

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

ENTWICKLUNG DER STEUER- UND ABGABENBELASTUNG IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER OECD



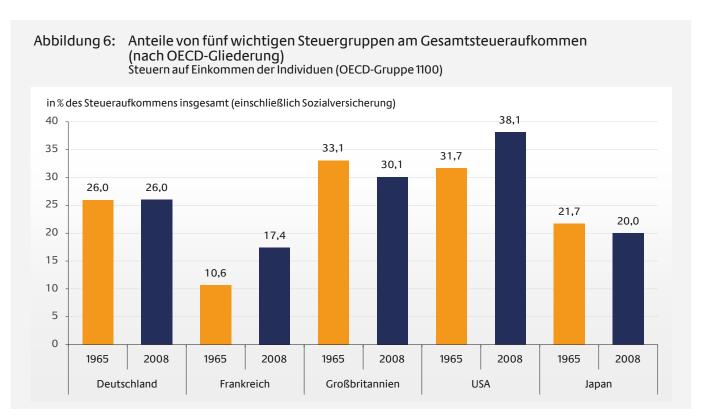
Der Anteil der Steuern auf das Einkommen der Körperschaften fiel in Deutschland, den USA und Japan erheblich. In Frankreich und Großbritannien ergaben sich dagegen Zuwächse.

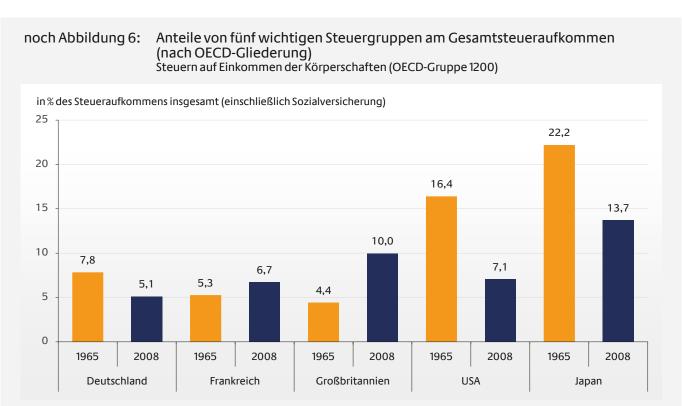
Die Sozialversicherungsbeiträge machen traditionell in Deutschland und Frankreich einen großen Anteil am Steueraufkommen aus. Dieser ist von 1965 bis 2008 noch weiter angestiegen. In Japan kam es in dieser Zeit fast zu einer Verdoppelung des Anteils. Damit wurde das Niveau von Deutschland und Frankreich erreicht. In Großbritannien und den USA spielen die Sozialversicherungsbeiträge eine wesentlich geringere Rolle für das Steueraufkommen. Bei beiden Ländern hat der Anteil am Gesamtsteueraufkommen jedoch zugenommen. In den USA hat er sich ebenso wie in Japan fast verdoppelt.

Der Anteil der Steuern auf Vermögen ist in Deutschland von einem recht niedrigen Niveau ausgehend stark gesunken. Hier spielt die faktische Abschaffung der Vermögensteuer eine erhebliche Rolle. In den anderen Staaten spielen die Steuern auf Vermögen eine wesentlich größere Rolle für das Steueraufkommen als in Deutschland.

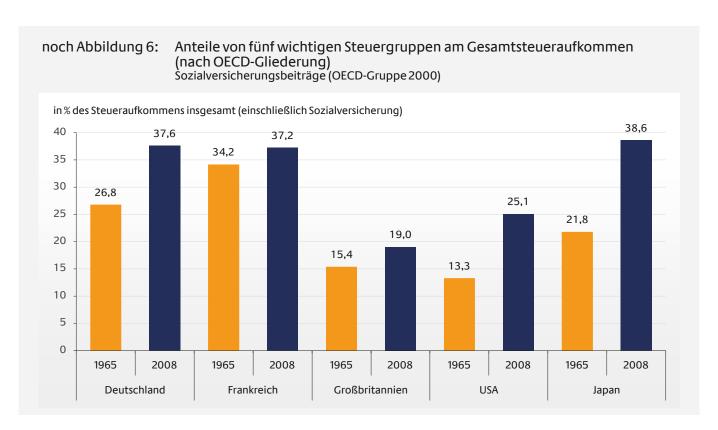
Die Steuern auf Güter und Dienstleistungen machen in Deutschland einen großen Anteil am Gesamtaufkommen aus, der im Betrachtungszeitraum nur leicht zurückgegangen ist. Lediglich Großbritannien weist im Jahr 2008 ein ähnliches Niveau aus. In Frankreich ging der Anteil am Steueraufkommen von 1965 bis 2008 um fast ein Drittel zurück.

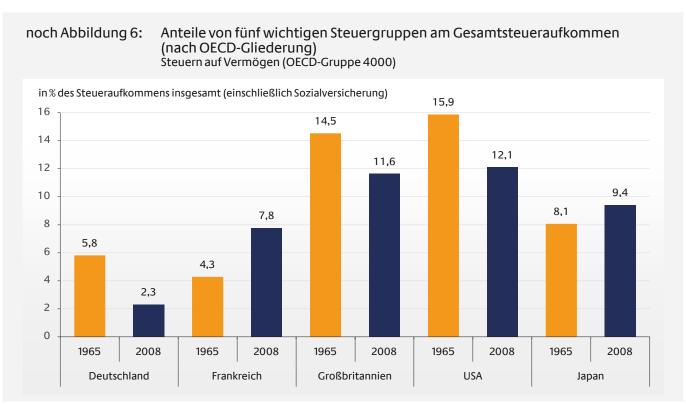
Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung in den Mitgliedstaaten der OECD



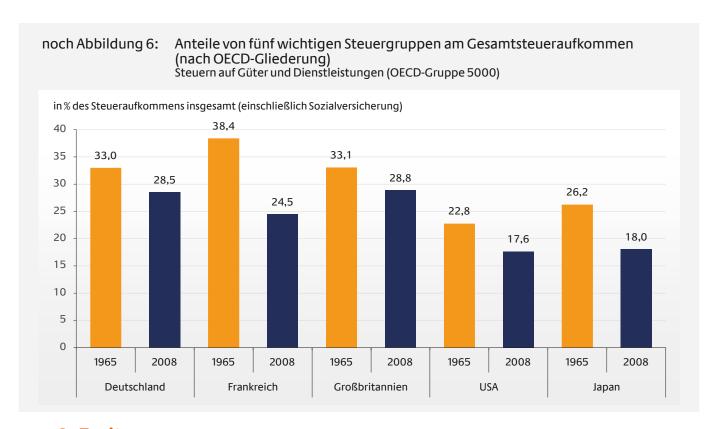


Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung in den Mitgliedstaaten der OECD





ENTWICKLUNG DER STEUER- UND ABGABENBELASTUNG IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER OECD



6 Fazit

Die Steuer- und Abgabenbelastung bleibt auch im Jahr 2008 in Deutschland auf einem Niveau, das mit dem vieler anderer Industriestaaten vergleichbar ist. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedeutung der Finanzierung sozialer Leistungen durch den Staat ist ein verhältnismäßig hoher Staatsanteil am Bruttoinlandsprodukt ein Charakteristikum hochentwickelter Industriestaaten. Die Finanzierungsquellen der OECD-Mitgliedstaaten unterscheiden

sich dabei in ihrer Zusammensetzung. Im Zeitablauf haben sich die jeweiligen Anteile am Gesamtaufkommen erheblich verändert. In Deutschland sind die Sozialversicherungsbeiträge in ihrer Bedeutung von 1965 bis 2008 weiter angestiegen und machten im Jahr 2008 insgesamt 37,6 % der Steuern und Abgaben aus. Seit Mitte der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts blieb die Abgabenquote in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den USA und Japan relativ stabil.

Über	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	91
1	Kreditmarktmittel	91
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2009 bis 2014	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	92
•	2009 bis 2014	93
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
5	Soll 2011	
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011	
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2004 bis 2010	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011	
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	117
1	Entwicklung dar Ländarhaushalta his Dozambar 2010 im Wargleich zum Jahressell 2010	117
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2010 im Vergleich zum Jahressoll 2010	
ADD. 1	l Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2009/2010 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	. 11/
4	Länder bis Dezember 2010	110
2		
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2010	. 120
Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	124
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	124
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	. 100
Ü	Schwellenländern	131
Abb. 1	Entwicklung von DAX und Dow Jones	
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	
10	Vorausschätzungen zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	
11	Vorausschätzungen zu Haushaltssalden Staatsschuldenquote und Leistungshilanzsaldo	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:				
	30. November 2010			31. Dezember 2010				
		in Mio. €						
Inflations indexier te Bundeswert papier e 1	38 000	0	0	38 000				
Anleihen ²	635 986	0	0	635 986				
Bundesobligationen	184000	5 000	0	189 000				
Bundesschatzbriefe ³	8 7 6 8	52	117	8 704				
Bundesschatzanweisungen	140 000	5 000	14 000	131 000				
Unverzinsliche Schatzanweisungen	83 835	6 970	4 995	85 810				
Finanzierungsschätze ⁴	613	33	47	599				
Tagesanleihe	2 0 2 5	28	79	1 975				
Schuldscheindarlehen	12391	124	70	12 445				
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51				
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	898	585	4	1 480				
Kreditmarktmittel insgesamt	1 106 568			1 105 050				

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	30. November 2010			31. Dezember 2010
		in M	Mio.€	
kurzfristig (bis zu1Jahr)	231 952			234 986
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	347 673			335 073
langfristig (mehr als 4 Jahre)	526944			534991
Kreditmarktmittel insgesamt	1 106 568			1 105 050

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹5- und 10-jährige ILB.

 $^{^2}$ 10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

³Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

 $^{^4}$ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungstatbestände	Belegung am 31. Dezember 2010	Belegung am 31. Dezember 2009					
	in Mrd. €							
Ausfuhren	120,0	109,8	109,9					
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	34,9	30,3					
Bilaterale FZ-Vorhaben	4,6	2,3	1,3					
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5					
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	106,0	136,8					
Internationale Finanzierungsinstitutionen	58,0	53,3	50,6					
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0					
Zinsausgleichsgarantien	6,0	6,0	4,0					
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	-					
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	123,0	-	-					

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2009 bis 2014 Gesamtübersicht

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Soll		Finanzplanung	
			Mr	d. €		
1. Ausgaben	292,3	303,7	305,8	301,0	301,5	301,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,5	3,9	+0,7	- 1,6	+0,2	-0,1
2. Einnahmen ¹	257,7	259,3	257,0	260,6	269,6	276,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-4,7	0,6	- 0,9	+1,4	+3,5	+2,6
darunter:						
Steuereinnahmen	227,8	226,2	229,2	232,8	241,8	250,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-4,8	-0,7	+1,3	+1,6	+3,8	+3,5
3. Finanzierungssaldo	-34,5	-44,4	- 48,8	- 40,5	- 32,0	- 24,5
in % der Ausgaben	11,8	14,6	16,0	13,4	10,6	8,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	269,0	289,0	317,9	318,7	321,1	308,0
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	+ 6,4	- 5,0	- 3,7	- 0,7	+ 0,0	- 0,2
6. Tilgungen (+)	228,5	240,0	273,1	279,2	289,5	284,2
7. Nettokreditaufnahme	-34,1	-44,0	- 48,4	- 40,1	- 31,6	- 24,1
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	27,1	26,1	33,8	29,0	26,4	25,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+11,5	-3,8	+29,8	- 10,2	- 9,1	- 1,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,0	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Januar 2011.

¹ Gem. BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $^{^2\,}Nach\,Abzug\,der\,Finanzierung\,der\,Eigenbestandsveränderung.$

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ausgabeart	Ist	Ist	Soll		Finanzplanung	
			in Mi	o. €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 939	28 196	27 799	27 699	27 550	27 421
Aktivitätsbezüge	20977	21 117	20 749	20611	20 454	20313
Ziviler Bereich	9 2 6 9	9 443	9 2 4 8	9 2 5 6	9 267	9 289
Militärischer Bereich	11 708	11 674	11 501	11 355	11 187	11 024
Versorgung	6 962	7 079	7 050	7 088	7 096	7 108
Ziviler Bereich	2 462	2 459	2 443	2 445	2 431	2 407
Militärischer Bereich	4 500	4 620	4606	4 643	4 665	4 701
Laufender Sachaufwand	21 395	21 494	22 336	22 331	22 554	22 565
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 478	1 544	1 350	1 328	1311	1 313
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 281	10 442	10 429	10 305	10 497	10 453
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 508	10557	10 699	10746	10 798
Zinsausgaben	38 099	33 108	35 343	36 354	40 520	48 016
an andere Bereiche	38 099	33 108	35 343	36 354	40 520	48 016
Sonstige	38 099	33 108	35 343	36 354	40 520	48 016
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 054	33 058	35 302	36313	40 479	47 975
an Ausland	3	8	0	0	0	0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	194 377	188 756	186 513	186 057	185 563
an Verwaltungen	14396	14114	15 094	14563	14800	14783
Länder	8 754	8 579	9354	8 729	8 972	8 982
Gemeinden	18	17	18	9	8	8
Sondervermögen	5 624	5 518	5 721	5 824	5 8 1 9	5 793
Zweckverbände	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	162 892	180 263	173 662	171 950	171 257	170 780
Unternehmen	22 951	24212	25 056	24767	24919	25 732
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 699	29 665	28 159	27 889	26 350	23 828
an Sozialversicherung	105 130	120 831	114657	113 755	114 436	115 667
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 249	1 336	1 584	1 572	1 596	1 604
an Ausland	3 858	4216	4205	3 966	3 954	3 948
an Sonstige	5	3	2	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	264 721	277 175	274 234	272 897	276 681	283 566
Ausgaben der Kapitalrechnung ^a						
Sachinvestitionen	8 504	7 660	7 499	7 505	7 366	7 307
Baumaßnahmen	6 8 3 0	6 242	6014	5 9 6 0	5 745	5 707
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	916	910	898	882	895
Grunderwerb	643	503	576	647	740	704

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ausgabeart	Ist	Ist	Soll		Finanzplanung	
			in Mic	o. €		
Vermögensübertragungen	15 619	15 350	14 975	14 773	14 591	14 415
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 190	14 944	14581	14416	14 234	14 059
an Verwaltungen	5 852	5 209	5 092	4927	4786	4 640
Länder	5 8 0 4	5 142	5 0 3 1	4848	4 693	4 5 4 7
Gemeinden und Gemeindeverbände	48	68	59	77	91	91
Sondervermögen	0	0	2	2	2	2
an andere Bereiche	9 338	9 735	9 489	9 489	9 449	9 4 1 9
Sonstige - Inland	6 462	6 599	6 179	6410	6379	6376
Ausland	2 876	3 136	3 3 1 0	3 079	3 069	3 043
Sonstige Vermögensübertragungen	429	406	394	358	356	356
an andere Bereiche	429	406	394	358	356	356
Sonstige - Inland	148	137	157	138	136	136
Ausland	282	269	237	220	220	220
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 409	3 473	10 250	7 120	4 798	4 582
Darlehensgewährung	2 490	2 663	9 444	6 189	3 8 6 4	3 760
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 490	2 662	9 443	6 188	3 863	3 760
Sozialversicherung	0	0	5 400	2 150	0	0
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	872	1 075	2 368	2 527	2 439	2 228
Ausland	1 618	1 587	1 675	1 511	1 425	1 532
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	806	931	934	822
Inland	13	13	1	1	1	1
Ausland	905	797	805	931	933	822
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ^a	27 532	26 483	32 724	29 399	26 755	26 305
^a Darunter: Investive Ausgaben	27 103	26 077	32 330	29 041	26 398	25 948
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	0	-1 158	-1 296	-1 936	-8 771
Ausgaben zusammen	292 253	303 658	305 800	301 000	301 500	301 100

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2010

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe		Reclining		in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	54 227	48 129	25 376	17 036	-	5 717
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6240	5 958	3 947	1 240	-	771
2	Auswärtige Angelegenheiten	8 695	3 851	491	156	-	3 205
3	Verteidigung	31 707	31 426	16 294	14128	-	1 005
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 486	3 118	2 041	916	-	161
5	Rechtsschutz	373	350	253	82	-	15
6	Finanzverwaltung	3 727	3 426	2 3 5 1	514	-	561
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	14 896	11 807	535	751	-	10 521
13	Hochschulen	2 689	1817	9	9	-	1 798
14	Förderung von Schülern, Studenten	2014	2014	-	-	-	2 014
15	Sonstiges Bildungswesen	547	472	10	69	-	394
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	8 940	6991	516	668	-	5 807
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	705	512	1	4	-	507
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	163 431	162 517	231	350	-	161 936
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	110 596	110 596	60	-	-	110 536
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6 873	6 873	-	-	-	6 8 7 3
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2722	2 446	-	38	-	2 408
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	41 540	41 429	44	249	-	41 136
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	192	192	-	-	-	192
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 509	982	127	63	-	792
3	Gesundheit und Sport	1 255	886	284	266	-	336
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	388	363	155	154	-	53
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	388	363	155	154	-	53
32	Sport	135	115	-	6	-	109
33	Umwelt- und Naturschutz	400	271	83	54	-	133
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	332	138	45	51	-	41
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 114	701	-	31	-	671
41	Wohnungswesen	1 356	678	-	7	-	671
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	745	22	-	22	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 198	684	29	144	-	510
52	Verbesserung der Agrarstruktur	645	170	-	1	-	169
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	334	334	-	62	-	273
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	334	334	-	62	-	273
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	219	180	29	82	_	69

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2010

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
0	Allgemeine Dienste	933	2 578	2 587	6 098	6 072
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	279	2	-	282	282
2	Auswärtige Angelegenheiten	72	2 388	2384	4844	4843
3	Verteidigung	221	60	-	280	255
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	240	128	-	368	368
5	Rechtsschutz	22	1	-	23	23
6	Finanzverwaltung	99	0	203	301	301
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	237	2 841	11	3 089	3 089
13	Hochschulen	0	872	-	873	873
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	75	-	75	75
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	216	1 722	11	1 949	1 949
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	21	172	-	193	193
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	9	904	1	913	534
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.		-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	274	1	276	2
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	106	-	111	5
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	524	-	527	527
3	Gesundheit und Sport	211	158	-	370	370
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	18	8	-	26	26
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	18	8	-	26	26
32	Sport	-	20	-	20	20
33	Umwelt- und Naturschutz	7	123	-	130	130
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	186	9	-	195	195
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 411	2	1 413	1 413
41	Wohnungswesen	-	676	2	678	678
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	12	-	12	12
44	Städtebauförderung	-	723	-	723	723
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	11	502	0	514	514
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	474	0	474	474
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	11	28	-	39	39

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2010

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss		
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €							
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 480	2 675	62	626	-	1 987		
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	768	637	-	448	-	190		
621	Kernenergie	238	164	-	-	-	164		
622	Erneuerbare Energieformen	53	27	-	2	-	25		
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	478	447	-	446	-	1		
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 591	1 574	-	6	-	1 569		
64	Handel	123	123	-	66	-	57		
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	811	18	-	15	-	3		
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 186	322	62	92	-	168		
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 735	3 810	1 033	2 013	-	763		
72	Straßen	7 677	1 078	-	998	-	81		
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 853	917	511	340	-	67		
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	4	-	-	-	4		
75	Luftfahrt	181	180	43	18	-	119		
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 690	1 630	480	658	-	492		
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 073	11 756	-	10	-	11 746		
81	Wirtschaftsunternehmen	10 850	6 532	-	10	-	6 5 2 3		
832	Eisenbahnen	4304	78	-	1	-	77		
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 5 4 6	6 455	-	9	-	6 446		
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 223	5 223	-	-	-	5 223		
873	Sondervermögen	5 223	5 223	-	-	-	5 2 2 3		
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-		
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	34 249	34 210	644	269	33 108	190		
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	228	189	-	-	-	189		
92	Schulden	33 113	33 113	-	5	33 108	-		
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	908	908	644	264	-	0		
Summe al	ller Hauptfunktionen	303 658	277 175	28 196	21 494	33 108	194 377		

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2010

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktion				in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	114	832	859	1 805	1 805
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	74	57	-	131	131
621	Kernenergie	74	-	-	74	74
622	Erneuerbare Energieformen	-	26	-	26	26
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	31	-	31	31
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	16	-	16	16
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	39	755	-	793	793
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	4	859	864	864
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 145	1 780	-	7 926	7 926
72	Straßen	5 163	1 435	-	6 598	6 598
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	935	-	-	935	935
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	331	-	331	331
75	Luftfahrt	1	-	-	1	1
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	46	14	-	60	60
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	4 304	13	4 318	4 318
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4304	13	4318	4318
832	Eisenbahnen	-	4226	-	4226	4 2 2 6
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	78	13	91	91
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	iller Hauptfunktionen	7 660	15 350	3 473	26 483	26 077

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
				Ist-Erg	jebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche								
Vergleichsdaten Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
5	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Veränderung gegenüber Vorjahr								
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
öffentl. Gesamthaushalts ³								
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten								
Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0
nachrichtlich: Schuldenstand ³								
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts noch Tabelle 6: 1969 bis 2011

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
ecge.istana dei naenweisang				Ist-Ergebnisse				Soll
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	305,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	0,
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	257,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	- 0,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 48,
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 48,
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,2	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,0	-0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,
Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15.2	14,7	140	15,1	14.4	142	
öffentl. Gesamthaushalts ³	/6	15,3	14,7	14,8	15,1	14,4	14,2	
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	35,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	6,
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,
Anteil an den Zinsausgaben des	%	58,3	57,9	58,6	60,9	60,8	56,5	
öffentl. Gesamthaushalts ³ Investive Ausgaben	Mrd.€	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	32,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	6,2	-4,4	15,4	-7,2	11,5	-3,8	24,
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	10,
Anteil a. d. investiven Ausgaben des								10,
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,2	33,7	39,9	37,0	25,7	29,7	
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	229,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,7	7,2	12,8	4,0	-4,8	- 0,7	1,
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	74,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,
Anteil am gesamten	%	42,1	41,7	42,8	42,6	43,5	43,0	
Steueraufkommen ³								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	-34,1	- 44,0	- 48,
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	15,
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	149
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des	%	58,6	60,2	103,7	60,5	39,0	61,0	
öffentl. Gesamthaushalts ³ nachrichtlich: Schuldenstand ³								
	Medic	1 / 90 0	15454	1 552 4	1 577 0	16041/2		
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 489,9	1545,4	1 552,4	1577,9	1694 1/2		
darunter: Bund	Mrd.€	903,3	950,3	957,3	985,7	1054		

 $^{^1} Nach \, Abzug \, der \, Erg\"{a}nzungszuweisungen \, an \, L\"{a}nder.$

² Ab 1991 Gesamtdeutschland.

³ Stand Finanzplanungsrat Dezember 2010; 2010 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2004 bis 2010

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	614,7	627,0	638,2	649,2	675,0	727,1	734,5
Einnahmen	549,2	574,5	597,7	648,5	667,7	634,8	645,4
Finanzierungssaldo	-65,5	-52,5	-40,5	-0,6	-7,3	-92,2	-89,0
darunter:							
Bund ²							
Ausgaben	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7
Einnahmen	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3
Finanzierungssaldo	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3
Länder ³							
Ausgaben	257,1	260,0	260,0	265,5	275,1	286,7	286,9
Einnahmen	233,5	237,2	250,1	273,1	274,9	259,5	263,2
Finanzierungssaldo	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-0,2	-27,2	-23,7
Gemeinden ³							
Ausgaben	150,1	153,2	157,4	161,5	168,0	177,2	181,8
Einnahmen	146,2	150,9	160,1	169,7	176,4	170,0	170,7
Finanzierungssaldo	-3,9	-2,2	2,8	8,2	8,4	-7,2	-11,1
			Veränderun	gen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	-0,9	2,0	1,8	1,7	4,0	7,7	1,0
Einnahmen	-0,6	4,6	4,0	8,5	3,0	-4,9	1,7
darunter:							
Bund							
Ausgaben	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9
Einnahmen	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6
Länder							
Ausgaben	-1,0	1,1	0,0	2,1	3,6	4,2	0,1
Einnahmen	1,9	1,6	5,4	9,2	0,7	-5,6	1,4
Gemeinden							
Ausgaben	0,1	2,0	2,8	2,6	4,0	5,4	2,6
Einnahmen	3,3	3,3	6,0	6,0	3,9	-3,6	0,4

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2004 bis 2010

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				Anteile in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,0	-2,3	-1,7	-0,0	-0,3	-3,8	-3,6
darunter:							
Bund	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,4	-1,8
Länder	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,9
Gemeinden	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,4
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,7	-8,4	-6,4	-0,1	-1,1	-12,7	-12,1
darunter:							
Bund	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6
Länder	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,1	-9,5	-8,3
Gemeinden	-2,6	-1,5	1,8	5,1	5,0	-4,0	-6,1
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	27,8	28,0	27,4	26,7	27,2	30,3	29,4
darunter:							
Bund	11,4	11,6	11,2	11,1	11,4	12,2	12,2
Länder	11,6	11,6	11,2	10,9	11,1	12,0	11,5
Gemeinden	6,8	6,8	6,8	6,6	6,8	7,4	7,3
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ⁴	20,1	20,2	21,0	22,1	22,6	21,9	21,1

¹Bund, Länder, Gemeinden (mit Zweckverbänden) und Extrahaushalte. Der ÖGH ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Folgen de Extrahaushalte des Bundes sind berücksichtigt: Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsfonds und -rücklage des Bundes, Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation (BPS-PT), Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), Investitions- und Tilgungsfonds (ITF), Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere, Energie- und Klimafonds, Restrukturierungsfonds.

Stand: Februar 2011.

² Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

 $^{^3\,}Kernhaushalte, bis\,einschließlich\,2007\,Rechnungsergebnisse.\,2008:\,Gemeinden\,Rechnungsergebnisse,\,L\"{a}nder\,Kassenergebnisse.$

 $^{^{\}rm 4}$ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum nominalen BIP.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	. Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublil	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen				
	insgesamt		dav	/on			
	ilisgesailit	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
Jahr		in Mrd. €		in%			
		Bundesrepubli	k Deutschland				
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9		
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0		
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1		
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5		
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2		
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6		
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5		
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4		
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3		
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6		
2010 ²	525,5	251,9	273,6	47,9	52,1		
2011 ²	537,3	260,1	277,3	48,4	51,6		
2012 ²	563,2	281,1	282,1	49,9	50,1		

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: November 2010.

² Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2010.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der I	Finanzstatistik ³
Jahr	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Stederquote	in Relation zu		Abgabenquote
1960	23,0	33,4	22,6	32
1965	23,5	34,1	23,1	32
1970	23,0	34,8	22,4	33
1975	22,8	38,1	23,1	37
1976	23,7	39,5	23,4	38
1977	24,6	40,4	24,5	39
1978	24,2	39,9	24,4	39
1979	23,9	39,6	24,3	39
1980	23,8	39,6	24,3	39
1981	22,8	39,1	23,7	39
1982	22,5	39,1	23,3	39
1983	22,5	38,7	23,2	39
1984	22,6	38,9	23,2	38
1985	22,8	39,1	23,4	39
1986	22,3	38,6	22,9	38
1987	22,5	39,0	22,9	38
1988	22,2	38,6	22,7	38
1989	22,7	38,8	23,4	39
1990	21,6	37,3	22,7	38
1991	22,0	38,9	22,0	38
1992	22,4	39,6	22,7	39
1993	22,4	40,2	22,6	39
1994	22,3	40,5	22,5	39
1995	21,9	40,3	22,5	40
1996	22,4	41,4	21,8	39
1997	22,2	41,4	21,3	39
1998	22,7	41,7	21,7	39
1999	23,8	42,5	22,5	40
2000	24,2	42,5	22,7	40
2001	22,6	40,8	21,1	38
2002	22,3	40,5	20,6	37
2003	22,3	40,6	20,4	37
2004	21,8	39,7	20,1	37
2005	22,0	39,7	20,2	36
2006	22,8	40,0	21,0	37
2007	23,7	40,1	22,1	37
2008	23,8	40,2	22,6	38
2009	23,5	40,6	21,9	37
2010	22,5	39,3	21	:

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2007 bis 2009 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2010. 2010: Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2011.

³ Bis 2007 Rechnungsergebnisse. 2008 und 2009 Kassenergebnisse. 2010 Schätzung; Stand: Dezember 2010.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

	Ausgaben des Staates		
Jahr	insgesamt	darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³
	in Relation zum BIP in %		
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1976	48,3	30,5	17,8
1977	47,9	30,1	17,8
1978	47,0	29,4	17,6
1979	46,5	29,3	17,2
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote 1,2

		Ausgaben des Staates	
Jahr	insgesamt	daru	inter
Jani	insgesamt	Gebietskörperschaften³	Soziaversicherungen ³
		in Relation zum BIP in %	
2000	47,6	26,5	21,1
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002	48,1	26,4	21,7
2003	48,5	26,5	22,0
2004	47,1	25,9	21,2
2005	46,8	26,1	20,8
2006	45,3	25,4	19,9
2007	43,6	24,5	19,1
2008	43,8	24,7	19,0
2009	47,5	26,6	20,9
2010 ⁴	46,6	26,1	20,5

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

2010: Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2011.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).
2006 bis 2009 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2010.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				Schulden (in Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 277 272	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 399	1 553 058	1 579 535	1 694 660
Bund	784615	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 813
Kernhaushalte	725 405	767 697	812 082	887 915	919304	940 187	959918	991 283
Kreditmarktmittel iwS	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	6 0 0 8	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
Kreditmarktmittel iwS	59 210	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 533
Kassenkredite	-	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	392 123	423 666	448 622	471 339	482 818	485 162	484922	526 745
Kernhaushalte	392 123	423 666	448 622	471 339	481 822	484 038	483 572	505 346
Kreditmarktmittel iwS	384773	414952	442 922	468 214	479 489	481 628	480 392	503 009
Kassenkredite	7 350	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	233
Extrahaushalte	-	-	-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	986	1124	1 3 2 5	20 82
Kassenkredite	-	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	100 534	107531	111 796	115 232	112 243	110627	108 864	113 81
Kernhaushalte	93 332	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 03
Kreditmarktmittel iwS	82 662	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 38
Kassenkredite	10 670	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 65
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	49	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	492 657	531 197	560 418	586 571	595 061	595 789	593 786	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 384 000	1 454 000	1 524 000	1 571 000	1 578 000	1 644 000	1 761 00
nachrichtlich:								
Extrahaushalte des Bundes	59210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 441	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	7 49

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			,	Anteil an den S	Schulden (in %))		
Bund	61,4	60,9	60,8	60,6	61,5	61,6	62,4	62,2
Kernhaushalte	56,8	56,5	56,8	59,6	59,5	60,5	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,6	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,7
Länder	30,7	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,7	31,
Gemeinden	7,9	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	38,6	39,1	39,2	39,4	38,5	38,4	37,6	37,8
			Ar	nteil der Schuld	den am BIP (in	%)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	59,6	62,7	64,7	66,4	66,4	63,8	63,6	70,7
Bund	36,6	38,2	39,3	40,3	40,8	39,4	39,7	44,0
Kernhaushalte	33,8	35,5	36,7	39,6	39,5	38,7	38,7	41,4
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,6
Länder	18,3	19,6	20,3	21,0	20,8	19,9	19,5	22,0
Gemeinden	4,7	5,0	5,1	5,1	4,8	4,5	4,4	4,
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	23,0	24,5	25,3	26,2	25,6	24,5	23,9	26,
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,9	65,7	68,0	67,6	64,9	66,3	73,4
				Schulden in	sgesamt (€)			
je Einwohner	15 487	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:								
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 210,9	2 242,2	2 3 2 6, 5	2 432,4	2 481,2	2 397,
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 86

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzur	ng der Volkswirtscha	ıftlichen Gesam	ntrechungen²		Abgrenzung de	r Finanzstatisti
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
		in Mrd. €		i	n Relation zum BIP i	n%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9		
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0		
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,2	-3,9	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-37,1	-42,2	5,1	-1,6	-1,8	0,2	-40,5	-1,7
2007	6,3	-4,6	10,9	0,3	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	2,8	-6,0	8,9	0,1	-0,2	0,4	-7,3	-0,3
2009	-72,7	-59,3	-13,3	-3,0	-2,5	-0,6	-92,3	-3,8
2010 ⁴	-88,6	-90,5	1,9	-3,5	-3,6	0,1	94 1/2	-4

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2007 bis 2009 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2010. 2010: Erstes vorläufiges Jahresergebnis; Stand: Januar 2011.

 $^{^3\,}Ohne\,Sozial versicherungen, ab\,1997\,ohne\,Krankenh\"{a}user.\,2008\,und\,2009\,Kassenergebnisse.\,2010\,Sch\"{a}tzung; Stand: Juli\,2010.$

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in% des BIP													
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012		
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	0,3	0,1	-3,0	-3,7	-2,7	-1,8		
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,8	-0,3	-1,3	-6,0	-4,8	-4,6	-4,7		
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	2,5	-2,8	-1,7	-1,0	-1,9	-2,7		
Griechenland	-	-	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-6,4	-9,4	-15,4	-9,6	-7,4	-7,6		
Spanien	-	-	-	-6,5	-1,1	1,0	1,9	-4,2	-11,1	-9,3	-6,4	-5,5		
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,7	-3,3	-7,5	-7,7	-6,3	-5,8		
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,1	4,7	1,6	0,0	-7,3	-14,4	-32,3	-10,3	-9,1		
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-1,5	-2,7	-5,3	-5,0	-4,3	-3,5		
Zypern	-	-	-	-0,8	-2,3	-2,4	3,4	0,9	-6,0	-5,9	-5,7	-5,7		
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	3,7	3,0	-0,7	-1,8	-1,3	-1,2		
Malta	-	-	-	-4,2	-6,2	-3,0	-2,3	-4,8	-3,8	-4,2	-3,0	-3,3		
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,2	0,6	-5,4	-5,8	-3,9	-2,8		
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,7	-0,4	-0,5	-3,5	-4,3	-3,6	-3,3		
Portugal	-6,9	-8,4	-6,1	-5,0	-3,2	-5,9	-2,8	-2,9	-9,3	-7,3	-4,9	-5,1		
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-1,8	-2,1	-7,9	-8,2	-5,3	-5,0		
Slowenien	-	-	-	-8,4	-3,7	-1,4	0,0	-1,8	-5,8	-5,8	-5,3	-4,7		
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,8	2,7	5,2	4,2	-2,5	-3,1	-1,6	-1,2		
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,1	-2,5	-0,6	-2,0	-6,3	-6,3	-4,6	-3,9		
Bulgarien	-	-	-	-7,4	-0,5	1,0	1,1	1,7	-4,7	-3,8	-2,9	-1,8		
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	4,8	3,2	-2,7	-5,1	-4,3	-3,5		
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,3	-4,2	-10,2	-7,7	-7,9	-7,3		
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-1,0	-3,3	-9,2	-8,4	-7,0	-6,9		
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-1,9	-3,7	-7,2	-7,9	-6,6	-6,0		
Rumänien	-	-	-	-2,1	-4,7	-1,2	-2,6	-5,7	-8,6	-7,3	-4,9	-3,5		
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	3,6	2,2	-0,9	-0,9	-0,1	1,0		
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-0,7	-2,7	-5,8	-5,2	-4,6	-4,2		
Ungarn	-	-	-	-8,7	-3,0	-7,9	-5,0	-3,7	-4,4	-3,8	-4,7	-6,2		
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-5,0	-11,4	-10,5	-8,6	-6,4		
EU	-	-	-	-5,1	-0,4	-2,5	-0,9	-2,3	-6,8	-6,8	-5,1	-4,2		
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-2,4	-2,1	-6,3	-6,5	-6,4	-6,3		
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,8	-6,2	-11,2	-11,3	-8,9	-7,9		

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Ouellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2010. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2010.

 $^{^2 \}mbox{Alle}$ Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land		in% des BIP													
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012			
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	64,9	66,3	73,4	75,7	75,9	75,2			
Belgien	74,1	115,2	125,7	130,4	107,9	92,1	84,2	89,6	96,2	98,6	100,5	102,1			
Estland	-	-	-	9,0	5,1	4,6	3,7	4,6	7,2	8,0	9,5	11,7			
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	103,4	100,3	105,0	110,3	126,8	140,2	150,2	156,0			
Spanien	16,8	42,3	43,6	63,3	59,3	43,0	36,1	39,8	53,2	64,4	69,7	73,0			
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,8	67,5	78,1	83,0	86,8	89,8			
Irland	69,0	100,6	93,1	82,1	37,8	27,4	25,0	44,3	65,5	97,4	107,0	114,3			
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,8	103,6	106,3	116,0	118,9	120,2	119,9			
Zypern	-	-	-	40,6	48,7	69,1	58,3	48,3	58,0	62,2	65,2	68,4			
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	6,7	13,6	14,5	18,2	19,6	20,9			
Malta	-	-	-	35,3	55,9	69,9	61,7	63,1	68,6	70,4	70,8	70,9			
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	45,3	58,2	60,8	64,8	66,6	67,3			
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,5	63,9	59,3	62,5	67,5	70,4	72,0	73,3			
Portugal	29,6	56,5	53,3	59,2	48,7	61,7	62,7	65,3	76,1	82,8	88,8	92,4			
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	29,6	27,8	35,4	42,1	45,1	47,4			
Slowenien	-	-	-	-	-	27,0	23,4	22,5	35,4	40,7	44,8	47,6			
Finnland	11,3	16,0	14,1	56,6	43,8	41,7	35,2	34,1	43,8	49,0	51,1	53,0			
Euroraum	33,5	50,3	56,6	72,5	69,4	70,0	66,0	69,7	79,1	84,1	86,5	87,8			
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	17,2	13,7	14,7	18,2	20,2	20,8			
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	27,3	34,1	41,5	44,9	47,5	49,2			
Lettland	-	-	-	15,1	12,3	12,4	9,0	19,7	36,7	45,7	51,9	56,6			
Litauen	-	-	-	11,5	23,7	18,4	16,9	15,6	29,5	37,4	42,8	48,3			
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	45,0	47,1	50,9	55,5	57,2	59,6			
Rumänien	-	-	-	7,0	22,5	15,8	12,6	13,4	23,9	30,4	33,4	34,1			
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,2	53,2	50,2	40,0	38,2	41,9	39,9	38,9	37,5			
Tschechien	-	-	-	14,6	18,5	29,7	29,0	30,0	35,3	40,0	43,1	45,2			
Ungarn	-	-	-	85,4	54,9	61,8	66,1	72,3	78,4	78,5	80,1	81,6			
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	51,2	41,0	42,5	44,5	52,1	68,2	77,8	83,5	86,6			
EU	-	-	-	69,7	63,1	62,7	58,8	61,8	74,0	79,1	81,8	83,3			
Japan	51,5	67,7	68,0	92,4	142,1	191,6	187,7	194,7	188,9	192,3	195,9	199,0			
USA	42,4	56,1	64,3	71,6	55,1	61,9	62,4	71,5	84,7	92.2	98,4	102,1			

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2010; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2010.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Lond		Steuern in % des BIP													
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009				
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,7	20,9	21,8	22,8	23,1	22,6				
Belgien	21,3	27,6	30,3	28,0	29,2	30,9	30,9	30,8	30,2	30,2	28,8				
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	49,7	48,6	48,0	47,2	47,2				
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,9	31,6	31,1	31,0	30,3				
Frankreich	22,4	21,0	24,3	23,5	24,5	28,4	27,7	27,7	27,4	27,1	25,5				
Griechenland	12,2	13,7	16,4	18,3	19,5	23,6	20,5	20,5	20,6	20,3	19,4				
Irland	23,3	24,8	29,5	28,2	27,8	27,1	25,8	27,2	26,2	23,7	22,3				
Italien	16,8	13,7	22,0	25,4	27,5	30,2	28,3	29,8	30,4	29,8	29,7				
Japan	14,2	14,8	18,9	21,3	17,8	17,5	17,3	17,7	18,0	17,3					
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,4	28,4	28,2	27,6	26,1				
Luxemburg	18,8	23,1	29,0	26,0	27,3	29,1	27,1	25,8	25,8	25,5	26,2				
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,4	25,1	25,3	24,6					
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,6	35,2	34,7	33,7	31,2				
Österreich	25,4	26,5	27,8	26,6	26,5	28,5	27,8	27,4	27,9	28,4	27,9				
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	20,7	21,8	22,8	22,9					
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	22,7	23,4	23,9	23,7					
Schweden	29,3	33,3	35,6	38,0	34,4	37,9	35,8	36,0	35,0	34,8	35,1				
Schweiz	14,9	18,6	19,7	19,7	20,2	22,7	22,2	22,5	22,2	22,4	23,2				
Slowakei	-	-	-	-		20,0	18,8	17,7	17,7	17,4	16,7				
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,2	23,7	24,6	25,2	21,1	18,6				
Tschechien	-	-	-	-	22,0	19,7	21,5	20,8	21,1	20,0	19,5				
Ungarn	-	-	-	-	26,6	27,2	25,7	25,2	26,7	27,1	26,8				
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,0	29,8	29,5	28,9	27,5				
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	20,5	21,3	21,4	19,5	17,5				

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2009, Paris 2010.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ der \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgaben quoten im internationalen Vergleich¹

Lond	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP												
Land	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009			
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	35,4	36,0	37,0	37,0			
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,7	44,6	44,3	43,8	44,2	43,2			
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	50,8	49,6	49,0	48,2	48,2			
Finnland	31,6	35,8	43,7	45,7	47,2	43,9	43,8	43,0	43,1	43,1			
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,9	44,0	43,5	43,2	41,9			
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,8	31,7	32,3	32,6	29,4			
Irland	28,5	31,0	33,1	32,5	31,3	30,4	31,8	30,9	28,8	27,8			
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,2	40,8	42,3	43,4	43,3	43,5			
Japan	19,6	25,1	29,0	26,8	27,0	27,4	28,0	28,3	28,1				
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,4	33,3	33,0	32,3	31,1			
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	37,6	35,6	35,7	35,5	37,5			
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,6	38,4	39,1	38,7	39,1				
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,5	44,0	43,8	42,6	41,0			
Österreich	33,8	38,9	39,7	41,4	43,2	42,4	41,9	42,1	42,7	42,8			
Polen	-	-	-	36,2	32,8	33,0	34,0	34,8	34,3				
Portugal	17,8	22,2	26,9	32,1	32,8	33,7	34,4	35,2	35,2				
Schweden	37,9	46,5	52,2	47,5	51,4	48,9	48,3	47,4	46,3	46,4			
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,2	29,3	28,9	29,1	30,3			
Slowakei	-	-	-	-	34,1	31,5	29,4	29,4	29,3	29,3			
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	35,7	36,6	37,3	33,3	30,7			
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,5	37,0	37,3	36,0	34,8			
Ungarn	-	-	-	41,3	38,5	37,4	37,2	39,7	40,2	39,1			
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	35,7	36,5	36,2	35,7	34,3			
USA	27,0	26,4	27,4	27,9	29,5	27,1	27,9	27,9	26,1	24,0			

 $^{^{1}}$ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2009, Paris 2010.

 $^{^2\,}Nicht\,vergleich bar\,mit\,Quoten\,in\,der\,Abgrenzung\,der\,Volkswirtschaftlichen\,Gesamtrechnung\,oder\,der\,deutschen\,Finanzstatistik,$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP											
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
5	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43,5	43,8	47,5	46,7	45,6	44,5
Deutschland 1		52,3	52,2	49,1	52,1	48,6	48,4	50,1			52,9	
Belgien	58,5	52,5	41,3	36,1	33,6	33,6	34,4	39,9	54,1 45,1	53,1	42,0	53,0
Estland	46 E	48,2				48,9	_	49,3	55,8			
Finnland	46,5	49,5	61,4	48,3	50,0		47,2			55,8	54,9	55,0
Frankreich	51,8		54,4	51,6		52,7	52,3	52,8	56,0	56,5		55,8
Griechenland	-	44,8	45,7	46,6	43,8	44,9	46,2	49,1	53,2	49,8	49,3	49,2
Irland	53,2	42,8	41,1	31,3	34,0	34,5	36,8	42,7	48,9	67,5	45,2	43,8
Italien	49,8	52,9	52,5	46,1	48,1	48,7	47,9	48,9	51,9	51,0	50,0	49,4
Luxemburg	-	37,7	39,7	37,6	41,5	38,6	36,2	36,9	42,2	42,9	42,7	42,7
Malta	-	-	39,7	41,0	44,8	43,8	42,4	44,8	43,9	44,6	44,1	44,3
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,5	45,2	46,0	51,4	51,7	50,7	49,5
Österreich	53,5	51,5	56,2	52,0	50,1	49,3	48,3	48,7	52,3	52,7	52,3	52,1
Portugal	37,5	38,5	41,5	41,1	45,8	44,5	43,7	43,5	48,1	49,3	46,8	46,9
Slowenien	-	-	52,6	46,7	45,2	44,5	42,4	44,1	49,0	49,7	49,0	48,3
Spanien	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,3	45,8	45,7	43,4	42,9
Zypern	-	-	33,1	37,0	43,6	43,4	42,2	42,5	45,8	46,1	46,1	46,2
Euroraum	-	-	50,5	46,2	47,3	46,6	45,9	46,9	50,8	50,8	49,4	48,7
Bulgarien	-	-	45,4	41,3	39,7	34,4	39,7	37,6	40,6	38,0	37,1	36,0
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,5	50,8	51,9	58,3	57,9	56,9	56,1
Lettland	-	31,6	38,6	37,3	35,6	38,1	35,7	38,8	43,9	42,7	41,7	39,7
Litauen	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	43,6	42,7	41,5	41,8
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,2	44,4	46,2	45,5	44,6
Rumänien	-	-	36,5	38,6	33,6	35,5	36,2	38,2	41,0	40,2	37,2	36,4
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	52,6	50,9	51,5	54,6	52,9	51,6	50,5
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	36,6	34,3	35,0	41,5	40,0	38,0	37,4
Tschechien	-	-	54,5	41,8	45,0	43,8	42,5	42,9	46,0	45,8	44,9	44,1
Ungarn		-	55,7	46,7	50,2	52,0	50,0	48,9	50,5	48,9	47,4	46,9
Vereinigtes Königreich	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	44,2	43,9	47,5	51,7	51,1	49,5	47,9
EU-27	-	-	50,2	44,8	46,8	46,3	45,6	46,9	50,8	50,6	49,2	48,4
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,8	38,9	42,2	43,2	41,2	40,3
Japan	32,7	31,6	36,0	39,0	38,4	36,2	35,9	37,1	40,2	40,4	40,7	41,4

¹1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: November 2010.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

		EU-Haush	alt 2010 ¹			EU-Haus	shalt 2011 ²	
	Verpflicht	ıngen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlungen	
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 249,4	45,4	47 714,1	38,8	64501,2	45,5	53 328,2	42,1
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	-	-	500,0	0,4	47,7	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 498,8	42,1	58 135,6	47,3	58 659,2	41,4	56 409,3	44,6
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 687,5	1,2	1 411,0	1,1	1 821,9	1,3	1 460,2	1,2
4. Die EU als globaler Akteur	8 141,0	5,8	7 787,7	6,3	8 754,3	6,2	7 249,0	5,7
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	248,9	0,2	248,9	0,2	253,9	0,2	100,0	0,1
5. Verwaltung	7 908,0	5,6	7 907,5	6,4	8 081,7	5,7	8 080,4	6,4
Gesamtbetrag	141 484,8	100,0	122 955,9	100,0	141 818,3	100,0	126 574,8	100,0

¹ EU-Haushalt 2010 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-7/2010).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

	Differen	nz in %	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	0,4	11,8	251,7	5 614,1
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	47,7
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-1,4	-3,0	-839,6	-1 726,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	8,0	3,5	134,3	49,2
4. Die EU als globaler Akteur	7,5	- 6,9	613,3	-538,7
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	- 59,8	5,0	- 148,9
5. Verwaltung	2,2	2,2	173,7	172,9
Gesamtbetrag	0,2	2,9	333,5	3 618,9

² EU-Haushalt 2011 (neuer Haushaltsentwurf der EU-Kommission vom 26. November 2010).

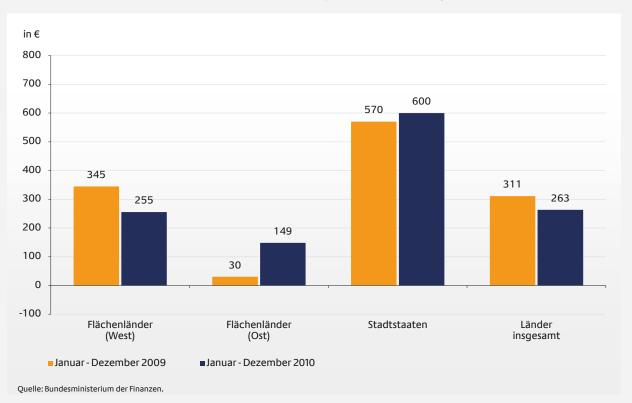
ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2010 im Vergleich zum Jahressoll 2010

	Flächenlän	der (West)	Flächenlär	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	io.€			
Bereinigte Einnahmen	178 485	187 017	49 985	50 181	31 350	33 623	253 931	265 06
darunter:								
Steuereinnahmen	134870	141 620	25 5 1 9	26 139	18 959	20 674	179 348	188 43
Übrige Einnahmen	43 614	45 396	24 465	24 042	12 391	12 949	74583	76 62
Bereinigte Ausgaben	203 610	203 106	53 145	52 096	37 473	37 155	288 341	286 59
darunter:								
Personalausgaben	79 277	78 472	13 009	12 112	10964	11 362	103 250	101 94
Lfd. Sachaufwand	13 342	13 745	3 827	3 572	7 840	8 197	25 009	25 51
Zinsausgaben	13 761	13 062	3 187	2 804	4110	3 740	21 058	19 60
Sachinvestitionen	4920	4521	2 074	1 776	1 252	1 028	8 2 4 6	7 32
Zahlungen an Verwaltungen	55 997	56 600	18 942	19 134	715	801	69 766	70 77
Übrige Ausgaben	36314	36 706	12 107	12 697	12 592	12 027	61 012	61 43
Finanzierungssaldo	-25 123	-16 089	-3 160	-1 915	-6 116	-3 531	-34 399	-21 53

Abbildung 1: Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2009/2010



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2010

		D	ezember 200	9	No	in Mio. € vember 2010)	Г	ezember 2010)
Lfd.										
Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	257 742	259 322	499 556	217 455	230 428	433 266	259 293	265 060	507 646
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	252 725	246 054	498 779	212 548	217 418	429 966	253 716	249 670	503 386
111	Steuereinnahmen	227 835	188 721	416 556	191 561	164875	356 436	226 189	188 434	414 62
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	10310	45 880	56 190	2 416	42 596	45 012	7924	49 196	57 120
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	4418	4 418	-	1 994	1 994	-	2 536	2 530
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	5 0 1 7	13 268	18 285	4907	13 010	17917	5 577	15 390	20 96
121	Veräußerungserlöse	3 101	420	3 521	2 595	316	2911	3 200	409	3 60
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	2 2 1 1	74	2 284	2 106	67	2 173	2 277	73	2 350
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	372	8 864	9 2 3 6	431	9 829	10 259	430	11 402	11 83
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	292 253	284 792	559 538	278 005	256 500	519 888	303 658	286 595	573 54
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	264721	245 078	509 800	256 249	229 315	485 564	277 175	251 026	528 20
211	Personalausgaben	27940	98 912	126 851	26 729	96 085	122 814	28 196	101 946	130 14
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	7 554	27 583	35 137	7 348	27 213	34 561	7 692	28 760	36 45
212	Laufender Sachaufwand	19913	24 601	44 515	17 030	22 432	39 462	20 162	25 514	45 67
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	9 1 4 7	16359	25 505	7 941	14775	22 716	9 232	16977	26 20
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	38 099	19 962	58 061	32 477	18 546	51 023	33 108	19 605	52 71
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	14396	56 459	70 855	12 702	48 472	61 173	14113	57 144	71 25
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	- 201	- 201	-	- 389	- 389	-	- 321	-32
2142	Zuweisungen an Gemeinden	18	52 755	52 773	15	45 608	45 623	17	52 355	52 37
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	27 532	39714	67 246	21 755	27 186	48 941	26 483	35 569	62 05
221	Sachinvestitionen	8 504	7 047	15 551	5 948	5 479	11 427	7 660	7 3 2 6	1498
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	5 853	11 591	17 444	4148	10 250	14398	5210	13 630	18 83
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	27 103	39 275	66 377	21 363	26 727	48 090	26 077	35 088	61 16

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2010

						in Mio. €				
		D	ezember 200	9	Nov	vember 2010)	C	Dezember 201	0
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-34 461 ²	-25 470	-59 931	-60 499 ²	-26 072	-86 571	-44 323	² -21 536	-65 85
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	264 021	86 218	350 239	273 405	78 154	351 559	284033	90 135	374 16
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	229 873	71 344	301 217	221 672	72 248	293 920	240 022	76 786	316 80
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	34148	14874	49 022	51 733	5 905	57 639	44 011	13 349	57 36
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-7985	2 414	-5 571	-10 036	4 2 6 9	-5 767	-14633	6 701	-7 93
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	14371	14371	-	14 109	14109	-	13 344	13 34
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	7 985	- 845	7 140	10037	-6 689	3 3 4 8	14634	-4 058	10 57

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2010

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ^{3,4}	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
I	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	34 845	40 546 ª	9 517	18 708	6 656	22 653	48 824	11 545	2 90
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	33 295	38 442	8 803	17 929	6 070	21 576	46 113	10 976	2 84
111	Steuereinnahmen	24799	31 043	5 130	14884	3 308	16611	38 002	8 372	2 07
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	6 419	3 781	3 142	1 884	2 435	2 747	5 148	1 901	63
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	180	-	154	144	113	150	2
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	438	-	394	234	257	269	9
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 550	2 104 a	714	779	586	1 076	2711	569	6
121	Veräußerungserlöse	54	13	21	23	3	14	13	1	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	5	-	-	12	2	-	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 078	1 614	453	678	397	931	2 118	445	į
	Bereinigte Ausgaben ¹	25.654	44.004 h	0.700	20.475		24.524	54.000	42.460	
2	für das laufende Haushaltsjahr	35 654	41 801 b	9 798	20 475	6 827	24 534	54 983	13 469	3 87
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	31 721	36 506 b	8 162	18 389	5 637	22 350	49 068	11 803	3 32
211	Personalausgaben	14022	17 101	2 136	7722	1 657	9410 2	20 466 ²	5 150	133
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4420	4929	147	2 498	97	2 930	6 833	1 553	50
212	Laufender Sachaufwand	1 975	3 137 e	612	1 670	420	1 771	3 439	981	22
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 649	2 527 °	500	1 315	374	1510	2 511	819	20
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 830	1 038 f	632	1 332	381	1864	4 474	1 060	49
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	8 826	10 827	3 007	4 609	2 063	5 616	12 568	2 766	46
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	1 145	3 600	-	1 584	-	-	98	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	7 624	7 141	2 556	2 992	1 735	5 615	11 080	2 605	4!
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	3 933	5 295	1 636	2 086	1 190	2 185	5915	1 666	54
221	Sachinvestitionen	860	1 671	86	733	274	351	479	140	4
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 803	1 894	711	848	510	679	3 049	741	1
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	3 864	5 228	1 636	2 049	1 190	2 185	5 754	1 643	5

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2010

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 809	-1 255 °	- 281	-1 767	- 171	-1 882	-6 160	-1 924	- 96
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	7303	5 065 d	3 113	5 580	504	7 669	22 640	8 055	128
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	5 663	3 374	3 750	3 838	1 355	6 648	20 698	6 238	80
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	1 639	1 691 d	- 638	1 742	- 851	1 021	1 943	1817	48
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	365	-	-	-	4 462	990	32
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	937	1 592	235	826	1 062	1 897	684	1	34
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-981	-	- 182	801	8	1 509	-2 514	- 989	- 12

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Ohne Januar-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 24,3 Mio. €, b 282,6 Mio. €, c -258,3 Mio. €, d 1589,2 Mio. €, e 1,4 Mio. €, f 281,2 Mio. €.

⁴BY - zu Nr. 43: Die haushaltsmäßige NKA für den allgemeinen Haushalt beträgt Null. Der angegebene Wert ist lediglich ein valutarischer Wert und setzt sich zusammen aus der restlichen Aufnahme der im Nachtragshaushalt 2008 bewilligten Kredite für den Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB sowie aus der Inanspruchnahme von aus den vergangenen Jahren aufgeschobenen Anschlussfinanzierungen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2010

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	16 078	9 231	7 976	8 699	20 254	3 301	10 157	265 060
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	14230	8 490	7 648	7 956	19 225	3 126	9 787	249 670
111	Steuereinnahmen	8 428	4723	5 834	4 5 5 1	10 479	2 01 1	8 184	188 434
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 154	3 270	1 328	2 930	6 953	759	706	49 196
1121	darunter: Allgemeine BEZ	337	194	-	188	887	143	-	2 536
1122	Länderfinanzausgleich ¹	809	468	135	447	2 924	370	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 848	741	329	744	1 029	175	369	15 390
121	Veräußerungserlöse	0	4	3	14	222	0	20	409
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	2	1	-	47	0	2	73
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 485	496	253	421	561	129	294	11 402
_	Bereinigte Ausgaben ¹	16 255	0.038	9 306	9 288	21.670	4 525	11 038	386 505
2	für das laufende Haushaltsjahr	16 255	9 928	9 300	9 200	21 670	4 535	11 036	286 595
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	12 762	8 377	8 323	7 806	19814	3 985	9 839	251 026
211	Personalausgaben	3 596	2 395	3 268	2 327	6 461	1 372	3 529	101 946
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	171	152	1 123	134	1 584	449	1 232	28 760
212	Laufender Sachaufwand	945	895	545	701	4927	711	2 5 5 9	25 514
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	683	360	470	413	2 383	335	931	16977
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	368	780	969	644	2 202	658	880	19 605
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 135	2 555	2312	2 645	270	108	209	57 144
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	88	- 321
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 906	2 129	2 240	2 262	8	4	9	52 355
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	3 493	1 551	983	1 482	1 856	550	1 199	35 569
221	Sachinvestitionen	810	265	241	342	426	101	502	7326
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 373	658	405	479	122	153	27	13 630
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	3 494	1 551	982	1 479	1 773	545	1 182	35 088

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2010

					in M	1io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 176	- 698	-1 329	- 589	-1 416	-1 234	- 881	-21 536
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	964	4 420	4266	2 453	10 773	6 045	-	90 135
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	1 440	3 681	3 2 1 4	1 928	9 150	5 006	-	76 786
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 476	739	1 052	525	1 623	1 039	-	13 349
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	317	-	-32	-	276	2	6 701
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 730	62	-	101	335	419	2 120	13 344
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 61	-333	- 381	288	9	- 222	-881	-4 058

 $^{^{1}}$ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Ohne Januar-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 24,3 Mio. €, b 282,6 Mio. €, c -258,3 Mio. €, d 1589,2 Mio. €, e 1,4 Mio. €, f 281,2 Mio. €.

⁴BY - zu Nr. 43: Die haushaltsmäßige NKA für den allgemeinen Haushalt beträgt Null. Der angegebene Wert ist lediglich ein valutarischer Wert und setzt sich zusammen aus der restlichen Aufnahme der im Nachtragshaushalt 2008 bewilligten Kredite für den Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB sowie aus der Inanspruchnahme von aus den vergangenen Jahren aufgeschobenen Anschlussfinanzierungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,4	2,7	3,1	18,2
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,7	1,0	1,0	18,7
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,0	-0,4	-0,2	19,0
2009	40,3	0,0	53,0	3,2	7,4	-4,7	-4,7	-2,2	17,6
2010	40,5	0,5	53,0	2,9	6,8	3,6	3,1	1,0	17,8
2005/00	39,0	-0,2	51,8	3,8	8,8	0,6	0,8	1,3	18,8
2010/05	39,8	0,8	52,7	3,6	8,4	1,1	0,3	0,5	18,1

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

 $^{^3}$ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^4\,{\}rm Anteil\,der\,Bruttoan lage investitionen\,am\,Bruttoin lands produkt\,(nominal)}.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	ı .		
1991							
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,4	0,6	-1,4	1,2	1,4	1,6	-0,8
2006	3,8	0,4	-1,4	0,9	1,1	1,6	-1,7
2007	4,6	1,8	0,5	1,7	1,9	2,3	-0,2
2008	2,0	1,0	-1,2	1,6	1,8	2,6	2,4
2009	-3,4	1,4	4,0	0,0	0,0	0,4	5,7
2010	4,2	0,6	-2,2	1,4	1,8	1,1	-1,3
2005/00	1,7	1,1	0,2	1,1	1,4	1,5	0,1
2010/05	2,2	1,0	-0,1	1,1	1,3	1,6	0,9

 $^{^{1}} Ohne\,private\,Organisationen\,ohne\,Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mr	d. €		Anteile	am BIP in %	
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,5	8,9	118,9	116,8	41,1	35,8	5,3	5,2
2006	14,5	14,9	133,0	153,8	45,4	39,7	5,7	6,6
2007	8,1	5,0	172,8	186,5	46,9	39,8	7,1	7,7
2008	3,2	5,2	159,5	166,6	47,5	41,0	6,4	6,7
2009	-16,9	-15,5	118,5	119,7	40,8	35,9	4,9	5,0
2010	17,1	18,6	126,2	119,3	45,9	40,9	5,1	4,8
2005/00	6,0	3,3	77,5	47,7	36,5	33,0	3,6	2,1
2010/05	4,5	4,9	138,1	143,8	44,6	38,8	5,8	6,0

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno	quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer)
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
	Ve	eränderung in % p.a	a.	in	%	Veränderu	ng in % p.a.
1991				71,0	71,0		
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,2
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0
2005	1,3	5,5	-0,6	66,7	68,3	0,3	-1,0
2006	5,0	11,5	1,7	64,6	66,2	1,0	-1,2
2007	3,3	4,3	2,7	64,3	65,8	1,6	-0,6
2008	1,8	-1,4	3,6	65,4	66,8	2,2	-0,4
2009	-4,2	-12,6	0,2	68,4	69,9	-0,2	-0,3
2010	6,0	13,2	2,6	66,3	67,6	2,2	1,4
2005/00	2,1	5,9	0,5	70,2	71,3	1,1	0,1
2010/05	2,3	2,6	2,2	65,9	67,4	1,3	-0,2

 $^{^1}$ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche '	/eränderun	igen in %				
Lallu	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	0,8	2,7	1,0	- 4,7	3,7	2,2	2,0
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,7	2,9	1,0	- 2,8	2,0	1,8	2,0
Estland	2,5	0,0	2,1	4,5	2,3	4,3	1,3	- 2,3	- 4,2	-3,0	1,1
Griechenland	2,3	3,8	2,8	5,0	3,6	3,6	0,9	-3,7	- 0,2	0,7	1,7
Spanien	1,7	2,6	2,1	3,9	1,9	2,4	0,2	- 2,6	1,6	1,6	1,8
Frankreich	3,1	7,6	9,8	9,7	6,0	5,6	- 3,5	- 7,6	- 0,2	0,9	1,9
Irland	2,8	2,1	2,8	3,7	0,7	1,5	- 1,3	- 5,0	1,1	1,1	1,4
Italien	-	-	9,9	5,0	3,9	5,1	3,6	- 1,7	0,5	1,5	2,2
Zypern	2,9	5,3	1,4	8,4	5,4	6,6	1,4	-3,7	3,2	2,8	3,2
Luxemburg	-	-	6,2	6,4	4,0	3,7	2,6	- 2,1	3,1	2,0	2,2
Malta	2,3	4,2	3,1	3,9	2,0	3,9	1,9	- 3,9	1,7	1,5	1,7
Niederlande	2,5	4,2	2,5	3,7	2,5	3,7	2,2	- 3,9	2,0	1,7	2,1
Österreich	1,6	7,9	2,3	3,9	0,8	2,4	0,0	- 2,6	1,3	- 1,0	0,8
Portugal	-	-	5,8	1,4	6,7	10,5	5,8	- 4,8	4,1	3,0	3,9
Slowakei	-	-	4,1	4,4	4,5	6,9	3,7	- 8,1	1,1	1,9	2,6
Slowenien	3,3	0,5	4,0	5,3	2,9	5,3	0,9	- 8,0	2,9	2,9	2,3
Finnland	2,3	3,5	2,4	3,9	1,7	2,9	0,4	- 4,1	1,7	1,5	1,8
Euroraum	-	-	2,9	5,7	6,4	6,4	6,2	- 4,9	- 0,1	2,6	3,8
Bulgarien	4,0	1,6	3,1	3,5	2,4	1,6	- 1,1	- 5,2	2,3	1,9	1,8
Dänemark	-	-	4,5	10,0	9,4	6,9	- 5,1	- 13,9	2,4	4,4	3,5
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	10,6	10,0	- 4,2	- 18,0	-0,4	3,3	4,0
Litauen	-	-	3,3	3,3	7,8	9,8	2,9	- 14,7	0,4	2,8	3,2
Polen	-	-	7,0	4,3	3,6	6,8	5,1	1,7	3,5	3,9	4,2
Rumänien	-	-	7,1	2,4	4,2	6,3	7,3	- 7,1	- 1,9	1,5	3,8
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,5	3,2	3,3	- 0,4	- 5,1	4,8	3,3	2,3
Tschechien	-	-	5,9	3,6	6,3	6,1	2,5	- 4,1	2,4	2,3	3,1
Ungarn	-	-	1,5	4,9	3,2	0,8	0,8	- 6,7	1,1	2,8	3,2
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,1	3,9	2,2	2,7	- 0,1	- 5,0	1,8	2,2	2,5
EU	2,5	3,0	2,5	3,9	2,0	3,0	0,5	- 4,2	1,8	1,7	2,0
Japan	6,3	5,6	1,9	2,9	1,9	2,4	- 1,2	- 5,2	3,5	1,3	1,7
USA	4,1	1,9	2,5	4,2	3,1	1,9	0,0	- 2,7	2,7	2,1	2,5

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2010. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

			jährlich	ne Veränderunge	n in %		
Land	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	1,8	2,3	2,8	0,2	1,1	1,8	2,0
Belgien	2,3	1,8	4,5	0,0	2,3	1,9	1,9
Estland	4,4	6,7	10,6	0,2	2,7	3,6	2,3
Griechenland	3,3	3,0	4,2	1,3	4,6	2,2	0,5
Spanien	3,6	2,8	4,1	-0,2	1,7	1,5	1,4
Frankreich	1,9	1,6	3,2	0,1	1,7	1,6	1,6
Irland	2,7	2,9	3,1	- 1,7	- 1,5	0,4	0,6
Italien	2,2	2,0	3,5	0,8	1,6	1,8	1,9
Zypern	2,2	2,2	4,4	0,2	2,8	3,3	2,5
Luxemburg	3,0	2,7	4,1	0,0	2,8	2,1	1,6
Malta	2,6	0,7	4,7	1,8	1,9	2,0	2,3
Niederlande	1,7	1,6	2,2	1,0	1,0	1,5	1,6
Österreich	1,7	2,2	3,2	0,4	1,7	2,1	1,8
Portugal	3,0	2,4	2,7	-0,9	1,4	2,3	1,3
Slowakei	4,3	1,9	3,9	0,9	0,7	3,2	2,8
Slowenien	2,5	3,8	5,5	0,9	2,1	2,0	2,2
Finnland	1,3	1,6	3,9	1,6	1,6	2,1	1,8
Euroraum	2,2	2,1	3,3	0,3	1,5	1,8	1,7
Bulgarien	7,4	7,6	12,0	2,5	2,9	3,2	3,1
Dänemark	1,9	1,7	3,6	1,1	2,2	2,1	2,0
Lettland	6,6	10,1	15,3	3,3	- 1,3	1,1	1,8
Litauen	3,8	5,8	11,1	4,2	1,2	2,3	2,8
Polen	1,3	2,6	4,2	4,0	2,6	2,9	3,0
Rumänien	6,6	4,9	7,9	5,6	6,1	5,5	3,2
Schweden	1,5	1,7	3,3	1,9	1,8	1,4	1,9
Tschechien	2,1	3,0	6,3	0,6	1,2	2,1	2,2
Ungarn	4,0	7,9	6,0	4,0	4,7	3,9	3,7
Vereinigtes Königreich	2,3	2,3	3,6	2,2	3,2	2,6	1,4
EU	2,3	2,4	3,7	1,0	2,0	2,1	1,8
Japan	0,3	0,0	1,4	-1,4	- 0,9	-0,7	0,0
USA	3,2	2,8	3,8	-0,4	1,6	1,1	1,5

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

land				ir	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	10,7	8,4	7,3	7,5	7,3	6,7	6,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,5	7,0	7,9	8,6	8,8	8,7
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	4,7	5,5	13,8	17,5	15,1	13,6
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,3	7,7	9,5	12,5	15,0	15,2
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,3	11,3	18,0	20,1	20,2	19,2
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	8,4	7,8	9,5	9,6	9,5	9,2
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	4,6	6,3	11,9	13,7	13,5	12,7
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,1	6,7	7,8	8,4	8,3	8,2
Zypern	-	-	2,6	4,9	5,3	4,0	3,6	5,3	6,8	6,6	5,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,2	4,9	5,1	5,5	5,6	5,6
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,2	6,4	5,9	7,0	6,6	6,6	6,5
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,6	3,1	3,7	4,5	4,4	4,3
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,4	3,8	4,8	4,4	4,2	4,0
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	8,1	7,7	9,6	10,5	11,1	11,2
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	11,1	9,5	12,0	14,5	14,2	13,4
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	4,9	4,4	5,9	7,2	7,2	6,6
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,9	6,4	8,2	8,3	7,8	7,2
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,3	9,0	7,5	7,5	9,5	10,1	10,0	9,6
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	6,9	5,6	6,8	9,8	9,1	8,0
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,8	3,3	6,0	6,9	6,3	5,8
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	6,0	7,5	17,1	19,3	17,7	16,2
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	4,3	5,8	13,7	17,8	16,9	15,1
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	9,6	7,1	8,2	9,5	9,2	8,5
Rumänien	-	-	6,0	7,3	7,2	6,4	5,8	6,9	7,5	7,4	7,0
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,6	6,1	6,2	8,3	8,3	8,0	7,5
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	5,3	4,4	6,7	7,3	7,0	6,7
Ungarn	-	-	10,0	6,4	7,2	7,4	7,8	10,0	11,1	11,0	10,3
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,3	5,6	7,6	7,8	7,9	7,8
EU	9,4	7,2	10,0	7,7	8,2	7,2	7,0	8,9	9,6	9,5	9,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	3,9	4,0	5,1	5,1	4,9	4,8
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	5,8	9,3	9,6	9,4	9,0

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2010. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

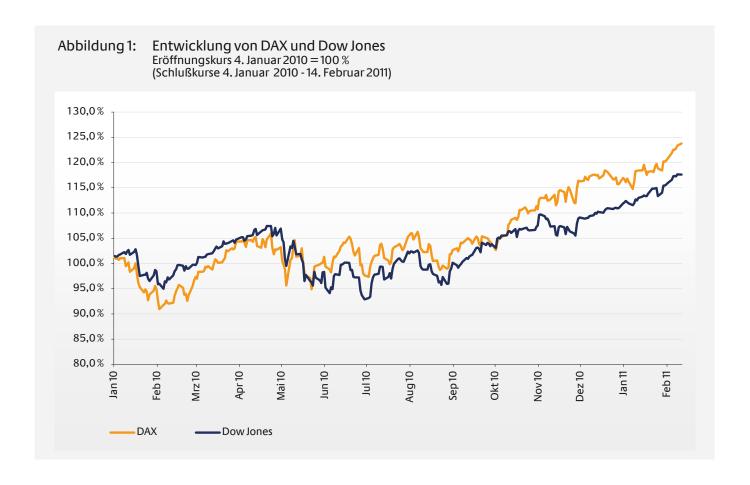
Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoir	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	gsbilanz	
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %				in % des n ruttoinlar	ominalen idprodukts	5
	2008	2009	2010 ¹	2011 ¹	2008	2009	2010 ¹	2011 ¹	2008	2009	2010 ¹	2011 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	5,3	-6,5	4,3	4,6	15,6	11,2	7,0	7,9	4,9	2,6	3,8	3,0
darunter												
Russische Föderation	5,2	-7,9	4,0	4,3	14,1	11,7	6,6	7,4	6,2	4,0	4,7	3,7
Ukraine	2,1	-15,1	3,7	4,5	25,2	15,9	9,8	10,8	-7,1	-1,5	-0,4	-1,3
Asien	7,7	6,9	9,4	8,4	7,5	3,1	6,1	4,2	5,9	4,1	3,0	3,0
darunter												
China	9,6	9,1	10,5	9,6	5,9	-0,7	3,5	2,7	9,6	6,0	4,7	5,1
Indien	6,4	5,7	9,7	8,4	8,3	10,9	13,2	6,7	-2,0	-2,9	-3,1	-3,1
Indonesien	6,0	4,5	6,0	6,2	9,8	4,8	5,1	5,5	0,0	2,0	0,9	0,1
Korea	2,3	0,2	6,1	4,5	4,7	2,8	3,1	3,4	-0,6	5,1	2,6	2,9
Thailand	2,5	-2,2	7,5	4,0	5,5	-0,8	3,0	2,8	0,6	7,7	3,6	2,5
Lateinamerika	4,3	-1,7	5,7	4,0	7,9	6,0	6,1	5,8	-0,7	-0,6	-1,2	-1,6
darunter												
Argentinien	6,8	0,9	7,5	4,0	8,6	6,3	10,6	10,6	1,5	2,0	1,7	1,2
Brasilien	5,1	-0,2	7,5	4,1	5,7	4,9	5,0	4,6	-1,7	-1,5	-2,6	-3,0
Chile	3,7	-1,5	5,0	6,0	8,7	1,7	1,7	3,0	-1,5	2,6	-0,7	-2,0
Mexiko	1,5	-6,5	5,0	3,9	5,1	5,3	4,2	3,2	-1,5	-0,6	-1,2	-1,4
Sonstige												
Türkei	0,7	-4,7	7,8	3,6	10,4	6,3	8,7	5,7	-5,7	-2,3	-5,2	-5,4
Südafrika	3,7	-1,8	3,0	3,5	11,5	7,1	5,6	5,8	-7,1	-4,0	-4,3	-5,8

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.02.2011	2010	zu Ende 2010	2010/2011	2010/2011
Dow Jones	12 268	11 578	5,97	9 686	12 273
Euro Stoxx 50	3 018	2 793	8,08	2 489	3 043
Dax	7 397	6914	6,98	5 434	7 397
CAC 40	4 0 9 7	3 805	7,67	3 3 3 1	4 108
Nikkei	10 726	10 229	4,86	8 8 2 4	11 339
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	14.02.2011	2010	US-Bond	2010/2011	2010/2011
USA	3,66	3,32	-	2,40	4,03
Deutschland	3,28	2,95	-0,38	2,11	3,40
Japan	1,32	1,13	-2,34	0,85	1,41
Vereinigtes Königreich	3,88	3,45	0,22	2,84	4,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.02.2011	2010	zu Ende 2010	2010/2011	2010/2011
Dollar/Euro	1,34	1,34	0,58	1,19	1,46
Yen/Dollar	83,26	81,52	2,14	73,47	94,65
Yen/Euro	112,15	108,65	3,22	106,19	134,23
Pfund/Euro	0,84	0,86	-2,41	0,81	0,91

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Deutschland												
EU-KOM	-4,7	3,7	2,2	2,0	0,2	1,1	1,8	2,0	7,5	7,3	6,7	6,3
OECD	-4,7	3,5	2,5	2,2	0,2	1,0	1,2	1,4	7,4	6,9	6,3	6,2
IWF	-4,7	3,3	2,0	-	0,2	1,3	1,4	-	7,5	7,7	7,1	-
USA												
EU-KOM	-2,7	2,7	2,1	2,5	-0,4	1,6	1,1	1,5	9,3	9,6	9,4	9,0
OECD	-2,6	2,7	2,2	3,1	-0,3	1,6	1,1	1,1	9,3	9,7	9,5	8,7
IWF	-2,6	2,6	2,3	-	-0,3	1,4	1,0	-	9,3	12,8	9,6	-
Japan												
EU-KOM	-5,2	3,5	1,3	1,7	-1,4	-0,9	-0,7	0,0	5,1	5,1	4,9	4,8
OECD	-5,2	3,7	1,7	1,3	-1,4	-0,9	-0,8	-0,5	5,1	5,1	4,9	4,5
IWF	-5,2	2,8	1,5	-	-1,4	-1,0	-0,3	-	5,1	6,2	5,0	
Frankreich												
EU-KOM	-2,6	1,6	1,6	1,8	0,1	1,7	1,6	1,6	9,5	9,6	9,5	9,2
OECD	-2,5	1,6	1,6	2,0	0,1	1,6	1,1	1,1	9,1	9,3	9,1	8,8
IWF	-2,5	1,6	1,6	-	0,1	1,6	1,6	-	9,4	11,0	9,8	
Italien												
EU-KOM	-5,0	1,1	1,1	1,4	0,8	1,6	1,8	1,9	7,8	8,4	8,3	8,2
OECD	-5,1	1,0	1,3	1,6	0,8	1,5	1,4	1,4	7,8	8,6	8,5	8,3
IWF	-5,0	1,0	1,0	-	0,8	1,6	1,7	-	7,8	8,8	8,6	
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-5,0	1,8	2,2	2,5	2,2	3,2	2,6	1,4	7,6	7,8	7,9	7,8
OECD	-5,0	1,8	1,7	2,0	2,2	3,1	2,6	1,6	7,6	7,9	7,8	7,6
IWF	-4,9	1,7	2,0	-	2,1	3,1	2,5	-	7,5	9,4	7,4	
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	-2,5	3,0	2,3	3,0	0,3	1,6	1,7	1,5	8,3	8,1	7,8	7,4
IWF	-2,5	3,1	2,7	-	0,3	1,8	2,0	-	8,3	8,0	7,5	
Euroraum												
EU-KOM	-4,1	1,7	1,5	1,8	0,3	1,5	1,8	1,7	9,5	10,1	10,0	9,6
OECD	-4,1	1,7	1,7	2,0	0,3	1,5	1,3	1,2	9,3	9,9	9,6	9,2
IWF	-4,1	1,7	1,5	-	0,3	1,6	1,5	-	9,4	10,1	10,0	
EZB	-4,1	1,7	1,4	1,7	0,3	1,6	1,8	1,5	-	-	-	
EU-27												
EU-KOM	-4,2	1,8	1,7	2,0	1,0	2,0	2,1	1,8	8,9	9,6	9,5	9,1
IWF	-4,1	1,7	1,7	-	0,9	1,9	1,8	-	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober 2010 \ und \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa \ (REO), Oktober 2010.$

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; Dezember 2010 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Belgien												
EU-KOM	-2,8	2,0	1,8	2,0	0,0	2,3	1,9	1,9	7,9	8,6	8,8	8,7
OECD	-2,7	2,1	1,8	1,8	0,0	2,1	1,6	1,8	7,9	8,6	8,8	8,7
IWF	-2,7	1,6	1,7	-	0,0	2,0	1,9	-	7,7	8,7	8,5	-
Estland												
EU-KOM	-13,9	2,4	4,4	3,5	0,2	2,7	3,6	2,3	13,8	17,5	15,1	13,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-13,9	1,8	3,5	-	-0,1	2,5	2,0	-	13,8	17,5	16,4	-
Finnland												
EU-KOM	-8,0	2,9	2,9	2,3	1,6	1,4	2,1	1,8	8,2	8,3	7,8	7,2
OECD	-8,1	2,7	3,0	3,0	1,6	1,4	1,8	2,0	8,3	8,6	8,2	8,0
IWF	-8,0	2,4	2,0	-	1,6	1,4	1,8	-	8,3	8,8	8,7	-
Griechenland												
EU-KOM	-2,3	-4,2	-3,0	1,1	1,3	4,6	2,2	0,5	9,5	12,5	15,0	15,2
OECD	-2,3	-3,9	-2,7	0,5	1,3	4,7	2,5	0,7	9,5	12,2	14,5	15,2
IWF	-2,0	-4,0	-2,6	-	1,4	4,6	2,2	-	9,4	11,8	14,6	-
Irland												
EU-KOM	-7,6	-0,2	0,9	1,9	-1,7	-1,5	0,4	0,6	11,9	13,7	13,5	12,7
OECD	-7,6	-0,3	1,5	2,5	-1,7	-1,6	0,9	1,2	11,7	13,6	13,6	12,6
IWF	-7,6	-0,3	2,3	-	-1,7	-1,6	-0,5	-	11,8	13,5	13,0	-
Luxemburg												
EU-KOM	-3,7	3,2	2,8	3,2	0,0	2,8	2,1	1,6	5,1	5,5	5,6	5,6
OECD	-3,7	3,3	3,3	3,2	0,0	2,6	1,8	2,2	5,7	6,0	5,9	5,8
IWF	-4,1	3,0	3,1	-	0,4	2,3	1,9	-	6,0	5,8	5,6	-
Malta												
EU-KOM	-2,1	3,1	2,0	2,2	1,8	1,9	2,0	2,3	7,0	6,6	6,6	6,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,1	1,7	1,7	-	1,8	1,9	2,1	-	7,0	6,9	6,9	-
Niederlande												
EU-KOM	-3,9	1,7	1,5	1,7	1,0	1,0	1,5	1,6	3,7	4,5	4,4	4,3
OECD	-3,9	1,7	1,7	1,8	1,0	0,8	1,4	1,4	3,4	4,1	4,4	4,3
IWF	-3,9	1,8	1,7	-	1,0	1,3	1,1	-	3,5	4,2	4,4	-
Österreich												
EU-KOM	-3,9	2,0	1,7	2,1	0,4	1,7	2,1	1,8	4,8	4,4	4,2	4,0
OECD	-3,8	2,0	2,0	2,0	0,4	1,6	1,8	1,9	4,8	4,5	4,4	4,3
IWF	-3,9	1,6	1,6	-	0,4	1,5	1,7	-	4,8	4,1	4,2	-

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Portugal												
EU-KOM	-2,6	1,3	-1,0	0,8	-0,9	1,4	2,3	1,3	9,6	10,5	11,1	11,2
OECD	-2,5	1,5	-0,2	1,8	-0,9	1,4	2,3	1,3	9,5	10,7	11,4	11,1
IWF	-2,6	1,1	0,0	-	-0,9	0,9	1,2	-	9,6	10,7	10,9	-
Slowakei												
EU-KOM	-4,8	4,1	3,0	3,9	0,9	0,7	3,2	2,8	12,0	14,5	14,2	13,4
OECD	-4,7	4,1	3,5	4,4	0,9	0,8	3,4	2,9	12,1	14,1	13,4	12,5
IWF	-4,7	4,1	4,3	-	0,9	0,7	1,9	-	12,1	14,1	12,7	-
Slowenien												
EU-KOM	-8,1	1,1	1,9	2,4	0,9	2,1	2,0	2,2	5,9	7,2	7,2	6,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,8	0,8	2,4	-	0,9	1,5	2,3	-	6,0	7,8	8,1	-
Spanien												
EU-KOM	-3,7	-0,2	0,7	1,7	-0,2	1,7	1,5	1,4	18,0	20,1	20,2	19,2
OECD	-3,7	-0,2	0,9	1,8	-0,2	1,5	0,9	0,3	18,0	19,8	19,1	17,4
IWF	-3,7	-0,3	0,7	-	-0,2	1,5	1,1	-	18,0	19,8	19,3	-
Zypern												
EU-KOM	-1,7	0,5	1,5	2,2	0,2	2,8	3,3	2,5	5,3	6,8	6,6	5,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,7	0,4	1,8	-	0,2	2,2	2,3	-	5,3	7,1	6,9	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober 2010 \ und \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa \ (REO), Oktober 2010.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2009	2010	20111	2011	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Bulgarien												
EU-KOM	-4,9	-0,1	2,6	3,8	2,5	2,9	3,2	3,1	6,8	9,8	9,1	8,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,0	0,0	2,0	-	2,5	2,2	2,9	-	6,8	8,3	7,6	-
Dänemark												
EU-KOM	-5,2	2,3	1,9	1,8	1,1	2,2	2,1	2,0	6,0	6,9	6,3	5,8
OECD	-4,7	2,2	1,6	2,1	1,3	2,3	1,4	1,5	5,9	7,2	7,2	6,5
IWF	-4,7	2,0	2,3	-	1,3	2,0	2,0	-	3,6	4,2	4,7	-
Lettland												
EU-KOM	-18,0	-0,4	3,3	4,0	3,3	-1,3	1,1	1,8	17,1	19,3	17,7	16,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-18,0	-1,0	3,3	-	3,3	-1,4	0,9	-	17,3	19,8	17,5	-
Litauen												
EU-KOM	-14,7	0,4	2,8	3,2	4,2	1,2	2,3	2,8	13,7	17,8	16,9	15,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-14,8	1,3	3,1	-	4,2	1,0	1,3	-	13,7	18,0	16,0	-
Polen												
EU-KOM	1,7	3,5	3,9	4,2	4,0	2,6	2,9	3,0	8,2	9,5	9,2	8,5
OECD	1,7	3,5	4,0	4,3	3,8	2,4	2,5	3,1	8,2	9,6	8,9	7,8
IWF	1,7	3,4	3,7	-	3,5	2,4	2,7	-	8,2	9,8	9,2	-
Rumänien												
EU-KOM	-7,1	-1,9	1,5	3,8	5,6	6,1	5,5	3,2	6,9	7,5	7,4	7,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,1	-1,9	1,5	-	5,6	5,9	5,2	-	6,3	7,2	7,1	-
Schweden												
EU-KOM	-5,1	4,8	3,3	2,3	1,9	1,8	1,4	1,9	8,3	8,3	8,0	7,5
OECD	-5,1	4,4	3,3	3,4	-0,3	1,1	1,5	2,3	8,3	8,4	8,0	7,5
IWF	-5,1	4,4	2,6	-	2,0	1,8	1,9	-	8,3	8,2	8,2	-
Tschechien												
EU-KOM	-4,1	2,4	2,3	3,1	0,6	1,2	2,1	2,2	6,7	7,3	7,0	6,7
OECD	-4,0	2,4	2,8	3,2	1,0	1,6	1,9	1,7	6,7	7,5	7,1	6,8
IWF	-4,1	2,0	2,2	-	1,0	1,6	2,0	-	6,7	8,3	8,0	-
Ungarn												
EU-KOM	-6,7	1,1	2,8	3,2	4,0	4,7	3,9	3,7	10,0	11,1	11,0	10,3
OECD	-6,7	1,1	2,5	3,1	4,2	4,9	2,9	3,1	10,1	11,3	11,7	11,0
IWF	-6,3	0,6	2,0	-	4,2	4,7	3,3	-	10,1	10,8	10,3	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

 ${\sf OECD:}\ Wirtschafts ausblick,\ Dezember\ 2010.$

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \, (WEO), \, Oktober \, 2010 \, \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts \, Ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts \, Ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts \, Ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts \, Ausblick \, Wirts \, Ausblick \, Ausblick \, Wirts \, Ausblick \,$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo)
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Deutschland												
EU-KOM	-3,0	-3,7	-2,7	-1,8	73,4	75,7	75,9	75,2	5,0	4,8	4,6	4,3
OECD	-3,0	-4,0	-2,9	-2,1	73,5	76,9	78,3	79,0	4,9	5,1	5,9	7,0
IWF	-3,1	-4,5	-3,7	-	73,5	75,3	76,5	-	4,9	6,1	5,8	-
USA												
EU-KOM	-11,2	-11,3	-8,9	-7,9	84,7	92,2	98,4	102,1	-2,7	-3,4	-4,0	-4,2
OECD	-11,3	-10,5	-8,8	-6,8	84,4	92,8	98,5	101,4	-2,7	-3,4	-3,7	-3,7
IWF	-12,9	-11,1	-9,7	-	84,3	92,7	99,3	-	-2,7	-3,2	-2,6	
Japan												
EU-KOM	-6,3	-6,5	-6,4	-6,3	188,9	192,3	195,9	199,0	3,5	3,8	3,7	3,7
OECD	-7,1	-7,7	-7,5	-7,3	192,8	198,4	204,2	210,2	2,8	3,4	3,7	3,7
IWF	-10,2	-9,6	-8,9	-	217,6	225,9	234,1	-	2,8	3,1	2,3	
Frankreich												
EU-KOM	-7,5	-7,7	-6,3	-5,8	78,1	83,0	86,8	89,8	-2,9	-3,3	-3,4	-3,5
OECD	-7,6	-7,4	-6,1	-4,8	78,1	83,2	88,0	91,0	-1,9	-2,2	-2,3	-2,4
IWF	-7,6	-8,0	-6,0	-	78,1	84,2	87,6	-	-1,9	-1,8	-1,8	
Italien												
EU-KOM	-5,3	-5,0	-4,3	-3,5	116,0	118,9	120,2	119,9	-3,2	-3,2	-2,7	-2,4
OECD	-5,2	-5,0	-3,9	-3,1	116,0	119,5	120,9	121,2	-3,2	-3,3	-2,8	-2,3
IWF	-5,2	-5,1	-4,3	-	115,8	118,4	119,7	-	-3,2	-2,9	-2,7	
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-11,4	-10,5	-8,6	-6,4	68,2	77,8	83,5	86,6	-1,3	-2,2	-1,5	-0,2
OECD	-11,0	-9,6	-8,1	-6,5	68,2	77,1	84,3	90,3	-1,3	-2,2	-1,6	-1,2
IWF	-10,3	-10,2	-8,1	-	68,5	76,7	81,9	-	-1,1	-2,2	-2,0	
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	-5,5	-4,9	-3,4	-2,1	83,4	84,4	85,5	87,0	-2,8	-2,7	-2,8	-2,1
IWF	-5,5	-4,9	-2,9	-	81,6	81,7	80,5	-	-2,8	-2,8	-2,7	
Euroraum												
EU-KOM	-6,3	-6,3	-4,6	-3,9	79,1	84,1	86,5	87,8	-0,7	-0,5	0,0	0,1
OECD	-6,2	-6,3	-4,6	-3,5	79,0	84,3	87,4	88,9	-0,4	-0,2	0,3	0,9
IWF	-6,3	-6,5	-5,1	-	79,0	84,1	87,0	-	-0,6	0,2	0,5	
EU-27												
EU-KOM	-6,8	-6,8	-5,1	-4,2	74,0	79,1	81,8	83,3	-0,6	-0,5	-0,1	0,1
IWF	-6,7	-6,9	-5,5	-	-	-	-	-	-0,3	-0,1	0,1	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober\ 2010\ und\ Regionaler\ Wirts chafts ausblick\ Europa\ (REO), Oktober\ 2010.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatsscl	nuldenquot	te		Leistungs	sbilanzsaldo	
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Belgien												
EU-KOM	-6,0	-4,8	-4,6	-4,7	96,2	98,6	100,5	102,1	2,0	1,7	2,0	2,0
OECD	-6,1	-4,9	-4,5	-3,6	96,3	98,4	100,2	101,0	0,8	1,0	1,0	1,1
IWF	-5,9	-4,8	-5,1	-	-	-	-	-	0,3	0,5	1,8	-
Estland												
EU-KOM	-1,7	-1,0	-1,9	-2,7	7,2	8,0	9,5	11,7	4,5	4,1	1,4	0,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,1	-1,1	-1,7	-	7,1	8,1	7,8	-	4,5	4,2	3,4	-
Finnland												
EU-KOM	-2,5	-3,1	-1,6	-1,2	43,8	49,0	51,1	53,0	1,3	1,3	1,6	1,4
OECD	-2,7	-3,3	-1,7	-0,7	43,8	49,5	53,8	56,9	2,7	1,5	1,7	2,0
IWF	-2,4	-3,4	-1,8	-	-	-	-	-	1,3	1,4	1,6	-
Griechenland												
EU-KOM	-15,4	-9,6	-7,4	-7,6	126,8	140,2	150,2	156,0	-14,0	-10,6	-8,0	-6,5
OECD	-13,7	-8,3	-7,6	-6,5	116,9	125,9	133,5	138,9	-11,4	-10,5	-7,5	-5,9
IWF	-13,6	-7,9	-7,3	-	-	-	-	-	-11,2	-10,8	-7,7	
Irland												
EU-KOM	-14,4	-32,3	-10,3	-9,1	65,5	97,4	107,0	114,3	-3,1	-1,1	1,5	2,7
OECD	-14,2	-32,3	-9,5	-7,4	65,5	97,4	105,0	108,0	-3,0	-0,3	0,7	3,2
IWF	-14,6	-17,7	-11,2	-	-	-	-	-	-3,0	-2,7	-1,1	
Luxemburg												
EU-KOM	-0,7	-1,8	-1,3	-1,2	14,5	18,2	19,6	20,9	6,7	8,4	9,4	9,9
OECD	-0,7	-2,2	-1,2	-0,3	14,5	17,7	22,5	24,7	6,7	7,8	5,1	5,7
IWF	-0,7	-3,8	-3,1	-	-	-	-	-	5,7	6,9	7,2	
Malta												
EU-KOM	-3,8	-4,2	-3,0	-3,3	68,6	70,4	70,8	70,9	-6,1	-3,9	-2,9	-2,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,8	-3,8	-3,6	-	-	-	-	-	-6,1	-5,4	-5,3	
Niederlande												
EU-KOM	-5,4	-5,8	-3,9	-2,8	60,8	64,8	66,6	67,3	3,4	5,2	6,8	7,9
OECD	-5,4	-5,8	-4,0	-3,1	60,8	65,9	68,9	70,9	4,6	5,3	6,2	6,7
IWF	-5,0	-6,0	-5,1	-	-	-	-	-	5,4	5,7	6,8	
Österreich												
EU-KOM	-3,5	-4,3	-3,6	-3,3	67,5	70,4	72,0	73,3	2,6	3,0	3,5	4,1
OECD	-3,5	-4,4	-3,4	-3,0	67,7	71,0	73,0	74,7	2,7	2,6	3,1	3,8
IWF	-3,5	-4,8	-4,1	-	-	-		_	2,3	2,3	2,4	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	ushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	e		Leistung	bilanzsaldo)
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Portugal												
EU-KOM	-9,3	-7,3	-4,9	-5,1	76,1	82,8	88,8	92,4	-10,4	-10,7	-8,0	-6,7
OECD	-9,4	-7,3	-5,0	-4,4	76,1	82,7	88,5	90,3	-10,3	-10,3	-8,8	-8,0
IWF	-9,3	-7,3	-5,2	-	-	-	-	-	-10,0	-10,0	-9,2	-
Slowakei												
EU-KOM	-7,9	-8,2	-5,3	-5,0	35,4	42,1	45,1	47,4	-3,4	-2,9	-1,9	-1,7
OECD	-7,9	-8,0	-5,2	-4,0	35,3	42,6	46,6	48,8	-3,2	-3,1	-0,9	-0,3
IWF	-6,8	-8,0	-4,7	-	35,7	41,8	44,0	-	-3,2	-1,4	-2,6	-
Slowenien												
EU-KOM	-5,8	-5,8	-5,3	-4,7	35,4	40,7	44,8	47,6	-1,3	-0,7	-0,6	-0,8
OECD	-5,8	-5,7	-4,7	-3,9	35,4	38,0	39,8	40,8	-	-	-	-
IWF	-5,6	-5,7	-4,3	-	29,4	34,5	37,2	-	-1,5	-0,7	-0,7	-
Spanien												
EU-KOM	-11,1	-9,3	-6,4	-5,5	53,2	64,4	69,7	73,0	-5,5	-4,8	-3,8	-3,6
OECD	-11,1	-9,2	-6,3	-4,4	53,2	62,9	68,9	70,3	-5,5	-5,5	-5,2	-4,9
IWF	-11,2	-9,3	-6,9	-	-	-	-	-	-5,5	-5,2	-4,8	-
Zypern												
EU-KOM	-6,0	-5,9	-5,7	-5,7	58,0	62,2	65,2	68,4	-8,5	-6,1	-5,7	-5,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,1	-6,0	-5,6	-	-	-	-	-	-8,3	-7,9	-7,4	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2010.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2010 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa (REO), Oktober 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	е		Leistungs	sbilanzsaldo	
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Bulgarien												
EU-KOM	-4,7	-3,8	-2,9	-1,8	14,7	18,2	20,2	20,8	-8,4	-3,3	-2,5	-2,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,9	-4,9	-4,2	-	16,1	18,2	21,1	-	-9,5	-3,0	-3,1	-
Dänemark												
EU-KOM	-2,7	-5,1	-4,3	-3,5	41,5	44,9	47,5	49,2	3,6	4,5	4,2	4,0
OECD	-2,8	-4,6	-3,9	-2,8	41,4	43,3	44,8	47,6	3,6	4,4	4,4	4,8
IWF	-2,8	-4,6	-4,4	-	-	-	-	-	4,2	3,4	3,0	-
Lettland												
EU-KOM	-10,2	-7,7	-7,9	-7,3	36,7	45,7	51,9	56,6	8,6	3,9	-0,5	-2,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,8	-11,9	-7,6	-	32,8	42,2	49,0	-	8,6	5,5	2,9	-
Litauen												
EU-KOM	-9,2	-8,4	-7,0	-6,9	29,5	37,4	42,8	48,3	2,6	2,6	1,3	1,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-8,9	-7,7	-7,7	-	29,5	39,5	42,3	-	4,2	1,9	0,2	-
Polen												
EU-KOM	-7,2	-7,9	-6,6	-6,0	50,9	55,5	57,2	59,6	-1,9	-2,7	-3,3	-3,7
OECD	-6,8	-7,9	-6,7	-4,8	51,0	54,8	57,9	58,7	-2,2	-2,4	-3,2	-3,8
IWF	-7,1	-7,4	-6,7	-	50,9	55,2	57,4	-	-1,7	-2,4	-2,6	-
Rumänien												
EU-KOM	-8,6	-7,3	-4,9	-3,5	23,9	30,4	33,4	34,1	-4,5	-5,5	-5,6	-6,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,4	-6,8	-4,4	-	29,9	35,5	37,7	-	-4,5	-5,1	-5,4	-
Schweden												
EU-KOM	-0,9	-0,9	-0,1	1,0	41,9	39,9	38,9	37,5	7,3	6,6	6,5	6,1
OECD	-1,2	-1,2	-0,6	0,6	41,9	41,2	38,8	35,1	7,4	6,8	6,8	7,3
IWF	-0,8	-2,2	-1,4	-	-	-	-	-	7,2	5,9	5,7	-
Tschechien												
EU-KOM	-5,8	-5,2	-4,6	-4,2	35,3	40,0	43,1	45,2	-1,2	-1,9	-1,5	-1,1
OECD	-5,8	-5,2	-4,2	-3,4	35,3	41,7	45,1	47,7	-1,0	-1,9	-0,8	-0,7
IWF	-5,9	-5,4	-5,6	-	35,3	40,1	44,4	-	-1,1	-1,2	-0,6	-
Ungarn												
EU-KOM	-4,4	-3,8	-4,7	-6,2	78,4	78,5	80,1	81,6	-0,4	0,8	0,4	-0,4
OECD	-4,4	-4,2	-3,1	-2,9	78,4	82,1	83,3	83,1	0,3	-0,3	-1,1	-1,3
IWF	-4,1	-4,2	-4,5	-	78,3	78,4	78,8	-	0,2	0,5	0,7	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober \ 2010 \ und \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa \ (REO), Oktober \ 2010.$

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Februar 2011

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X